H 8040 F
ISSN 1619-1404
25. Jahrgang
Nummer 147
März I April 2014
3,50 Euro



europa rückt nach rechts



Liebe Leserinnen und liebe Leser!

Rückt Europa nach rechts? Wer die Entwicklung extrem rechter Parteien, neonazistischer Organisationen und von Rechts geprägter Diskurse auf der europäischen Landkarte betrachtet, kann antworten: Ja, wenngleich nicht überall im gleichen Maße und keineswegs unisono und im »Gleichschritt«.
Ende Mai wird in 28 EU-Ländern das Europäische Parlament (EP) gewählt. Nicht zuletzt deshalb, weil sich extrem rechte Parteien in ganz Europa Sitze im Parlament und die Stärkung ihrer eigenen Position erhoffen, stehen die kommenden Wahlen im Fokus des öffentlichen Interesses. Die vom Bundesverfassungsgericht am 26. Februar gekippte Drei-Prozent-Klausel, erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass nicht nur die »Alternative für Deutschland«, sondern auch die Neonazi-Partei NPD den Einzug in das EP schaffen kann.

Mit umso größerem Erstaunen haben wir erfahren, dass die »Bundeszentrale für politische Bildung« (BpB) für das Abschlusspodium ihrer Tagung »Europa auf der Kippe? Rechtspopulismus und Rechtsextremismus im Vorfeld der Europawahlen« Mitte März 2014 einen wahren »Experten« in Sachen rechtspopulistischer Stimmungsmache eingeladen hat: Bernd Lucke, Vorsitzender der »Alternative für Deutschland« (AfD), darf zum Thema »Perspektiven der europäischen Integration und die Gefahren von Rechtspopulismus« sprechen. Würde es sich bei der AfD nicht um eine Partei handeln, die sich in der kommenden Wahl gute Chancen ausrechnen kann und die im Bundestagswahlkampf die rechtspopulistische Parole »Einwanderung ja. Aber nicht in unsere Sozialsysteme« vertrat, dann könnte man polemisch antworten: Viel Erfolg bei der Bekämpfung der »Gefahren des Rechtspopulismus«! Die Einladung ist aber ganz und gar nicht lustig. Rechtspopulismus und Anti-Europa-Wahlkampf werden so durch eine staatliche Einrichtung salonfähig gemacht und die AfD in den Kreis der etablierten politischen Kräfte aufgenommen. Wenige Wochen vor der Europawahl, bei der in mehreren Ländern Erfolge extrem rechter Parteien erwartet werden, ist die Einladung des Rechtspopulisten Lucke ein fatales Signal.

Es gibt im gesamten EU-Gebiet – von wenigen Ausnahmen abgesehen – bedeutsame extrem rechte Parteien – von der gewalttätigen Neonazigruppierung bis hin zur Regierungspartei. Dieses Gesamtbild, das wir in der aktuellen Ausgabe zusammengetragen haben, hätten wir ohne die Beteiligung unserer AutorInnen aus ganz Europa, ihren Fachkenntnissen und ihren Recherchen niemals zeigen können. Ihnen gilt unser herzlicher Dank!

Länderporträts

Rezensionen



Europa wählt

Die Europawahl steht bevor. Alle BürgerInnen der Europäischen Union sind aufgerufen, am 25. Mai 2014 die Zusammensetzung des gemeinsamen Parlaments zu bestimmen. Ein Erstarken der extremen Rechten ist in mehreren Ländern zu befürchten. Auch der Einzug der Neonazi-Partei NPD und der rechtspopulistischen »Alternative für Deutschland« in das Europaparlament steht bevor.

von Karsten Müller

Erhalten rechtspopulistische und extrem rechte EU-SkeptikerInnen und -GegnerInnen übergroßen Zuspruch? Droht der »Europäischen Union« (EU) mit den Wahlen im Mai eine Zäsur? Vorhersagen prognostizieren rechten Parteien einen Erfolg, mit mehr als 120 Abgeordneten könnten sie künftig im »Europäischen Parlament« (EP) sitzen – eine Mehrheit wird das freilich nicht werden, denn das Parlament wird 754 Sitze haben. Die Verteilung für die 27 Mitgliedsstaaten wurde im Vertrag von Lissabon festgelegt; Deutschland kann 99 Abgeordnete entsenden. Dennoch wäre ein solches Ergebnis eine völlig neue Dimension rechter Präsenz in dem Parlament.

Eine Analyse des Think-Tanks »Deutsche Bank Research Group« vom Januar 2014 betont, dass EU-SkeptikerInnen in der neuen Legislaturperiode wohl kaum Einfluss auf konkrete Entscheidungen haben werden. Im großen Rahmen mag das sicherlich der Fall sein. Doch den AnalystInnen dieser international operierenden Bank geht es mitnichten um demokratische Grundfreiheiten und den Schutz vor rassistischer Ausgrenzung und Verfolgung, sondern eher um die Stabilität europäischer Währungs- und Geldpolitik. Sicherlich wird die Politik auf europäischer Ebene von großen Mehrheiten gemacht, im Parlament, im Rat, in der Kommission. Gewicht können die kleinen Parteien aber dennoch haben, in den Ausschüssen, wo eine aktive Mitarbeit möglich ist und Rechtsaußenparteien schon jetzt agieren. Jenseits dessen darf aber nicht vergessen werden, dass extrem rechte und rechtspopulistische Akteure mit ihrer Demagogie oftmals die anderen Parteien vor sich hertreiben. Erinnert sei daran, dass die französische konservative »Union pour un mouvement populaire« (UMP) nicht weiß, wie sie gegenüber dem »Front National« (FN) ihr Profil bewahren soll. Gleiches gilt für die »Tories« in England, wo die »United Kingdom Independence Party« (UKIP) die Agenda diktiert. Premierminister James Cameron ist längst schon zu Kompromissen genötigt. Und in den Niederlanden starren nicht nur Konservative auf Geert Wilders wie das Kaninchen auf die Schlange. In Deutschland gilt zumindest für Teile der CSU bis heute, dass rechts neben ihr nur die Wand existieren darf. Rechtsparteien im EP bedeuten rassistische Hetze, ein Wiedererstarken von Nationalismus und platten anti-europäischen Populismus von Rechts. Mehr Abgeordnete bedeuten auch mehr Gelder, mehr Redezeit, mehr MitarbeiterInnen, mehr Präsenz und Zugang zu informellen Ressourcen. Für die »Alternative für Deutschland« und die NPD würde der Einzug in das Parlament eine massive Stärkung ihrer Strukturen und ihres politischen Gewichtes in Deutschland bedeuten. Für die angeschlagene NPD könnte ein Einzug ins EP der politische Rettungsanker sein.

Und was folgt daraus? Sollten diese RechtspopulistInnen diktieren können, über was zu diskutieren ist? Oder sollten wir ihnen nur ein trotziges »Nein, nicht mit uns« entgegen schmettern? Rechte wie Geert Wilders, Marine Le Pen oder Nigel Farage werden mächtig, wenn alle anderen sprachlos werden. Es braucht auch politische Antworten auf die Fragen, die von der Rechten aufgegriffen und gemäß ihrer Ideologie gedeutet werden. Die Euro-Krise ist keine Fiktion, ebenso wenig die grassierende Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern der EU, das starke wirtschaftliche Gefälle von Nord nach Süd, von West nach Ost, die unterschiedlichen Lebensstandards – hier Reichtum, anderswo für deutsche Verhältnisse kaum vorstellbare Armut. Und gerade in diesem Jahr sollte nicht vergessen werden, dass in Europa vor einhundert Jahren der erste Krieg mit globalen Ausmaßen entfacht wurde, dem bald ein zweiter, noch verheerenderer Krieg, und der Holocaust folgten. Dass Kriege auch in Europa kein Relikt vergangener Tage sind, zeigte sich Anfang der 1990er Jahre in Jugoslawien und aktuell in der Ukraine.

Kritik von Rechts am europäischen Staatenverbund muss und kann nicht mit bedingungsloser Gefolgschaft für das Projekt EU und dessen politischen und ökonomischen Kurs begegnet werden. An dieser Stelle sei als Beispiel nur die rassistische Migrationspolitik und das Stichwort »Festung Europa« genannt. Tatsächlich ist die Auseinandersetzung, wie wir uns ein Zusammenleben in Europa vorstellen, eine dringliche Frage. Die Aufgabe antifaschistischer Politik muss es sein, die Vorstellungen der extremen Rechten, ihre europapolitischen Konzepte, ihre tagespolitischen Positionierungen und ihre politische Praxis genau zu analysieren und die antidemokratischen, inhumanen und mörderischen Konsequenzen ihrer Forderungen zu benennen – das gilt sowohl für die europäische Politik als auch die alltägliche Praxis vor der eigenen Haustür, wenn NPD, »Die Republikaner« oder die »Alternative für Deutschland« ihre Propaganda präsentieren. Hinter vielen Parolen stecken nationalistische Sehnsüchte, rassistische Hetze, ungebremste deutsche Machtpolitik und extreme wirtschaftsliberale Vorstellungen. Antifaschistische Politik muss sich mit Europa beschäftigen!

Wer nicht arbeitet, soll wieder gehen

Für den 9. Februar diesen Jahres hatte die »Schweizer Volkspartei« (SVP) zu den Urnen gerufen, um über ihr Referendum »Gegen Masseneinwanderung« abstimmen zu lassen. Bei einer außergewöhnlich hohen Wahlbeteiligung von 56 Prozent stimmten etwas mehr als die Hälfte der WählerInnen für ein Ende der »unkontrollierten Immigration« aus den EU-Staaten.

von Björn Resener



Seit 2002 können EU-BürgerInnen problemlos in die Schweiz ziehen, sofern sie dort einen Arbeitsvertrag haben. Für SchweizerInnen gilt natürlich dasselbe, wenn sie im EU-Ausland arbeiten wollen. Grundlage ist ein bilaterales Abkommen zwischen dem Nicht-EU-Land Schweiz und der Europäischen Union. Dieses Abkommen muss jetzt neu verhandelt werden, denn für die Schweizer Regierung ist die Volksabstimmung bindend.

Die GegnerInnen der SVP-Vorlage hatten im Wahlkampf immer wieder betont, dass ein Aufkündigen der Personenfreizügigkeit dem Land schaden würde. Schließlich gebe es noch weitere Abkommen mit der EU, die für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz maßgeblich seien. Diese Verträge könnten hinfällig werden, wird ein Teil des Gesamtabkommens annulliert. Ein nationalökonomisches Horrorszenario, denn die Schweiz wickelt fast 60 Prozent ihres Außenhandels mit der EU ab und genießt dabei Privilegien, von denen die meisten Nicht-EU-Staaten nur träumen können.

Doch offenbar hatte das politische Establishment dem Chauvinismus der SVP – abgesehen von den nationalen Wirtschaftsinteressen – keine Werte entgegenzusetzen. Selbst die sozialdemokratische Bundesrätin Simonetta Sommaruga stellte im Wahlkampf Maßnahmen gegen »die negativen Folgen der Einwanderung« in Aussicht. So wurde die Immigration auch von den GegnerInnen des SVP-Referendums als Problem dargestellt. Nur habe die Schweiz dieses vermeintliche Übel eben als Preis für seine florierende Wirtschaft in Kauf zu nehmen.

»Es geht um Lohndumping«

Das war natürlich Wasser auf die Mühlen der SVP und ihrer UnterstützerInnen. Roger Köppel, der populäre Chefredakteur des neurechten Magazins »Weltwoche«, hatte keine Mühe, die Argumente der Gegenseite zu entzaubern: »Den Unternehmen bringt die Personenfreizügigkeit tiefere Lohnkosten [...] Warum sonst soll eine wohlhabende Volkswirtschaft ihre Grenzen für ausländische Arbeitnehmer öffnen, wenn dahinter nicht die Aussicht auf billigere Arbeitskräfte lockt?«

Damit mutierte das Hauptargument der GegnerInnen der »SVP-Abschottungsinitiative« zur Steilvorlage für dessen BefürworterInnen. Diese hatten sich ohnehin darauf konzentriert, die Zugewanderten zum Sündenbock für volle Bahnen, steigende Mieten und eben den Lohndruck zu machen, anstatt wie gewohnt das Bild der kriminellen AusländerInnen zu bemühen. Paradoxerweise konnten sie damit vor allem in den ländlichen Regionen Stimmen gewinnen. In den Städten, wo Verkehrschaos und die Mietentwicklung vielen Menschen tatsächlich Probleme bereiten, war die Zustimmung zum Referendum deutlich geringer. Damit zeigt sich wieder, dass die Ressentiments gegen Zugewanderte dort am stärksten sind, wo es kaum Immigration gibt.

Doch es waren nicht zuletzt die Appelle an den Wohlstandschauvinismus, die dem SVP-Referendum die Mehrheit brachten: »Wenn ein reiches Land seine Grenzen unvorsichtig öffnet, ist ein Zustrom aus ärmeren Ländern logisch und unvermeidlich. Er dauert so lange, bis sich das Wohlstandsniveau des reicheren Landes so weit gesenkt hat, dass es für die Menschen aus den ärmeren Ländern keine Anreize mehr gibt auszuwandern«, erörterte Köppel in der »Weltwoche«.

Offensichtlich wurden die von der SVP geschürten Ängste bei der Mehrheit der WählerInnen als konkretere Bedrohungen für den eigenen Wohlstand wahrgenommen, als die Warnungen vor einer möglichen Reaktion durch das Ausland. Es ist ohnehin zu bezweifeln, ob die EU auch die anderen bilateralen Abkommen mit der Schweiz annulliert, wenn die Personenfreizügigkeit erst einmal abgeschafft ist. Schließlich profitiert nicht nur die Wirtschaft in der Alpenrepublik von den Verträgen.

Dass die SVP sich mit ihrer rassistischen Volksabstimmung gegen die Interessen der EU durchsetzen konnte, wurde von rechtspopulistischen Parteien in ganz Europa begrüßt. Insbesondere der Chef der »Alternative für Deutschland«, Bernd Lucke, fühlte sich bestätigt und forderte »auch in Deutschland ein Zuwanderungsrecht zu schaffen, das auf Qualifikation und Integrationsfähigkeit der Zuwanderer abstellt und eine Einwanderung in unsere Sozialsysteme wirksam unterbindet.«

Zurück zur Baracken-Schweiz

Übrigens soll auch die Einwanderung in die Schweiz nicht gänzlich verhindert werden. Hochqualifizierte und SpezialistInnen werden weiterhin hochwillkommen sein. Für den Rest sieht die SVP offenbar die Wiedereinführung des Saisonnier-Statuts vor. Es war ursprünglich in den 1930er-Jahren eingeführt und erst mit Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU vollständig abgeschafft worden.

Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen hatten das Statut stets kritisiert, da es »rechtlose« ArbeitnehmerInnen schuf. Und tatsächlich konnten die Saison-Arbeitskräfte im Bewilligungszeitraum weder die Arbeitsstelle noch ihr Domizil wechseln. Niederlassung und Familiennachzug wurden erst nach vielen Jahren Saison-Arbeit gewährt und zwar nur dann, wenn es keine Fehltage gab. So schleppten sich selbst Kranke tagtäglich auf die Felder und Baustellen der Schweiz.

Kein Wunder, dass der neoliberale SVP-Präsident Toni Brunner diese Zustände als »ein sehr gutes System« bezeichnet. Der Agrarpolitiker Robert Fischli formuliert seine Interessen am Saisonnier-Statut sogar noch deutlicher: »Die Leute können kommen, wenn wir sie brauchen. Wenn ihre Arbeit getan ist, sollten sie aber auch wieder gehen.« Für die beiden Landwirte sind die rassistischen Mobilisierungen ihrer Partei offenbar zuallererst ein Mittel zum Zweck.

Rechte Fraktionen

Ein Überblick über die rechten Fraktionen im Europaparlament, politische Differenzen und Bündnisoptionen in der nächsten Legislaturperiode.

von Carsten Hübner

Die Genugtuung war Marine Le Pen und Geert Wilders ins Gesicht geschrieben, als sie im November 2013 in Den Haag vor die internationale Presse traten. »Heute haben wir gemeinsam mit den nationalistischen Bewegungen in Europa beschlossen, zusammenzuarbeiten. Wir wollen unseren Völkern die Freiheit zurückgeben«, kündigte die Vorsitzende des französischen »Front National« (FN) an. Wilders, Chef der niederländischen »Partij voor de Vrijheid« (PVV), ergänzte: »Heute beginnt die Befreiung von der Elite und von Europa.« Le Pen und Wilders ist mit ihrem Bündnis zur Europawahl im Mai 2014 ein Coup gelungen. Rechtsaußenformationen, wie die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ), der belgische »Vlaams Belang« (VB), die italienische »Lega Nord« (LN), die »Slowakische Nationalpartei« (SNS) und die »Schwedendemokraten« (SD) haben sich angeschlossen. Umfragen zeigen, dass viele von ihnen auf Ergebnisse zwischen zehn und 25 Prozent hoffen können.

Konservative

Nach der Europawahl 2009 haben sich im Europaparlament (EP) zwei rechte Fraktionen formiert. Die erste bildet die »Europäischen Konservativen und Reformisten« (ECR), die von den britischen Konservativen dominiert werden. Mit ihrer Gründung wollten die britischen »Tories« einen Kontrapunkt zum europafreundlichen Kurs der vor allem christdemokratischen Fraktion der »Europäischen Volkspartei« (EVP) setzen, der sie bis dahin angehörten. Doch die Rechnung ging nicht auf, sie verloren in Europa an Einfluss. In Großbritannien hat die radikaler auftretende »United Kingdom Independence Party« (UKIP) den antieuropäischen Impuls aufgenommen und läuft den »Tories« zunehmend den Rang ab. Der ECR haben sich neben kleineren Rechtsformationen auch nationalkonservative ehemalige Regierungsparteien, wie die polnische Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) und die tschechische »Demokratische Bürgerpartei« (ODS), angeschlossen. Insgesamt gehören ihr 57 Abgeordnete an. Damit ist sie die fünftgrößte Fraktion im Parlament, hinter der EVP (274 Sitze), den SozialdemokratInnen (194 Sitze), den Liberalen (85 Sitze) und den Grünen (58 Sitze). Ob es nach der Wahl 2014 eine Neuauflage der ECR geben wird, ist fraglich. Denn die »Tories«, mit 26 Abgeordneten bisher das Rückgrat der Fraktion, dürften Stimmen einbüßen. Auch PiS (Polen) und ODS (Tschechien) verloren an Gewicht.

»Europa der Freiheit und Demokratie«

Die zweite Rechtsfraktion im EP ist die 2009 gegründete Fraktion »Europa der Freiheit und Demokratie« (EFD) mit 31 Abgeordneten. Sie ist die kleinste Fraktion. Treibende Kraft sind die Abgeordneten der UKIP um Parteichef Nigel Farage, ein exponierter Vertreter rechter Europakritik. In der EFD sind vor allem etablierte extrem rechte und rechtspopulistische Parteien organisiert, die bereits an Regierungen beteiligt waren (»Lega Nord«, »Dänische Volkspartei«, »Slowakische Nationalpartei«). Dazu kommen Formationen wie die griechische Partei »Laikos Orthodoxos Synagermos« (LAOS) oder die Partei »Die Finnen«. Auch die Zukunft der EFD ist nach der kommenden Europawahl fraglich, da sich »Lega Nord« und SNS dem Wahlbündnis um Wilders und Le Pen angeschlossen haben. Sollten deren Mandate wegfallen und nicht durch andere Parteien kompensiert werden, fiele die EFD unter das notwendige Quorum von 25 Abgeordneten aus sieben Staaten zur Gründung einer Fraktion.

Fraktionslose Rechte

Weite Teile des extrem rechten Spektrums im EP sind fraktionslos, weil sie weder bei der ECR noch der EFD Aufnahme fanden und nicht in der Lage waren, selbst eine eigene Fraktion zu gründen. Dazu zählten bisher Rechtsaußenparteien wie die französische FN, die FPÖ, der VB oder die PVV – also vier der sieben Parteien, die nun dem neuen Wahlbündnis von Le Pen und Wilders angehören.

Es liegt in der Logik nationalistischer und antieuropäischer Parteien, dass das Fundament der Zusammenarbeit weniger eine gemeinsame Europapolitik, als die Symbolwirkung für nationale Wahlen ist. Dafür werden widersprüchliche Positionen, etwa zum Thema Antisemitismus, Homosexualität oder zur Zukunft der EU, zurückgestellt. Ob diese Strategie des kleinsten gemeinsamen Nenners tragfähig ist, wird sich noch zeigen müssen. Genauso wichtig wie politische Erwägungen dürften die praktischen Vorteile einer Fraktionszugehörigkeit für die einzelnen Parteien sein. Neben einer statuarischen Aufwertung bei parlamentarischen Initiativen und der Ausschussarbeit ist das vor allem die deutlich bessere Ausstattung mit Geld und MitarbeiterInnen. Dazu kommt, dass in Frankreich und Großbritannien die finanzielle Absicherung rechter SpitzenpolitikerInnen aufgrund des Wahlrechts, das kleine Parteien benachteiligt, traditionell über das EP erfolgt.



^ *Neue FraktionspartnerInnen Geert Wilders und Marine Le Pen*

Der braune Rest

Stellt schon die Zusammenarbeit zwischen Wilders und klassischen Rechtsparteien, wie der FN oder dem VB, einen Spagat dar, so dürfte die Aufnahme militanter Parteien, wie der »British National Party«, der bulgarischen »Ataka«, der ungarischen »Jobbik« oder der »Goldenen Morgenröte« aus Griechenland, das Projekt sprengen. Gleiches gilt für die NPD, die gute Chancen hat, künftig mit ein oder zwei Abgeordneten im EP vertreten zu sein. Diese Parteien werden wahrscheinlich im kommenden EP fraktionslos sein. Deutlich besser sieht es – einen Wahlerfolg vorausgesetzt – für »Die Republikaner« aus, die bereits in der Vergangenheit mit dem VB und der FPÖ kooperiert haben. Auch eine Kooperation der »Alternative für Deutschland« mit UKIP und der »Dänischen Volkspartei« in einer Fraktion ist denkbar.

Deutsche Europakonzepte

Die extreme Rechte gilt hierzulande als anti-europäisch. Doch schon immer vertrat sie eigene Konzepte für ein völkisches Europa, unter deutscher Führung.

Karl S. Eduard

Deutsche Neonazis marschieren gemeinsam mit tschechischen »Kameraden« am 1. Mai in Prag, eine Delegation der ukrainischen Partei »Swoboda« besucht Sachsens NPD und die »Jungen Nationaldemokraten« laden für den 22. März 2014 zu einem »Europakongress« mit TeilnehmerInnen aus mehreren Ländern ein. Auf dem Kongress wolle man den »Schulterschluss [...] der europäischen Nationalen« zeigen. Die europäische Kooperation der Neonazi-Szene, die auch bei den Europawahlen deutlich wird, ist nicht allein pragmatischen Überlegungen geschuldet, sie ist Programm. Zwar ist es heute machtpolitisch völlig unbedeutend, doch deutsche Neonazis verfügen über feste Vorstellungen für eine Neuordnung Europas. Und auch andere Strömungen der deutschen Rechten setzen auf Europa: Von der »Neuen Rechten« bis hin zu den organisierten »Vertriebenen«. So unterschiedlich ihre Konzepte sind, so haben die Europaideen der deutschen Rechten eines gemeinsam: Es sind Pläne zur Erringung deutscher Vorherrschaft.
Seit Anfang des 20. Jahrhunderts wurden in Deutschland aus allen politischen Richtungen Modelle der europäischen Einigung diskutiert. Modelle, wie zum Beispiel Friedrich Naumanns »Mitteleuropa« oder die Idee eines durch Krieg geeinten und unter deutscher Führung stehenden Europas von Theobald von Bethmann Hollweg, die ihre imperialen Ziele nicht verhehlten. Andere Konzepte, zum Beispiel die »Paneuropa«-Idee, verfolgten ähnliche Absichten, erschienen aber anti-national und friedlich. So unterschiedlich die Konzepte waren, so erfolglos blieben sie in der Weimarer Republik.

Nationalsozialistische Neuordnung

Mit der Machtübertragung an die NSDAP 1933 begann die Umsetzung des nationalsozialistischen Großraumwirtschaftskonzeptes. Schon in »Mein Kampf« hatte Adolf Hitler Überlegungen zur Neuordnung Europas angestellt. Sie wurden im Laufe der Zeit politischen und militärischen Entwicklungen angepasst, blieben aber im Kern konstant. Im Zentrum Europas stand als Ordnungsmacht und Schicksalsgemeinschaft ein »Reich« aller völkisch definierten »Deutschen«, das weit über die Grenzen Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg reichte. Die Unterwerfung und Ausbeutung der anderen europäischen Staaten war das Ziel – besonders die »Germanisierung« und Eroberung Osteuropa. Im Herzen Europas lag das deutsche Reich, umgeben von verbündeten Staaten als »organisches Zentraleuropa« sowie unterworfenen Ländern. Die Neuordnung verlief streng entlang völkischer Kriterien. 1943, angesichts der militärischen Niederlage vor Stalingrad, mussten neue politische Optionen her. Im Auswärtigen Amt wurde daher ein »Europäischer Staatenbund« unter der Führung Deutschlands und des faschistischen Italiens angedacht, um die Vorherrschaft auch nicht-militärisch zu sichern. Die Wehrmacht und die »Freiwilligenverbände der SS« wurden zu einer »Europäischen Armee« verklärt, die Westeuropa vor der Sowjetunion und dem »Bolschewismus« beschützen sollten. Die Befreiung durch die Alliierten beendete all diese Pläne.

Europa-Ideen nach 1945

»Unsere Rettung liegt im Westen. Nur dort werden wir imstande sein, unsere Partei zu erhalten«, riet zum Ende der NS-Herrschaft der Leiter der NSDAP-Kanzlei Martin Bormann dem Parteinachwuchs. Ein Bündnis an der Seite Westeuropas und der USA im Kampf gegen den »Bolschewismus« sei das strategische Ziel. Während die einen so still in den neuen Institutionen der Bundesrepublik dienten, planten andere offen eine nationalsozialistische Renaissance im europäischen Maßstab. Auf Treffen, wie dem »Europäischen Nationalkongress« 1951 in Malmö oder durch die Hilfe für verfolgte Alt-Nazis, wurden Netze gesponnen, die die Idee eines nationalsozialistischen Europas tradierten. Nicht umsonst trug die 1951 gegründete Zeitschrift »Nation Europa« (später »Nation & Europa«) ihren Namen. Das Ziel dieser Strömung, die sich bis heute in der NS-Szene – und der NPD – wiederfindet: Ein völkisch homogenes und ökonomisch starkes, autarkes »Europa der weißen Rasse«.

»Neue Rechte«

In Ablehnung der NS-Rassenkonzepte und auf der Grundlage faschistischer Vordenker der »Konservativen Revolution« der Zwischenkriegsjahre revitalisierte die französische »Nouvelle Droite« (»Neue Rechte«) alte Ideen, die auch nach Deutschland ausstrahlten. Ethnopluralismus, Föderalismus und ein modernisierter Nationalismus wurden verwoben und fanden unter »Nationalrevolutionären« und »Jungkonservativen« Zuspruch. Nach dem Niedergang der NPD in den 1970er Jahren befand sich die extreme Rechte in Deutschland in organisatorischen und ideologischen Umbrüchen – die scheinbar neuen Ideen aus Frankreich versprachen frischen ideologischen Wind. Auch wenn die heutige »Neue Rechte« die reale europäische Integration ablehnt, da sie die Nivellierung nationaler Identität befürchtet, bezieht sie sich positiv auf rechte Europaideen. Erst jüngst legten die neu-rechten Autoren Felix Menzel und Philip Stein in der »Edition Antaios« das Bändchen »Junges Europa. Szenarien des Umbruchs« vor, in dem sie sich für »ethnische Kontinuität, nationale Identität und Selbstbestimmung« als »Vision für die Zukunft« Europas aussprechen.

»Europäisierung deutscher Interessen«

Politisch relevant wurden rechte Europaideen im Umfeld der organisierten »Vertriebenen« und des Konservatismus. Angesichts der Schwäche Deutschlands und der machtpolitischen Konstellation nach dem zweiten Weltkrieg setzten sie zügig auf eine »Europäisierung deutscher Interessen« (Franz Josef Strauß). Nationale Alleingänge waren unmöglich, zur Umsetzung der eigenen Interessen blieb also nur die Einbindung in ein westeuropäisches, antikommunistisches Bündnis. Schon früh kleideten die organisierten »Vertriebenen« ihre revanchistischen Forderungen in pro-europäische Töne. So hieß es beispielsweise 1949 in der »Eichstätter Adventsdeklaration« der »Sudetendeutschen Landsmannschaft«, dass die Forderung nach »Rückgabe der Heimat in den Sprach- und Siedlungsverhältnissen von 1937« eingebunden in das »große Ringen um die christlich-humanistische Wiedergeburt Europas« sei. Auch das Gründungsdokument der »Vertriebenenverbände«, die »Charta der deutschen Heimatvertriebenen«, nannte die »Herbeiführung eines freien und geeinten Europas« als Ziel. Wichtiger Bestandteil der Strategie zur Neuordnung Europas war die Forderung nach völkisch definierten »Volksgruppenrechten« – zuerst natürlich für Deutsche aus und in den ehemaligen deutschen Gebieten.
Zumindest zur Durchsetzung deutscher Wirtschaftsinteressen bedarf es keiner neonazistischer Rechten. Schon 1992 schrieb der Politikprofessor Georg Fülberth pointiert und mit Blick auf die im Werden befindliche »Europäische Union«, dass der »Kernpunkt der deutschen Kriegsziel-Beschreibung vom Herbst 1914« erfolgreich verwirklicht sei: »ein europäischer Wirtschaftsverband unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung«.

Neuordnung Europas

Geschichte und Politik der rechten »Paneuropa Union«

von Karl S. Eduard



Zuletzt wurde das Netzwerk der »Paneuropa Union« (PEU) wieder einmal sichtbar, als die neue Bundesregierung mit Hartmut Koschyk (CSU) einen früheren hochrangigen Funktionär der PEU zum neuen »Beauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten« ernannte. Koschyk ist langjähriger Strippenzieher der modernen deutschen »Volkstumspolitik«. Er war Sprecher der »Schlesischen Jugend«, Generalsekretär des »Bundes der Vertriebenen« (BdV) und bis zu seiner Ernennung als Beauftragter der Bundesregierung, Anfang 2014, zehn Jahre lang Vorsitzender des »Vereins für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland« (bis 1970 »Verein für das Deutschtum im Ausland«).

Vorbild »Ständestaat«

Gegründet wurde die PEU im Jahr 1923 von Richard Coudenhove-Kalergi zur Schaffung einer europäischen Föderation. Anfänglich war die Organisation mit Sektionen in 23 Staaten populär. Ihre Kongresse waren Großveranstaltungen, mehrere Regierungen und Unternehmen finanzierten den Verband – doch ihr Einfluss blieb gering. Neben offen imperialen Europaplänen der Zwischenkriegszeit, schien das Konzept »Paneuropa« anti-national und friedlich. Doch Europas Einigung war auch hier nur Mittel zur Erringung einer Weltmachtposition. Das Programm war antikommunistisch, antidemokratisch, elitär und kolonialistisch. Revanchistische Forderungen Deutschlands fanden sich darin ebenso wie völkisch definierte Minderheitenrechte. Auf der Grundlage einer eigenen Rassentheorie schwadronierte Coudenhove-Kalergi über »Menschenzucht« und kritisierte den NS-Arierwahn als »Attentat gegen den Begriff der weißen Rasse«. Vorbild war der autoritäre österreichische »Ständestaat«. Mit der Machtübertragung an die Nazis 1933 und dem Anschluss Österreichs 1938 war die PEU tot. In Deutschland löste sie sich 1933 vorerst auf.

Antikommunistische Sammlungsbewegung

Nach dem Sieg der Alliierten über Nazi-Deutschland warb Coudenhove-Kalergi erneut für seine Idee. Zahlreiche Europa-Verbände entstanden, die europäische Einigung wurde Regierungspolitik. Gerade in der BRD setzten große Teile der gemäßigten Rechten auf Europa, denn eine Rückkehr auf die Weltbühne war nur so möglich. Die PEU war zwar weiterhin bedeutungslos, aber ab Mitte der 1950er Jahre konstituierte sich in der Bewegung eine Strömung, die später einflussreich wurde. Der Bundestagsabgeordnete und spätere Bundesvertriebenenminister Hans Joachim Merkatz (»Deutsche Partei«, später CDU), sowie der damals noch parteilose Otto von Habsburg, ältester Sohn des letzten Kaisers von Österreich-Ungarn, übernahmen Posten. Und mit Erich Mende (FDP) wurde 1967 ein profilierter Rechter Vorsitzender der deutschen PEU-Sektion. Nachdem Habsburg 1973 Präsident der internationalen Struktur wurde, begann der Aufbau einer rechten Sammlungsbewegung. Die Grundlagen waren ein strikter Antikommunismus, die gemeinsame Europa-Idee und das Christentum. In der Organisation sammelten sich Strömungen, die seit Jahren nebeneinander arbeiteten, wie zum Beispiel die »Abendländische Akademie«, das dem spanischen Franco-Faschismus nahestehende »Centro Europeo de Documentación e Información« (CEDI), die »Deutschland-Stiftung«, Teile der deutschen »Vertriebenen«, MonarchistInnen sowie VertreterInnen rechter Parteien und Regierungen. Bis 1989/90 kooperierte die PEU auch mit der extremen Rechten. Das einigende Moment war der Antikommunismus. Ein Trennstrich wurde nur gezogen, wenn es um konkurrierende Europa- und Deutschlandpolitik ging, denn die »Europäisierung der deutschen Frage« (Franz Josef Strauß) war seit 1973 das zentrale Thema der PEU. Ein politisch, militärisch und ökonomisch starkes Europa sollte den sozialistischen Staaten entgegentreten und den Anschluss der DDR an die BRD sowie unter dem Vorbehalt der Westorientierung den Zerfall der osteuropäischen Staaten vorantreiben. Praktisch wurde das von der PEU mit subversiver Wühlarbeit in diesen Ländern unterstützt. Durch die Verankerung in der CDU/CSU, bei den »Vertriebenen« und in den europäischen Institutionen gewann die Organisation an Einfluss. Habsburg wurde zu einem wichtigen Außenpolitiker der CSU. In das 1979 erste gewählte Europaparlament zogen 33 PEU-Mitglieder ein, 2003 hatte die PEU-nahe »Paneuropa-Intergruppe« schon 100 Mitglieder im Parlament.

Neuordnung Europas

Mit dem ‹Sieg› über den Sozialismus und dem Aufbau der Europäischen Union waren für die PEU wichtige Etappen erreicht. Nun will sie die Wirtschafts-, Technologie-, Außen- und Militärpolitik der EU zentralisieren und die Sozial- und Kulturpolitik gemäß dem konservativ-katholischen Prinzip der Subsidiarität in die kleinstmöglichen gesellschaftlichen Einheiten verlagern. Außerdem sollen die bestehenden Staaten Europas in Regionen und »Volksgruppen« zersplittert und somit geschwächt werden. Deutschland dagegen wird »völkisch« als fast homogen angesehen und bliebe erhalten. Durch die Anbindung »deutscher« Minderheiten in Ost- und Südosteuropa würde seine Stellung in Europa sogar noch gestärkt.

Und heute?

Mit dem Rückzug Otto von Habsburgs 2004 vom Vorsitz und seinem Tod 2011 wurde es ruhig um die Organisation. Auf der Agenda der internationalen PEU, die nun von dem französischen Konservativen Alain Terrenoire geleitet wird, steht heute vor allem die Etablierung eines politisch, technologisch und militärisch starken Europas. Doch vor allem die deutsche Sektion des Bundes – und somit das Zentrum der Organisation – ist fest in der Hand jener, die eine völkisch-klerikale Neuordnung des Kontinents betreiben. Ihr Vorsitzender ist der CSU-Europaparlamentarier und Sprecher der »Sudetendeutschen Landsmannschaft« Bernd Posselt (CSU).

Aufstieg des Rechtspopulismus

Kurz vor der Europawahl überschlagen sich die Warnungen vor einem rechten Dammbruch: Bis zu dreißig Prozent an WählerInnenstimmen werden den europafeindlichen RechtspopulistInnen laut Wahlprognosen inzwischen zugetraut. Im Kontext der Krise bietet der Rechtspopulismus ein Ventil für nationalistisches Wutbürgertum, diffuses politisches Unbehagen und soziale Unsicherheit.

von Alexander Häusler

Die Exklusion spezifischer, zu Feinden stilisierter Menschengruppen prägt einen rechtspopulistischen Politikstil. Politisch beruht der zeitgenössische Rechtspopulismus auf der Gleichsetzung des ‹Volkes› mit den ‹kleinen Leuten› der ethnisch angestammten oberen und unteren Mittelschichten.

Ihre antieuropäische und nationalistische Stoßrichtung versuchen rechtspopulistische Parteien oftmals dadurch zu tarnen, dass sie sich als Hüter ‹nationaler Demokratie› gegenüber einer ‹Diktatur aus Brüssel› darzustellen versuchen. Im Unterschied zu traditionellen extrem rechten Parteien findet sich im Rechtspopulismus zumeist auch keine offene Bezugnahme auf den historischen Faschismus und offen völkischen Rassismus. Einigende Feindbilder rechtspopulistischer europäischer Parteien sind neben der EU-Bürokratie vor allem der Multikulturalismus, MuslimInnen und eine angeblich die Medien und Politik beherrschende linke Hegemonie unter dem Diktat einer verhassten »political correctness«. In der Kennzeichnung der europäischen Union als »EUdSSR« verdichten sich diese Feindbilder in einer rechtspopulistischen Erzählung: Die »EUdSSR« steht darin als Sinnbild für einen »monetären Sozialismus« und einen »zentralistischen Viel-Völker-Staat«, der die »nationalen Identitäten« kulturell zerstöre und die »Völker enteigne«. Verursacherin dieser herbei beschworenen kulturellen und ökonomischen ‹Landnahme› sei die von links indoktrinierte und vom Multikulturalismus beherrschte »politische Klasse«. Der Name dieses Feindes lautet »das Monster Brüssel« (O-Ton Geert Wilders). Dagegen stellen die RechtspopulistInnen sich in dieser Erzählung als »Hüter nationaler Souveränität«, als »Anwälte des Volkes« dar. Inszeniert als ‹nationaler Befreiungskampf› bedient sich die populistische Rechte der selektiven Inanspruchnahme der Demokratie. BürgerInnenbeteiligung und Volksbegehren als demokratische Mittel werden instrumentalisiert für politische Kampagnen gegen Minderheitenrechte und für nationalistischen Wohlstandschauvinismus. Mit taktisch motivierten, selektiv gezielt gesetzten Bezugnahmen auf individuelle Freiheitsrechte – von der Glaubensfrage über die sexuelle Orientierung bis hin zum Feminismus – vollzieht die modernisierte Rechte argumentativ eine Hinwendung zu den Milieus liberal-demokratisch orientierter Mittelschichten. Populistische Inszenierungsformen sind im Rechtsaußenspektrum weit verbreitet und reichen von der extremen Rechten bis hinein in den Nationalkonservatismus und den Nationalliberalismus.

Rechtspopulistische Genese in Europa

In vielen europäischen Ländern haben rechtspopulistische Parteien mit dieser modernisierten politischen Agenda erheblich an Zustimmung gewonnen und sich zum Teil auch politisch etablieren können. In den 1970er Jahren sah der Rechtspopulismus noch im sozialdemokratisch geprägten Wohlfahrtsstaat das zentrale Angriffsziel: In Skandinavien traten zu jener Zeit rechtspopulistische Parteien mit Kampagnen gegen Steuern und Keynesianismus in Erscheinung. Der traditionelle Rechtspopulismus in Europa war neoliberal, mittelschichtsfixiert und fremdenfeindlich geprägt.

Im Kontext des Zerfalls des RGW-Staatenblocks und der EU-Osterweiterung erfuhr der Rechtspopulismus eine Phase der räumlichen Ausdehnung und ging in Osteuropa eine Symbiose ein mit ethno-nationalistischen und separatistischen Bestrebungen im politischen Gefüge der sich neu konstituierenden Staaten. Während in Osteuropa rechtspopulistische Politikansätze vielerorts mit traditionell extrem rechten Weltanschauungen verschmolzen, nutzten in Westeuropa rechte Parteien den rechtspopulistischen Politikstil zur ‹Modernisierung› ihres Erscheinungsbildes.

Mit der Erweiterung der Europäischen Union auf 27 Mitgliedsstaaten erfuhr auch die populistische Rechte im Europaparlament eine politische Verstärkung: Durch den EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens im Januar 2007 konnte die erforderliche Zahl von Abgeordneten für eine Fraktionsbildung erreicht werden. Die neu entstandene Fraktion »Identität, Tradition, Souveränität« (ITS) setzte sich unter dem Vorsitz von Bruno Gollnisch vom »Front National« aus 23 ParlamentarierInnen des belgischen »Vlaams Belang«, der österreichischen FPÖ, der bulgarischen »Ataka«, der »Alternativa Sociale« und der »Fiamma Tricolore« aus Italien, der rumänischen »Partidul România Mare« sowie unabhängiger KandidatInnen aus weiteren Ländern zusammen. Aufgrund nationaler Zwistigkeiten führte die Fraktion jedoch nur ein kurzfristiges Dasein.

Einen erneuten Aufstieg erfuhr der Rechtspopulismus im skandinavischen Raum durch seine Vermischung von neoliberalen mit europaskeptischen und nationalpopulistischen Positionierungen. Hierbei changierten rechtspopulistische Parteien zwischen nationalistischer Fundamentalopposition und zugleich taktisch als Steigbügelhalter konservativer oder neoliberaler Parteien, die sie mit einwanderungsfeindlichen und ausgrenzenden Forderungen immer mehr ins rechte Fahrwasser manövrierten.

Rechtspopulismus als Krisenphänomen

In Österreich verdankte die FPÖ nach dem Tod des schillernden Rechtspopulisten Jörg Haider ihren erneuten Aufstieg unter »H.C.« Strache einer Mischung aus dumpfem Rassismus und fürsorglich inszeniertem Sozialpopulismus: Strache bekundete, die österreichische Sozialdemokratie durch eine Politik »für unsre Leut« beerben zu wollen und die FPÖ drang tief in das sozialdemokratische Wählermilieu hinein.

Auf einer anderen Ebene trug die in unterschiedlicher Stärke vollzogene Auflösung fester WählerInnenblöcke bei den traditionellen Blöcken der christ- und sozialdemokratischen Volksparteien im Kontext von Korruption und politischer Vetternwirtschaft zur Etablierung eines neuen Typus bei: dem »Unternehmer-Populismus«. Zum Prototyp eines »Unternehmer-Populisten« zählen Politiker wie der ehemalige italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi oder Christoph Blocher von der »Schweizerischen Volkspartei« (SVP). Italien kann als politisches Labor in Europa für den Aufstieg wie auch die Wirkung eines solchen ‹unternehmerischen Rechtspopulismus› bezeichnet werden, bei dem Machtmissbrauch und Medienkontrolle einhergehen mit nachhaltiger Destabilisierung der demokratischen politischen Kultur.



< Flyer der AfD für eine Veranstaltung mit Hans-Olaf Henkel in München

Gemeinsam mit der unternehmerischen Umdeutung des Politischen vollzog sich eine kulturreligiöse Umdeutung rassistischer Forderungen. Seit dem von der SVP im Jahr 2009 erfolgreich inszenierten Referendum gegen den Minarettbau in der Schweiz und dem Aufstieg der niederländischen »Partei für die Freiheit« (PVV) von Geert Wilders gilt der antimuslimische Rechtspopulismus als politischer Erfolgsschlager für WählerInnenstimmen und politische Modernisierungsbestrebungen im Lager der Rechtsaußenparteien in Europa.

Die Erfolge des Rechtspopulisten Wilders in den Niederlanden markieren einen populistischen Dammbruch, der zu einem gesellschaftlichen Riss in der Bevölkerung und zu einer Fragmentierung der etablierten Volksparteien geführt hat. Wilders, der sich als »Freiheitskämpfer« bezeichnet und seine ausgrenzenden und diskriminierenden Forderungen als demokratisch zu verkaufen sucht, ist Trendsetter eines solchen Rechtspopulismus im Namen der Freiheit. Im September 2011 verkündete er auf einer Werbeveranstaltung in Berlin für die deutsche rechtspopulistische Partei »Die Freiheit«: »Wir wollen weniger Bürokratie! Wir wollen mehr Demokratie! Wir wollen unsere eigene Souveränität behalten! Wir wollen uns selber regieren! Wir wollen unabhängig und frei bleiben! Wir wollen Herr im eigenen Haus sein!«

AfD als rechte deutsche Hoffnungsträgerin

Spätestens seit der Sarrazin-Debatte werden auch hierzulande ausführlich die Chancen einer neuen Rechtsaußenpartei diskutiert: Eine Emnid-Umfrage prognostizierte einer fiktiven Sarrazin-Partei im September 2010 rund 18 Prozent der WählerInnenstimmen. Doch bislang konnte keine Partei rechts der Union dieses Einstellungspotenzial bündeln. Mit seinen Thesen bediente der Erfolgsautor nicht bloß muslimfeindliche und sozialbiologistische Zuschreibungen, sondern zudem eine Euro- und EU-skeptische Haltung. Für eine Buch-Publikation gegen den Euro wurde ihm der Deutsche Mittelstandspreis verliehen. Die Laudatio dafür hielt der heutige Europakandidat der »Alternative für Deutschland«, Hans-Olaf Henkel, am 6. November 2012. Darin titulierte Henkel den Preisträger als »deutschen Widerstandskämpfer im besten Sinne des Wortes«. Henkel, der Brüssel als Synonym für die derzeitige EU-Politik verwendet, in der »zunehmend Selbsttäuschung, Gleichmacherei und Sozialismus um sich« greifen, steht damit als Vertreter eines Protest-Milieus gegen den Euro, das Deutschland durch einen vermeintlichen europäischen »Zwangssozialismus« bedroht sieht. Als eine solche Partei rechts von der Union weist die AfD eine Tendenz zu rechtspopulistischer Ausrichtung auf. In Bezug auf Europa bekundete Bernd Lucke, die unumstrittene Führungsfigur der AfD, politische Übereinstimmung mit den britischen Tories unter David Cameron, die sich mit der rechtspopulistischen »United Kingdom Independence Party« (UKIP) im Wahlkampf ein Rennen um die wohlstandschauvinistischste Position liefern.

Prognose

Bei der Europawahl droht somit auf drei Ebenen ein Einbruch von Rechtsaußen: erstens durch eine Stärkung des traditionell extrem rechten Blocks in Süd- und Osteuropa, zweitens durch die Formierung einer rechtspopulistischen Fraktion unter Führung von Marine Le Pen und Geert Wilders und drittens die Bildung eines wohlstandchauvinistischen Blocks marktradikaler Europafeinde unter Einbeziehung der »Alternative für Deutschland« (AfD). Schon jetzt lassen sich auch hierzulande die Folgen des rechtspopulistischen Ringens um Zustimmung des rechten Wutbürgertums erkennen: Ein rechter Einbruch in die politische Mitte auf Kosten entrechteter Minderheiten und demokratischer Kultur. Heute weist der europafeindliche Rechtspopulismus sowohl extrem rechte wie auch rechtskonservative, neoliberale und zugleich auch sozialpopulistische Tönungen auf – er ist ideologisch flexibel geworden. Seinen Nährboden erhält er durch die vorherrschende Krise politischer Repräsentation in Europa, die von zwei zentralen Merkmalen geprägt ist: den sozialen Zumutungen einer angeblich alternativlosen neoliberalen Austeritätspolitik sowie dem Fehlen eines transnationalen Identifikationsangebots, einer europäischen Großerzählung mit demokratischer Bindungskraft.

Die Neinsager

Vier Neins einen bei der Europawahl 2014 die extreme Rechte. In allen EU-Ländern lehnt sie die Europäische Union ab, verwehrt sich gegen eine »multikulturelle Gesellschaft«, befürchtet eine »Einwanderung in die Sozialsysteme« und warnt vor einer »Islamisierung Europas«.

von Andreas Speit



Die Inneneinrichtung soll Offenheit signalisieren: Weiße Wände und indirektes Licht. Hinter den blauen Sesseln des Präsidiums hängt die blaue Europaflagge mit den zwölf goldenen Sternen. Über den 754 Abgeordnetensitzen des Europäischen Parlaments befinden sich die in die Wände eingelassenen Kabinen der DolmetscherInnen. Ganz rechts vom Präsidium sitzen als Abgeordnete der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) auf Platz 614 Andreas Mölzer, auf Platz 613 Franz Obermeyer. Von der »Front National« (FN) belegen Bruno Gollnisch Platz 615 und Marine Le Pen Platz 616. Insgesamt sitzen 34 Abgeordnete der extremen Rechten aus Europa im Straßburger Parlament zusammen. Nach der Europawahl 2014 könnten aus den 28 Ländern der »Europäischen Union« (EU) noch weit mehr Abgeordnete aus extrem rechten Parteien, rechtspopulistischen Strukturen und radikal-euro-kritischen Vereinigungen im Plenarsaal vertreten sein.

Gefahr von Rechts

Schon 2012 warnte der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), in seiner »Berliner Europa-Rede«, dass in der »wirtschaftlichen und sozial angespannten Lage« die »Hetze von Populisten« auf »fruchtbaren Boden« falle. Nicht allein Schulz sorgt sich darum, dass mit »Fremdenfeindlichkeit« und »billigen Sprüchen Stimmung gegen andere gemacht« werde. Der Europaabgeordnete der »Grünen«, Jan Phillip Albrecht, betonte in seinem Straßburger Büro, dass die extreme Rechte nicht nur in den stark krisengeschüttelten Mitgliedsstaaten, sondern auch in den wirtschaftlich weniger belasteten Staaten Chancen auf Stimmenzuwächse hätten. Der Einzug dieser Parteien scheint nach aktuellen Umfragen mehr als sicher. Nach einer Studie der Deutschen Bank und der Universität Bonn vom 31. Januar dieses Jahres könnten die »EU-SkeptikerInnen von rechts« insgesamt 18 Prozent des Stimmenanteils für sich gewinnen: 136 Sitze.

»Faust gegen Europa«

Dem Stimmenzuwachs sehen der Parteivorsitzende der »Partij voor de Vrijheid« (»Partei für die Freiheit«, PVV), Geert Wilders, und die FN-Vorsitzende, Marine Le Pen, zuversichtlich entgegen. Bereits knapp ein Jahr vor der Europawahl am 25. Mai erklärten die beiden eine »Faust gegen Europa« zu schmieden. Scherzend saßen sie im November 2013 im Sitzungssaal des niederländischen Parlaments zusammen. Bei dem Treffen in Den Haag warben sie für das Bündnis im Europäischen Parlament gegen das Europäische Parlament. »Damit beginnt die Befreiung von der Elite des alten Europas, dem Monster in Brüssel«, sagte Wilders. Eine gängige Botschaft der radikalen Rechten: die da in Brüssel machten mit einem überteuerten Verwaltungsapparat Politik gegen die »einfache Leute«, das »eigene Volk«. »Wir wollen mit anderen patriotischen Gruppen in Europa eine Dynamik schaffen«, sagte Le Pen und betonte, Ziel sei es, ein System zu beenden, das die »Völker Europas in die Sklaverei getrieben hat«.

Die vier Neins

Dieses eine Nein ist eines von insgesamt vieren, die die extrem Rechten europaweit gemeinsam haben. In allen EU-Ländern lehnen sie die Europäische Union ab, verwehren sich gegen eine multikulturelle Gesellschaft, befürchten eine »Einwanderung in die Sozialsysteme« und warnen vor einer »Islamisierung Europas«. Vor vier Jahren, im Jahr 2010, legte Andreas Mölzer auf dem Jahreskongress der »Gesellschaft für freie Publizistik e. V.« zehn Thesen zur EU dar; sie skizzieren die Kritik dieses Spektrums bis heute. Der FPÖ-Europaabgeordnete mahnt an, dass die EU zu einem »zentralistischen Bundesstaat« werde, zur »politisch-korrekten Gesinnungs-Despotie«, mit einer »Regelungswut«. Diese »Europäisierung« gefährde die »nationalen Identitäten« der »einzelnen europäischen Nationen und Völker«. Die »Massenzuwanderung«, insbesondere aus der »islamischen Welt«, so Mölzer, sei zudem äußerst gefährlich für die europäischen Staaten, da durch sie die Sozialsysteme zusammenbrechen und Parallelgesellschaften entstünden.

Diese vier Neins genügten, um das Bündnis von Wilders und Le Pen zu schmieden. Die »Schwedendemokraten«, der »Vlaams Belang« aus Belgien und die »Lega Nord« aus Italien zeigen bereits starkes Interesse. In den Jahren zuvor mieden sie sich, die einen fanden die anderen zu »populär«, die anderen wieder die einen zu »extrem«. In Den Haag betonte Le Pen nun gelassen: »Selbst in einer Ehe muss man nicht zu 5000 Prozent einer Meinung sein«.

Applaus für die Schweiz

Nicht gelassen, viel mehr begeistert reagierten Wilders und Le Pen auf die Volksabstimmung in der Schweiz gegen Einwanderung. »Was die Schweizer können«, twitterte Wilders, »das können wir auch« und fuhr knapp fort: »Immigration stoppen und raus aus der EU! Quoten für die Migranten. Phantastisch!«. »Ich wünschte, wir würden den Schweizern folgen«, sagte Le Pen dem Radiosender »Europe 1«. »Die Franzosen«, meinte sie, würden noch deutlicher als das kleine Nachbarland »für einen Stopp der Massenimmigration votieren«. In Deutschland begrüßte auch die NPD um den neuen Bundesvorsitzenden Udo Pastörs das knappe Ergebnis der von der »Schweizerischen Volkspartei« (SVP) initiierten Abstimmung. »Ausländer stopp – in der Schweiz jetzt offiziell«, titelte Karl Richter, NPD-Bundesvize, am 9. Februar auf der Bundes-Website und forderte: »Basisdemokratie auch in Deutschland stärken – Ausländerstopp auch in der Bundesrepublik!«.

Das »demokratische Paradoxon«

Die Argumentationen offenbaren die Intentionen. Die Abstimmung in der Schweiz nutzt die extreme Rechte nicht nur, um ihre Position gegen Einwanderung als »Stimmung des Volkes« wider der »Politik der Parteien«



darzustellen. Sie bedienen sich ihr auch, um sich als die »wahren VolksvertreterInnen« zu gerieren, die sich mit demokratischen Mitteln für die Menschen einsetzen und den anderen Parteien entgegen stellen, die den »wahren Volkswillen« nicht zulassen wollen. Die Politikform des Europäischen Parlaments kommt ihnen dabei entgegen. Denn die europäischen Arbeitsabläufe verdichten ein, wie die Politologin Margaret Canovan sagte, »demokratisches Paradoxon«. Die Komplexität der Probleme bedingt, dass die PolitikerInnen sie inklusiver, konsensueller und outputlastiger angehen. Gleichzeitig fühlen sich die Menschen jedoch immer weniger einbezogen, erkennen kaum noch Unterschiede zwischen den Parteien und empfinden die politischen Prozesse als undurchschaubar. Im Plenarsaal in Straßburg wird die Arbeitsweise der PolitikerInnen oft nicht sichtbar, weil sie einfach nicht zu sehen sind. Überrascht schauen BesucherInnen bei Sitzungen in Straßburg auf die freien Abgeordnetensessel. Der runde Plenarraum wirkt bei Sitzungen leer, da nur einzelne Europaabgeordnete kurze Reden halten, Berichte ausführen und schnell andere Abgeordnete erwidern. »Bitte lassen sie sich nicht täuschen«, sagen dann die MitarbeiterInnen zu den Gästen. Im Europäischen Parlament bestimmten Fraktionssitzungen und ExpertInnenrunden den politischen Alltag. »Die Abgeordneten, die jetzt nicht im Plenarsaal sind, sitzen in Ausschüssen, Treffen und Kreisen, um politische Entscheidungen zu entwickeln und zu treffen«, erklären sie den BesucherInnengruppen. Bei großen Debatten mit wichtigen Abstimmungen seien sie da. Auf der Gästetribüne ist schwer einzuschätzen, ob die BesucherInnen dieser Argumentation folgen. Die populistische Rhetorik der EU-feindlichen Stimmung an den Stammtischen und in den Hörsälen erhält indes stetige politische Resonanz – Tendenz steigend.

Die rechte Mitte

In der »Mitte der Gesellschaft« der EU-Staaten nehmen rechte Ressentiments zu. Kein europäisches Land, ob West oder Ost, ob Nord oder Süd, in denen nur die extreme Rechte über Antidiskriminierungsregelungen und Gender-Mainstreaming schimpft und Zuwanderung und »Islamisierung« verneint. »Die unsicheren Zeiten zeigen hier ein nationales Gesicht«, warnt Ulrich Beck. Der Hass auf die »Anderen«, auf AusländerInnen, Jüdinnen, Juden und Muslime, wächst, sagt der Soziologe.
Eine Forschungsgruppe des Projektes »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« an der Universität Bielefeld erhob in acht europäischen Ländern eine repräsentative Umfrage: den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Portugal, Polen und Ungarn. In der Studie war sich rund die Hälfte der Befragten einig, dass es in ihren Ländern zu viele ZuwanderInnen gebe, schreiben Andreas Zick, Beate Küpper und Andreas Hövermann in der 2011 veröffentlichten Untersuchung »Die Abwertung der Anderen«. Rund die Hälfte verurteile außerdem den »Islam pauschal als Religion der Intoleranz«. Die Ablehnung gleicher Rechte für Homosexuelle variiert hingegen stark: In den Niederlanden lehnen 17 Prozent und in Polen 88 Prozent der Befragten die Gleichstellung ab. Auch bei der Anfeindung von Menschen jüdischen Glaubens besteht einen große Spanne. »Juden versuchen heute, Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind«, denken in Großbritannien 21,8 Prozent und in Ungarn 68,1 Prozent.

Kaum ein Ja

Die Stimmungsschwankungen in den Ländern spiegeln sich in den Parteien wider. In seinem Straßburger Büro betont Andreas Mölzer (FPÖ): »Ich bin kein Europakritiker, sondern ein EU-Kritiker«. AnhängerInnen der »Jobbik« seien jedoch »wirkliche Antieuropäer«, sagt er und fügt hinzu: »Im Osten sind schon auch Obskuranten und Narren bei den verschiedenen nationalen Bewegungen«. Am 13. Februar 2014 warf am Ende seiner Rede Tamás Gaudie-Nagy von der »Jobbik« eine im ungarischen Parlament angebrachte EU-Fahne aus dem Fenster. »Symbole des Kolonialismus« hätten im Parlament »nichts verloren« sagte er. Die vier Neins der Gemeinsamkeiten können die Unterschiede nicht ausblenden: Die FPÖ will ein »geeintes Europa das das Fortbestehen und die Weiterentwicklung der historisch gewachsenen Völker Europas gewährleistet und auf der geistigen Grundlage des christlichen Abendlandes steht«. »Jobbik« dagegen fordert, dass Ungarn einen Status wie die Schweiz anstreben solle. Auf ein gemeinsames Europa-Konzept hat sich die extreme Rechte nie einigen können. Nur im Nein sind sie vereint. Die Rhetorik und die Aktionen von »Jobbik« um deren Partei-Chef Gabor Vona gegen das »Weltjudentum« und die »Zigeunerkriminalität« irritiert zudem einzelne Rechte. Militante Aktionen und extrem-radikale Rhetorik meiden Wilders und Le Pen. Moderat und »patriotisch« möchten sie erscheinen. Der »Jobbik« haben sie bisher keine Zusammenarbeit angeboten. Nicht verbittert erklärt Márton Gyöngyösi: »In vielen Dingen stimmen unsere Standpunkte wohl nicht überein, in jedem Land hat die radikale Bewegung offensichtlich ihr eigenes, spezifisches Programm«. Ungeachtet dessen betont er im ungarischen Parlament ein gemeinsames Ziel: »Alle Bewegungen und Parteien, die der EU kritisch gegenüberstehen, sollten sich konsolidieren«. Die NPD haben Wilders und Le Pen auch noch nicht angesprochen. Doch mit dem Wegfall der Drei-Prozent-Hürde dürfte ihr Spitzenkandidat Udo Voigt ins Europäische Parlament kommen.

Rechtsruck in der EU?

»Wenn die Zeiten insgesamt härter werden«, erklären Küpper und Zick, scheint die »Kapazität der Toleranz zu schrumpfen, [...] sodass bisher verdeckte und versteckte Feindseligkeiten offen zutage treten können«. Nicht zuletzt würden »Sündenböcke« gesucht. Schon allein die Angst vor dem sozialen Abstieg verstärke diese Einstellungen. Schlechte Nachrichten für eine offene, pluralistische Gesellschaft, gute für die extreme Rechte.

Gespaltene Rechte in Europa

Die Rechten in Europa sind stark, doch eine geeinte europäische Rechte gibt es nicht.

von Gerd Wiegel



Das von der »Schweizerischen Volkspartei« (SVP) initiierte erfolgreiche Volksbegehren zur Begrenzung der Zuwanderung in die Schweiz hat den Parteien der extremen und populistischen Rechten in Europa zusätzlichen Auftrieb gegeben. Einen Auftrieb, dessen es nicht bedurft hätte, waren zahlreiche dieser Parteien doch schon vor der Schweizer Abstimmung in einem Umfragehoch. So werden dem »Front National« (FN), der niederländischen »Partij voor de Vrijheid« (PVV) von Geert Wilders oder auch der FPÖ in Österreich Ergebnisse für die Europawahl im Mai vorhergesagt, die sie zu den stärksten Parteien in ihren Ländern machen könnten.

Das Thema Eurokrise und auch die von den etablierten Konservativen immer wieder vorgebrachten Ressentiments gegen bestimmte ZuwanderInnengruppen lassen einen Durchmarsch von Parteien der extremen Rechten erwarten, mit dem ihr Ergebnis und möglicherweise auch ihr Einfluss im Europäischen Parlament (EP) gestärkt wird und die rassistische Stimmungsmache in der Migrationspolitik weiter um sich greift. Von der »United Kingdom Independence Party« (UKIP), über den FN und die FPÖ bis zur »Alternative für Deutschland« (AfD) haben sich fast alle dieser Parteien positiv auf das Votum in der Schweiz bezogen und empfehlen es als politische Leitlinie für mehr Abschottung in Europa. Führen Einzelerfolge zu einer gestärkten Rechtsfraktion im EP?

Dennoch bleibt es fraglich, ob aus der Summe der zu befürchtenden Einzelerfolge der extremen und populistischen Rechten in zahlreichen europäischen Ländern auch eine gestärkte europäische Rechte wird. Zu groß sind die ideologischen Unterschiede zwischen einzelnen Ausrichtungen der Rechten in Europa, auch die nationalistischen Animositäten könnten für eine fortbestehende Spaltung der Rechtsparteien im EP sorgen. Zur Bildung einer Fraktion im EP sind gegenwärtig 25 Abgeordnete aus sieben Mitgliedsstaaten erforderlich. Vor allem ideologische Differenzen haben bisher dafür gesorgt, dass die Rechte auf gleich mehrere Fraktionen im EP aufgespalten und ihr radikalster Teil fraktionslos ist. Dies zu ändern ist das erklärte Ziel einer Initiative unter dem Namen »Europäische Allianz für die Freiheit« (EAF), die von Marine Le Pen und Geert Wilders im November 2013 gestartet wurde und die das Ziel hat, eine Fraktion der Parteien der extremen Rechten im EP zu bilden. Deutlich wurde jedoch schnell, dass sich keineswegs alle Rechtsparteien in dieses Projekt einbinden lassen. So kam von Seiten der UKIP eine Absage. Auch von der AfD, die bisher sehr darum bemüht ist, ihre rechtspopulistische Ausrichtung nicht durch falsche BündnispartnerInnen noch offensichtlicher werden zu lassen, kam eine Absage. Jedoch verbergen sich hinter solchen Vorbehalten nicht nur taktische Überlegungen, sondern auch reale ideologische Differenzen.

Kleinster gemeinsamer Nenner der europäischen Rechtsparteien ist ein rassistisch begründeter Antiislamismus, die gemeinsame Wendung gegen die europäische Freizügigkeit und die Ablehnung des gegenwärtigen europäischen Modells. Die Ausdifferenzierung der Rechten hat jedoch seit den achtziger Jahren dazu geführt, dass die Unterschiede zwischen verschiedenen Typen dieser Rechtsparteien eher größer geworden sind. Eine offen faschistisch und gewalttätig auftretende Partei wie die »Goldene Morgenröte« in Griechenland, unterscheidet sich deutlich von einer in Teilen geschichtsrevisionistischen, islamfeindlichen und nationalistischen Partei wie der FPÖ und wiederum noch deutlicher von einer zwar islamfeindlichen, aber eindeutig nicht antisemitischen und nicht homophoben Partei wie der niederländischen »Partei für die Freiheit«.

Während »Jobbik« aus Ungarn und die »Goldene Morgenröte« nach wie vor einen expliziten Antisemitismus vertreten, haben vor einigen Jahren Parteien wie die FPÖ, der »Vlaams Belang«, die »Schwedendemokraten« und einige andere eine »Jerusalemer Erklärung« unterzeichnet, in der sie sich zu Israel bekennen und im Islamismus die größte Bedrohung sehen. Traditionell faschistisch ausgerichtete Parteien stehen solchen Parteien eines modernisierten Rechtspopulismus gegenüber, der sich in den neunziger Jahren mit Ideologiemomenten des Neoliberalismus erneuert hat.

Neben diesen ideologischen Differenzen hat in der Vergangenheit der nach wie vor zentrale Nationalismus dazu geführt, dass sich rechte Einigungsbemühungen schnell zerschlugen. So scheiterte die kurzzeitige Rechtsfraktion »Identität, Tradition, Souveränität« (ITS) 2007 am Thema der rumänischen ZuwanderInnen nach Italien, die von Alessandra Mussolini rassistisch-nationalistisch beschimpft wurden, was zum Austritt der RumänInnen und damit zum Ende der Fraktion führte.

Es kann also sein, dass Parteien der extremen Rechten so stark wie nie zuvor im EP vertreten sein werden und dennoch keine gemeinsame schlagkräftige Fraktion zustande kommt. Eine solche Entwicklung wäre jedoch kein Grund zur Entwarnung, denn die zu erwartenden Ergebnisse der extremen und populistischen Rechten werden zu einem weiteren Terraingewinn für deren nationalistische und rassistische Ideologie führen. Von konservativen bis zu sozialdemokratischen Parteien besteht die Reaktion auf rechte Wahlerfolge leider zumeist in einer Bestätigung der Themen der Rechten. Ob bei der Frage von Zuwanderung aus Osteuropa, dem Umgang mit Sinti und Roma, der Abschottung der europäischen Grenzen – überall führt der Druck von Rechts zu einer Verschärfung der Positionen. Es bedarf dringend einer linken europäischen Verständigung darüber, wie dieser Zirkel überwunden werden kann.

»Nationalismus richtet sich auf Ausschließung«

Im aktuellen Europaparlament ist die Rechte in zwei Fraktionen und einer Gruppe fraktionsloser Abgeordneter der Rechtsparteien diverser Länder vertreten. Toni Brandes von »der rechte rand« sprach mit Dr. Dieter Plehwe vom »Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung« über die verschiedenen Ausprägungen der Rechten und ihre Chancen in der kommenden Legislaturperiode.



drr: Das Spektrum der europäischen Rechten stellt sich wenige Monate vor der Europawahl sehr heterogen dar. Welche Strömungen gibt es?

DP: Inhaltlich ist die Rechte in sehr unterschiedliche Richtungen gespalten: Nationalistische Konservative stehen neben marktradikalen Kräften, welche die EU nur ablehnen, wenn es um Staatsinterventionismus in Märkte geht, zum Beispiel die Pakete zur Finanzierung von hoch verschuldeten Banken und Mitgliedsstaaten. Nationalkonservative wollen eine umfassende Rückkehr zum Nationalstaat, während Marktradikale keine ökonomische Abschottung wollen. Deshalb sind die Positionen der ökonomischen »kosmopolitischen« Rechten mit nationalkonservativem Denken nur zum Teil und mit rassistischem, homophobem und sexistischem Gedankengut nur sehr schwer in Einklang zu bringen. Außerdem ist ein nicht geringer Anteil der rechtspopulistischen Kritik durch die vorwiegend wirtschaftsliberal-konservative Ausrichtung der aktuellen EU-Austeritätspolitik, mit der die Schuldenkrise in der EU bewältigt werden soll, motiviert. Auch die nicht selten sehr berechtigte Kritik an den sozialen Auswirkungen der ökonomischen Globalisierung spielt eine Rolle.

Zwischen der neoliberal-rechtspopulistischen Strömung und jener der klassischen extremen Rechten gibt es nicht unerhebliche ideologische Differenzen. Ist dennoch eine strategische Interaktion zwischen beiden denkbar?

Aufgrund der vielfältigen Spaltungen ist die europäische Zusammenarbeit der Rechten ziemlich prekär. Praktisch sind sich viele rechte Parteien untereinander auch nicht grün, selbst wenn sie eine ähnliche Rhetorik bemühen. Oberflächliche Übereinstimmung gibt es insbesondere in der Ablehnung der EU. Diesbezüglich kann es zu einer strategischen Allianz kommen. In viele Politikbereiche mischt sich demgegenüber die moderatere Rechte der »Allianz der europäischen Konservativen und Reformer« (AECR) auch konstruktiv ein, während die NationalistInnen der »Europa der Freiheit und der Demokratie« (EFD) und die extreme Rechte das Parlament, wenn überhaupt, nur für Protestzwecke nutzen und häufig durch Abwesenheit glänzen. Im Gesetzgebungsprozess bewirkt die Rechte im Europaparlament derzeit sehr wenig. Allerdings kann es sein, dass ein starkes Wachstum rechter Abgeordneter – die aktuelle Zahl von 90 könnte sich verdoppeln – diese Kreise dazu anregt, auch über größeren praktischen Einfluss nachzudenken. Die Ankündigung der Kooperation von Le Pen und Wilders geht in diese Richtung.

In der Vergangenheit sind viele Versuche, die Rechte im Europaparlament auf einen inhaltlichen Nenner zu bringen, an den Nationalismen gescheitert. Gibt es dennoch Gemeinsamkeiten, die zu einer europäischen »Mosaik-Rechten« führen könnten?

Es gibt für die reaktionäre nationalistische Rechte substantielle Hürden. Nationalismus richtet sich per Definition auf Ausschließung. Auch wenn sich die verschiedenen nationalistischen Kräfte auf das gemeinsame Anliegen der wechselseitigen Ausschließung verständigen, um es gemeinsam gegen die europäische Integration zu stellen, so enden die gemeinsamen Interessen, wenn es in erster Linie um nationale Souveränität geht. Die Kooperation von rechtsliberalen, marktradikalen Kräften mit Nationalkonservativen ist demgegenüber schon als prekäre Allianz zu sehen, weil sie nur funktioniert, wenn die NationalistInnen die europäische Binnen- und Weltmarktintegration der Wirtschaft nicht in Frage stellen. Allerdings sind Rechtsliberale bei der Frage der Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht selten bereit, mit nationalistisch-chauvinistischen Kräften gemeinsame Sache zu machen: gegen das allgemeine Recht auf Freizügigkeit in der EU wird auf Selektion bei der Einwanderung gesetzt. Formal geht es meist um Qualifikation, aber hier geht es auch oft um die Verhinderung von bestimmten Gruppen, wie Sinti und Roma oder EinwandererInnen aus Ländern mit islamischer Religionszugehörigkeit. Auch die Ablehnung bestimmter soziokultureller Merkmale kann ein positiver Bezugspunkt der Rechten sein. So sind sich auch weite Teile der Rechten in der Ablehnung der Türkei als EU-Mitglied einig.

Manche BeobachterInnen fürchten eine starke Zunahme der Mandate für rechte Parteien im Europaparlament. Wird aus ihrer Sicht das politische Gewicht rechter MandatsträgerInnen mit ihrer bloßen Zahl zunehmen? Von welchen Faktoren ist das abhängig?

Zunächst bleibt abzuwarten, wie stark der Zuwachs der Rechten sein wird und welche Gruppe davon profitiert. Es kann sein, dass der Zuwachs der »United Kingdom Independence Party« genau zu Lasten der britischen »Tories« gehen wird. Falls Le Pen und Wilders eine Fraktion bilden wollen, müssen sie auch im Lager der EFD wildern. Um eine europäische Fraktion zu bilden werden 25 Abgeordnete aus mindestens sieben Länderdelegationen benötigt. Ein starker Zuwachs in einem Land beziehungsweise in mehreren Ländern übersetzt sich also noch nicht in eine starke europäische Kraft. Auf nationaler Ebene wird sich der Einfluss von solchen rechten und rechtspopulistischen Kräften sehr viel stärker bemerkbar machen als in der Europapolitik. Der europapolitische Fluch der zum Teil starken Asymmetrien und Repräsentationslücken erweist sich im Hinblick auf die Kräfte der Rechten womöglich als Segen. Allerdings sollten diese Kräfte dennoch nicht gering geschätzt werden und insbesondere auch deren Wachstum nicht unterschätzt werden, weil Politik nicht nur in Institutionen, sondern in der Gesellschaft gemacht wird.

Business as usual

Nicht nur die in Parteien organisierte Rechte formiert sich europaweit. Neben den parlamentarisch orientierten Organisationen gibt es informelle Gruppen und Strukturen, die sich grenzüberschreitend vernetzen. Am bekanntesten sind sicherlich die im Bereich RechtsRock aktiven. Aber auch in anderen Bereichen wie Ideologie, Strategien und Aktionsformen gibt es einen regen Austausch.

von Toni Brandes, Andreas Kahrs, Christoph Schulze und Jan Raabe

Ästhetik & Ideologie

Das Pirnaer »Haus Montag« präsentiert sich seit Ende Juli 2013 bei Facebook als »soziales regionales Netzwerk für Identität und Kultur«. Die Immobilie hat der Norweger Eirik Ragnar Solheim gekauft. Einst führte er eine Osloer Neonazi-Organisation namens »Viking« an und ist nun mit einem namhaften ostsächsischen Neonazi gut bekannt, der in Norwegen lebt. Das »Haus Montag« ist die Geschäftsstelle des NPD-Verbandes im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge sowie ein Bürgerbüro des Landtagsabgeordneten Johannes Müller. Auf den zweiten Blick folgt die Selbstbeschreibung, man sei »eine Squadra, ein Trupp«. Die historischen »squadristi« waren Mussolinis Schwarzhemden. Von der neofaschistischen »Casa Pound Italia« (CPI) übernimmt sie an Bildern, was Online-Plattformen wie »Zentropa« massenhaft bieten: fast schon beliebige Motive, kombiniert mit kurzen Parolen oder Sinnsprüchen. Oft haben diese mit Politik oder Geschichte weniger zu tun, sondern speisen sich aus der Pop-Kultur. Die Bezeichnung »Haus Montag« verweist auf Ray Bradburys dystopischen Roman-Klassiker »Fahrenheit 451« und dessen Protagonisten Guy Montag, der selbst zum verfolgten Widerständler wird. Derart wollen sich die MacherInnen des »Haus Montag« mit dem Image der Unterdrückten identifizieren und durch Assoziation als nonkonformistische Underdogs durchgehen. Der Versuch an sich ist nicht so beliebig, wie die Bilder vermuten lassen. Solheim hatte im Dezember 2010 bei einer Veranstaltung des NPD-nahen »Bildungswerks für Heimat und nationale Identität« referiert und dort über »werbepsychologische Maßnahmen« gesprochen: Man müsse positive Bilder in die Öffentlichkeit tragen, »um so die Propaganda der Gegner zu unterlaufen«. Unter den Seminar-TeilnehmerInnen befanden sich nicht nur NPD-AnhängerInnen, sondern auch Angehörige »national-konservativer Gruppen und Studentenverbindungen«. Bereits im April 2010 hatte der aus diesem Milieu stammende Chemnitzer Felix Menzel – gerade von einer Italien-Reise zurückgekehrt – Werbung für »Casa Pound Italia« gemacht, denen er einen Besuch abgestattet hatte und die er als »wegweisend« bezeichnete, denn sie setzen »neue Maßstäbe zu einer rechten Ikonographie«. Als Beispiel nennt er Bradburys »Fahrenheit 451«. Menzel, verantwortlich für die Zeitschrift »Blaue Narzisse«, steht nun für einen weiteren aktuellen Rezeptionsversuch des italienischen Vorbilds: In der »Blauen Narzisse« war 2012 für ein »Haus der Alternativen Rechten« geworben worden, eine buchstäbliche Verortung als Ausgangspunkt für künftige »alternativrechte Jugend- und Kulturprojekte […], denen es gelingt, unser Lebensgefühl einzufangen; vielleicht kleine Schmieden für die richtige Bild- und Symbolsprache.« Mitte 2013 eröffnete Menzel dann das »Zentrum für Jugend, Identität und Kultur« in Dresden. Die Umsetzung – hier handelt es sich um schlichte Kellerräume, die gemietet und nicht besetzt wurden – hat wiederum nichts mit CPI zu tun. Bereits 2009 hatte Menzel in einem schmalen Band, der im neurechten Antaios-Verlag erschienen ist, bemängelt, dass der Rechten in Deutschland identitätsstiftende Schlüsselbilder fehlen, die im kollektiven Gedächtnis mit dem symbolischen dumpfen »Nazi-Skinhead« konkurrieren könnten. Genau da wird »Casa Pound Italia« relevant, das mit einer »Mischung aus faschistischer und futuristischer Ästhetik, virilem Aktivismus, popkultureller Verspieltheit und ideologischer Strenge« reüssiert. Zu dem Schluss ist neulich Johannes Schüller, Mitarbeiter des Dresdner »Zentrums«, in der österreichischen Rechtsaußen-Zeitschrift »Neue Ordnung« gekommen. Es geht erkennbar um den Versuch, »Pop« zu sein. Auch in der Verbandszeitschrift »Aktivist« der »Jungen Nationaldemokraten« ist das offen diskutiert worden. Man lässt sich darauf ein um des prinzipiellen Vorteils willen, auf ein unerschöpfliches Reservoir an Zeichen und Symbolen zurückgreifen zu können. Sie sind uneindeutig und lassen sich nicht auf den historischen Nationalsozialismus zurückführen – solange man nicht weiß, wer sie zu welchem Zweck gebraucht. Auch wenn sich »Neue Rechte« und NPD formal voneinander abgrenzen, beide suchen für ihre Inhalte eine neue Verpackung. Fündig geworden sind sie bei CPI, doch ob der Import den erhofften Schub nach vorn bringen wird, ist fraglich. Im Fall der »Neuen Rechten« wird deutlich, dass die proklamierte Lösung vom historischen Ballast schnell Makulatur werden kann. Ob die neu entdeckte Liebe zum italienischen Faschismus erwidert wird, ist ebenso unklar – bislang gibt es dort noch kein »Deutsches Haus«.

Musik

Anders sieht es bei RechtsRock aus Deutschland aus. Allein zehn der knapp über 40 Konzerte, bei denen deutsche Bands in 2013 auf internationalen Bühnen auftraten, fanden in Italien statt. Zwar veranstaltet CPI regelmäßig Konzerte, gehört jedoch nicht zu eben jenen Organisationen, die viele Veranstaltungen mit internationalen Bands organisieren. Auf diesem Gebiet sind in Italien vor allem die »Veneto Fronte Skinheads« (VFS), der nationale Vertreter des internationalen »Blood & Honour« (B&H)-Netzwerkes und die »Hammerskins«, welche in der Nähe von Mailand über eine eigene Räumlichkeit, das sogenannte »Skinhouse«, verfügen, aktiv. Tatsächlich kann das »Blood & Honour«-Netzwerk bis heute als das größte im internationalen RechtsRock bezeichnet werden, mit dabei sind auch deutsche Bands. Dass die deutsche Division von »Blood & Honour« im Jahr 2000 verboten wurde, stört dabei wenig. Regelmäßig spielen deutsche Bands bei den Festivals der VFS: 2013 waren es »Die Lunikoff-Verschwörung«, »Frontalkraft«, »Burning Hate« und »Tätervolk«, ein Jahr zuvor »Sleipnir« und »Sachsonia« und 2011 »Path of Resistance« und »Carpe Diem«. Aber auch in anderen Ländern funktioniert das Netzwerk. So waren »Kommando Skin« und »Faustrecht« für Ende Januar diesen Jahres für ein Konzert der englischen B&H-Division angekündigt, 2013 spielte »Die Lunikoff Verschwörung« beim französischen B&H-Zweig auf, »Sturmwehr« und »Blutzeugen« bei der ungarischen und »Blitzkrieg« bei der finnischen B&H-Divison. Allerdings sollte die Aufzählung nicht dazu verleiten hier eine feste Struktur zu sehen. Aus dem B&H-Netzwerk sind keine internationalen Treffen bekannt, die die Aktionen der nationalen Divisionen koordinieren und steuern. Es handelt sich hier um ein Netzwerk von AkteurInnen, die zwar im nationalen Rahmen teilweise über feste Strukturen, international aber eher über ein enges Kommunikationsnetz verfügen, als über klassische Organisationsstrukturen. Anders sieht das bei der zweiten Organisation aus, die aus deutscher Sicht im Bereich des transnationalen RechtsRock von Bedeutung ist: die »Hammerskins«. Seit 1990 existieren feste Strukturen der »Hammerskins« in Europa, 2010 feierten sie in Italien mit dem »European Hammerfest« ihr 20-jähriges Bestehen. Regelmäßig finden auf



^ *»Autonome Nationalisten« – wie hier die tschechischen, pflegen ihre europäischen Kontakte*

nationaler und internationaler Ebene Treffen der »Hammerskins« statt. Es existieren Statuten, welche den Aufnahmeprozess, die Mitgliedschaft, Beiträge und ähnliches regeln. Dabei setzen die »Hammerskins«, was die Mitgliedschaft betrifft, nicht auf Masse, sondern auf einen kleinen elitären Kreis erfahrener und überzeugter Aktivisten. Die Masse erreichen sie hingegen bei den von ihnen veranstalteten Konzerten. Publikumsmag-neten sind dabei jene konspirativ organisierten Konzerte mit den Stars des RechtsRock. 2011 waren es 2.500 BesucherInnen, die zum »Bonded by Blood« ins französische Elsass kamen, im Jahr darauf waren 2.000 beim »Hammerfest« im französischen Toul. Und sowohl auf als auch vor der Bühne kam die Mehrzahl aus Deutschland.

Stil & Aktionen

Neben dem RechtsRock ist die Ästhetik und Aktionsform ein wichtiges, identitätsbildendes Mittel der Neonazi-Szene. Mitte der 2000er Jahre erschienen hierzulande die »Autonomen Nationalisten« auf der Bildfläche. Militanter Gestus, schwarze Blöcke bei Demonstrationen, eine unversöhnliche, systemfeindliche Rhetorik und eine große Offenheit gegenüber subkulturellen Bewegungen – unabhängig von der politischen Ausrichtung – waren ihr Merkmal. Seit 2009 formiert sich in Polen eine inzwischen dominante Kraft im parteifreien Spektrum: die »Autonomiczni Nacjonaliści«, sie treten weitgehend mit dem gleichen Stil auf wie ihr Pendant in Deutschland. Vor allem im Fußball gelingt es, eine ultranationalistische Politisierung der Fankulturen voranzutreiben. Auch mit der relativ starken nationalistischen Street-Art-Szene und dem rechten polnischen Hip Hop üben sie einen Schulterschluss. Zu deutschen Neonazis pflegen die »Autonomiczni Nacjonaliści« keine Kontakte: Bei den Deutschen stehen anti-polnische Ressentiments einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Weg. Historisch begründet ist die extreme Rechte in Polen anti-deutsch ausgerichtet. So waren auch tschechische »Autonome Nationalisten« das Vorbild, die ihre Inspiration wiederum aus Deutschland holten. International gut ausgebaute Kontakte bestehen von Polen vor allem nach Ungarn, in die Slowakei und nach Tschechien. Befreundete Gruppen reisen zur Unterstützung zu gemeinsamen Aktionen. Die Szene zeigt sich an den Entwicklungen in der extremen Rechten in anderen Ländern interessiert. Das Spektrum ist landesweit einige Hundert, in lose vernetzte Gruppen verteilte AktivistInnen stark, mobilisierbar sind aber immerhin einige Tausend SympathisantInnen. Die »Autonomiczni Nacjonaliści« nutzen die größeren Events der extremen Rechten in Polen um Militanz zu zelebrieren – vor allem beim jährlichen Unabhängigkeitsmarsch am 11. November in Warschau. Sowohl zur Partei »Nationale Wiedergeburt Polens« (NOP) als auch zur neueren, bei der Europawahl antretenden »Ruch Narodowy« (»Nationale Bewegung«) halten die »Autonomiczni Nacjonaliści« Kontakt. In Tschechien hingegen befindet sich das Spektrum parteifreier Neonazis seit einigen Jahren im organisatorischen Niedergang. Der »Národní odpor« (»Nationaler Widerstand«) als Gegenstück zu den »Freien Kameradschaften« in Deutschland hat an Zugkraft verloren. Auch die »Autonomen Nationalisten« sind auf wenige Gruppierungen landesweit zurückgeworfen. Staatliche Repressionen – vor allem nach einem Brandanschlag auf ein von Roma bewohntes Haus in Vítkov 2009 – und antifaschistische Gegenwehr haben sie geschwächt. Zudem ist die Kooperation mit der wichtigsten Neonazipartei »Dělnická strana sociální spravedlnosti« (»Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit«, DSSS) seit 2010 wegen eines Konflikts um Geld zum Erliegen gekommen. Die Kontakte zwischen tschechischen und deutschen Neonazis sind seit etlichen Jahren recht stabil. Es gab kleinere Kundgebungen in Solidarität mit dem syrischen Regime, teilweise mit Beteiligung der »Antiimperialistischen Plattform« aus Berlin. Mehrfach wurden in Tschechien Mahndemonstrationen zur alliierten Bombardierung Dresdens (»Ein Licht für Dresden«) durchgeführt. Auch an größeren Demonstrationen in Tschechien nehmen deutsche Abordnungen regelmäßig teil, häufig steuern sie Redebeiträge bei. Und es gibt Gegenbesuche: Am 1. Mai 2013 redete Marie Labusová (ex-DSSS) auf der Neonazi-Veranstaltung in Würzburg, beim Nazi-Aufmarsch am gleichen Tag in Dortmund war eine tschechische Abordnung zugegen. Hauptakteur der deutsch-tschechischen Kooperation war in den vergangenen Jahren der »Deutsch-Böhmische Freundeskreis«, der von deutscher Seite vor allem vom »Freien Netz Süd« getragen wird. Auf tschechischer Seite sind sowohl parteifreie Gruppen als auch Personen aus der DSSS-Jugendorganisation beteiligt. In der Satzung des »Freundeskreises« ist eine Ablehnung der Beneš-Dekrete festgeschrieben.



Finnland, Schweden & Dänemark und die Europawahl

Bis auf Norwegen sind die skandinavischen Länder Dänemark, Finnland und Schweden Mitglieder der Europäischen Union. Von diesen drei Ländern ist einzig Finnland der gemeinsamen europäischen Währung beigetreten. Bei vergangenen Wahlen konnten rechte Parteien hohe Ergebnisse erzielen und waren zeitweise an der Regierung beteiligt.

von Anne Jessen

Finnland
»Die Finnen«, die bis 2012 unter dem Namen »Wahre Finnen« antraten, kandidieren im Mai 2014 zu den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP). Bei den letzten Wahlen 2009 sind sie im Bündnis mit den »Kristillisdemokraatit« (»Christdemokraten«, KD) angetreten. Die gemeinsam erreichten 14 Prozent sicherten Timo Soini – dem Vorsitzenden der »Wahren Finnen« – einen Sitz im Europäischen Parlament. Nach den vergangenen Wahlerfolgen bei den Parlamentswahlen 2011, als die »Wahren Finnen« mit über 19 Prozent 34 Mandate hinzugewannen und mit 39 Mandaten zur drittgrößten Partei Finnlands wurden, ist der Einzug ins EP so gut wie sicher. Soini hat nach seiner Wahl ins Finnische Parlament den Sitz im EP an seinen Parteikollegen Sampo Terho weitergegeben. Einen Schwerpunkt der politischen Agenda von »Die Finnen« nimmt die Kritik an der Europäischen Union (EU) ein. Aktuell profilieren sich »Die Finnen« als GegnerInnen der finanziellen Hilfe für die krisengetroffenen südeuropäischen Länder. Ein Austritt aus dem Euro im Alleingang ist für sie allerdings keine Option. Auch ein Austritt aus der kritisierten EU steht nicht zur Debatte. Das entspringt, so Teija Tiilikainen, Leiter des finnischen Außenpolitischen Instituts eher politischen als ökonomischen Motiven. Es ist der sicherheitspolitische Aspekt, der die Einbindung in das europäische Bündnis begründet, gespeist von der Furcht vor dem östlichen Nachbarn Russland und dem Wunsch, Teil einer größeren Zusammenarbeit zu sein und seine europäische Identität zu zementieren. Auf der anderen Seite sind »Die Finnen« gegen den Verbleib Finnlands in der NATO. Weiterhin machen sie sich für eine rigide Immigrationspolitik – mit einer stark anti-islamischen Ausrichtung – stark und möchten den Schwedisch-Unterricht an finnischen Schulen abschaffen. Rege Aktivität entfalten ihre SympathisantInnen im Internet, dort unter anderem auf der extrem rechten Website

»Hommaforum«. Die Diskussion um die Parteigründung wurde teilweise in diesem Forum geführt. Die extrem rechte »Suomen Sisu« (»Finnische Unnachgiebigkeit«) ist in diesem Blog ebenfalls sehr aktiv. »Suomen Sisu« kombiniert islamfeindliche Ideologie mit dem Wunsch, die finnische Kultur und Sprache zu schützen und wurde 1998 als Jugendorganisation des »Verbandes finnische Identität und Kultur« in Helsinki gegründet. Die Zusammenarbeit endete zwei Jahre später, nachdem Medien über neonazistische Verbindungen von »Suomen Sisu« berichtet hatten. Ihre Funktion als Stichwortgeberin für »Die Finnen« – zum Beispiel bei Debatten um die Integrationspolitik – blieb davon unberührt. Immerhin sind ein Drittel der 40 Parlamentsabgeordneten bei »Suomen Sisu« organisiert, darunter auch prominente Mitglieder der Partei wie Jussi Halla-aho, Olli Immonen, James Hirvisaari und Teemu Laitinen. Jussi Halla-aho wurde 2012 wegen Äußerungen verurteilt, in denen er den Islam mit Pädophilie in Verbindung brachte. Im Jahr zuvor war er gezwungen, eine mehrwöchige Pause vom Parlament zu nehmen, nachdem er eine militärische Intervention in Griechenland wegen der vielen Demonstrationen gegen die Sparmaßnahmen der EU vorgeschlagen hatte. Auch James Hirvisaari wurde 2011 wegen Hetze gegen MuslimInnen verurteilt. Wenn es um Hetze gegen Menschen muslimischen Glaubens geht, ist die nationale Sektion der sogenannten »Defence Leagues« nicht weit. In Finnland ist die »Finnish Defence League« (FDL) vorwiegend im Internet aktiv und auf nationaler Ebene nicht relevant, auch wenn es vereinzelt personelle Überschneidungen zwischen der FDL und »Die Finnen« gibt.

In Bezug auf die weitere Europapolitik stellt sich die Frage, ob »Die Finnen« der Koalition beitreten werden, die Marine Le Pen vom französischen »Front National« (FN) und Geert Wilders von der niederländischen »Freiheitspartei« im November 2013 gegründet haben.

Schweden

In Schweden treten bei der Europawahl im Mai 2014 die »Sverigedemokraterna« (»Schwedendemokraten«, SD) an. Die SD beschreiben sich selbst als eine »sozialkonservative Partei mit einer nationalistischen Grundeinstellung, die konservative, kulturelle Werte hochschätzt«. Sie bezeichnen sich auch als ein zentraler Teil von dem, was die extreme Rechte in Schweden »die schwedenfreundliche Bewegung« nennt. Die SD ist eine EU-kritische Partei, die es gern sehen würde, wenn Schweden aus der Union austreten würde. Weiterhin geht es ihr darum, die Entscheidungsmacht von Brüssel zurück nach Stockholm zu holen. Im Zuge ihrer nationalistischen Grundhaltung wünscht die SD als Minimalforderung, dass Schweden sich aus der Schengen-Zusammenarbeit zurückzieht und die freie Bewegung innerhalb der EU begrenzt. Ein weiterer Schwerpunkt der SD ist ihre starke Immigrationsfeindlichkeit. Ihre Ansichten basieren auf einer ethnopluralistischen Argumentation. Wenn man auf die Vorschläge der Partei im »Riksdag« (Reichstag) blickt, wird deutlich, dass sich ihre Aktivitäten meist um Integration, Migration und Flüchtlingsfragen drehen. Aus einer Untersuchung der schwedischen Zeitung »Aftonbladet« geht hervor, dass es bei einem Drittel der Vorschläge, die die Partei seit ihrem Einzug in den »Riksdag« eingebracht hat, um Immigration geht. Die Tagesordnung der Partei ist somit klar – sie will weniger ImmigrantInnen und Flüchtlinge in Schweden und die Rechte der in Schweden wohnhaften Flüchtlinge und ImmigrantInnen begrenzen. Darüber hinaus plädiert



^ *Jimmie Kesson will mit der französischen Front National zusammen arbeiten*

sie für eine konservative Gesellschaftsauffassung, was unter anderem darin zum Ausdruck kommt, dass sie die schwedische Staatskirche unterstützt und durch die Repolitisierung der Kirche dieser einen größeren Platz in der schwedischen Gesellschaft einräumen möchte.

Viele Jahre lang hat die SD eine marginale Rolle in der schwedischen Öffentlichkeit gespielt und verfügte über keinen Einfluss im schwedischen Parlament, dem »Riksdag«. Die etablierten schwedischen Parteien haben, seitdem die SD 2010 im »Riksdag« vertreten ist, eine aktive Zusammenarbeit vermieden und die SD zum Beispiel bei der Regierungsbildung übergangen. Auf die WählerInnen scheint der Versuch, die SD ohne Einfluss zu lassen, jedoch keinen Effekt zu haben. In aktuellen Umfragen zur bevorstehenden EU-Wahl sieht es aus, als würde die Partei ausreichend Stimmen dazugewinnen, um die Sperrgrenze zu überwinden und ins EP einzuziehen. Die gleiche Tendenz zeichnet sich für die kommende Parlamentswahl am 14. September 2014 ab. Bei den Parlamentswahlen 2010 erhielt die SD 5,7 Prozent der Stimmen und 20 Mandate von insgesamt 349, in diesem Jahr wird mit einer Verdoppelung der Stimmen gerechnet. Der WählerInnenzuwachs hat sich also fortgesetzt, nachdem sie in den »Riksdag« eingezogen ist. Eigenen Angaben zufolge ist die Mitgliederzahl der SD im Vergleich zum Vorjahr um 51 Prozent auf 11.876 Mitglieder gestiegen. Das ist die höchste Zahl seit der Gründung der Partei 1988.

Seitdem die »Sverigedemokraterna« in den »Riksdag« eingezogen sind, hat es immer wieder Debatten über ihre Beteiligung an der Internet-Hass-Seite »Avpixlat« gegeben. »Avpixlat« will Fotos von Straftatverdächtigten in der schwedischen Tagespresse ‹entpixeln› und veröffentlichen – etwas, das die schwedische Presse aus ethischen Gründen nicht macht. In den letzten Jahren ist »Avpixlat« angewachsen und hat reellen Einfluss auf öffentliche Debatten gewonnen. Im Dezember 2013 veröffentlichte eine Recherchegruppe in Zusammenarbeit mit der schwedischen Tageszeitung »Expressen« eine Untersuchung über die Beteiligung im STV-Debat, dem virtuellen Debattenraum des nationalen schwedischen Staatsfernsehens. Die Analyse zeigte, dass Texte von »Avpixlat«-VerfasserInnen 50 Prozent der Beiträge im STV-Debat ausmachen und mehr als 90 Prozent der Beiträge Immigration und Integration zum Thema haben. Die Meinung der »Avpixlat«-VerfasserInnen ist auffällig häufig deckungsgleich mit den Positionen der SD. Die öffentliche Debatte in Schweden wird auf diese Weise in hohem Grad von einer Meinungsminderheit beeinflusst, die das Internet höchst effektiv zu ihren Gunsten zu nutzen weiß – nicht nur auf ihrer eigenen Internetseite, sondern auch auf der größten schwedischen Debattenseite.

Zwar hat die SD keinen realpolitischen Einfluss, aber ihre Popularität in der Bevölkerung steigt. Das steht vermutlich auch damit in Zusammenhang, dass die öffentliche Meinung und auch das politische Leben generell nach rechts gerückt sind. Nicht nur die SD wünscht sich beispielsweise eine Verschärfung der AusländerInnengesetze in Schweden. Auch Schwedens konservativ geführte Regierung hat Schritte in diese Richtung unternommen. Es gibt Parallelen zum politischen Rechtsruck und dem Aufblühen nationalistischer und rechtspopulistischer Parteien, zu dem es in den letzten 20 Jahren in Europa gekommen ist.

Die SD arbeitet mit anderen nationalistischen und rechtspopulistischen Parteien in Europa zusammen. Im Oktober 2013 war Marine Le Pen (FN) in Stockholm, wo sie sich mit Jimmie Åkesson, dem Parteivorsitzenden der SD, traf. Nach dem Treffen verkündeten SD und FN, zusammenarbeiten zu wollen, wenn beide den Sprung ins Europäische Parlament schaffen. Dabei wurde auch angedeutet, dass sie zusammen dafür arbeiten wollen, eine nationalistische Gruppe im EU-Parlament zu sammeln. Eine solche Gruppe würde auch eine Zusammenarbeit mit der belgischen »Vlaams Belang«, der italienischen »Lega Nord« und der niederländischen »Partij voor de Vrijheid« bedeuten.

Dänemark

Im Gegensatz zu den Parteien in Finnland und Schweden kann die 1995 von Pia Kjærsgaard gegründete »Dansk Folkeparti« (»Dänische Volkspartei«, DF) auf zehn Jahre Regierungsbeteiligung zurückblicken. 2001 wurde die sozialdemokratische Regierung abgewählt und eine liberalkonservative Regierung etablierte sich für die nächsten zehn Jahre an der Macht. Bei den Wahlen 2005 konnte die DF ihren Wahlerfolg von 2001 noch verbessern. Sie erreichte mit 13,3 Prozent der WählerInnenstimmen eine Steigerung von 22 auf 24 Mandate. Erst bei der Wahl 2011 büßte sie zwei Mandate ein. In den zehn Jahren mit der bürgerlichen Regierung ist es der DF gelungen, als parlamentarische Grundlage der Regierung große Teile der AusländerInnengesetzgebung zu prägen. Das hat dazu geführt, dass Dänemark eine der schärfsten AusländerInnengesetzgebungen Europas hat. Während der Karikaturenkrise 2006 verbreitete die DF eine antimuslimische Rhetorik, wie sie bis dahin nicht vom Rednerpult im »Folketing« (Parlament) zu hören war – und das wurde bis weit in die Mitte der Gesellschaft akzeptiert. In den Grundsätzen der DF heißt es unter anderem: »Dänemark ist das Land der Dänen«, »Das Land baut auf dem dänischen Kulturerbe auf«, »Die Kultur ist die Summe der Geschichte, der Erfahrungen, des Glaubens, der Sprache und der Sitten des dänischen Volkes«, »Dänemark ist kein Einwanderungsland und ist es nie gewesen. Wir wollen eine multi-ethnische Transformation des Landes deshalb nicht akzeptieren«. Solche Äußerungen kommen auch von Gruppierungen, die rechts von der DF stehen. Von solchen Gruppen hat sie sich allerdings taktisch immer sehr distanziert. Wenn man sich von den politischen Strategien der DF aber nicht täuschen lässt, dann werden deren nationalistische und antimuslimische, an Rassismus grenzende Grundansichten deutlich. Prinzipien, die den sozialdemokratischen Staatsminister Poul Nyrup Rasmussen 1998 im »Folketing« proklamieren ließen: »Stubenrein werdet Ihr nie«.

In Dänemark wird am 25. Mai 2014 die Wahl zum Europäischen Parlament abgehalten. Die »Dansk Folkeparti« ist die einzige rechtspopulistische Partei, die sich zur Wahl stellt. Ihr Spitzenkandidat ist Morten Messerschmidt, der seit der EP-Wahl 2009 für die DF im Parlament sitzt. Bei den Wahlen 2009 erhielt die DF 15,3 Prozent der Stimmen und zwei Mandate. Neben Messerschmidt wurde Anna Rosbach Andersen ins EP gewählt. Am 8. März 2011 verließ sie die DF und setzte ihre Arbeit im EP als unabhängige Parlamentarierin fort. Die Partei lehnt die EU vehement ab, kandidiert jedoch, um in Brüssel die nationalen Interessen Dänemarks vertreten zu können. Der DF zufolge sind es nur die Nationalstaaten, die den Einfluss der Bevölkerung sichern können. Darüber hinaus engagiert sich die DF dafür, dass die Türkei nicht als Mitglied der EU aufgenommen wird, weil – so die DF – die östliche Kultur der Türkei unvereinbar sei mit der westlichen Kultur Europas: »Eine zunehmende Einwanderung wird zu einer zerstörenden Islamisierung Europas führen«. Den Kampf für die »Freiheit« Europas führt die DF zusammen mit anderen nationalistisch Gleichgesinnten in der »Gruppe für europäische Freiheit und Demokratie«, die unmittelbar nach der Europäischen Parlamentswahl im Juni 2009 gegründet wurde. Diese Gruppe besteht aus »Die Finnen«, der französischen »Mouvement pour la France«, der griechischen »Laïkos Orthódoxos Synagermós«, der italienischen »Lega Nord«, der litauischen »Partija Tvarka Irteisingumas«, der holländischen »Staatkundig Gereformeerde Partij«, der slowakischen »Slovenská Národná Strana« und der britischen »United Kingdom Independence Party«. Vizepräsident der Gruppe ist Morten Messerschmidt. Bevor die DF in diese Gruppe eintrat, hatte sie vergeblich versucht, in die Gruppe »European Conservatives and Reformists« aufgenommen zu werden. Der Kommentar der »Financial Times« dazu war: »Es scheint, dass sowohl die italienische Lega Nord und Dansk Folkeparti abgewiesen worden sind, weil ihre äußerst rechten Überzeugungen für David Cameron politisch peinlich sind«. Am aktuellen Versuch von Wilders und Le Pen, eine neue rechte, nationalistische, europäische Gruppe im EU-Parlament zu gründen, hat die DF kein Interesse. Sie zeigte sich überrascht, dass Wilders – der oft betont hat, dass die DF sein politisches Vorbild sei – mit dem FN zusammenarbeitet. Für die DF ist der »Antisemitismus des FN zu extrem«. Trotzdem pflegt die DF seit vielen Jahren Kontakte zu Wilders. Dieser wurde mehrmals von der DF-nahen anti-islamischen »Trykkefrihedsselskabet« (»Gesellschaft für Pressefreiheit«) nach Kopenhagen eingeladen, wo er als Gastredner auftrat.

Grüße von der Insel

Großbritannien nimmt eine Sonderrolle in der Europäischen Union ein. Die traditionelle Skepsis gegenüber dem Kontinent manifestiert sich zu der Wahl in der »United Kingdom Independence Party«.

von David Williams



^ *Nigel Farage*

In Großbritannien treten bei der Europawahl 2014 die »British National Party« (BNP) von Nick Griffin und die »United Kingdom Independence Party« (UKIP) unter Nigel Farage an. Beide Parteichefs sind bereits Mitglieder des Europäischen Parlaments (EP), Griffin seit 2009, Farage seit 1999. Auch wenn beide kandidieren, scheint es sehr unwahrscheinlich, dass Griffin oder andere BNP-KandidatInnen den Einzug ins EP schaffen werden. Farage hingegen, reitend auf einer Welle der Unterstützung seiner Partei durch die Bevölkerung, ist sich seiner Wiederwahl sicher. Viele politische KommentatorInnen sagen voraus, dass die UKIP, deren Profil sich als Folge der Krise der Eurozone erheblich verschärft hat, große Stimmengewinne bei der bevorstehenden Wahl machen wird. Die letzten Wahlergebnisse der Partei scheinen dies zu bestätigen. Bei der Europawahl 2004 bekam UKIP 16,1 Prozent, das entspricht einer Verdoppelung im Vergleich zu 1999. Die Anzahl der Abgeordneten konnte vervierfacht werden; 2004 zogen 12 Abgeordneten für UKIP ins EP. Bei der letzten Wahl, 2009, erreichte UKIP 16,5 Prozent, gewann 13 Sitze und verwies »Labour« (SozialdemokratInnen) auf den dritten Platz. Obwohl die Zahl der Abgeordneten mittlerweile auf neun zurückgegangen ist, gibt es im Vorfeld der anstehenden Wahl Spekulationen, dass die Partei als Spitzenreiterin hervorgehen könnte und die regierenden »Tories« (Konservative Partei) auf den zweiten Platz verdrängt.

Während die öffentliche Unterstützung für die UKIP zunimmt – auch wenn sie bislang nicht im nationalen Parlament vertreten ist – ist die Unterstützung für die BNP zusammengebrochen. Als Folge der Selbstüberschätzung während der nationalen Wahl 2010 wurde die Partei von internen Spaltungen zerrüttet. Die Basis wurde stark geschwächt und Griffins Glaubwürdigkeit zerstört. Vom Höchststand von 14.500 Mitgliedern in 2010, waren 2012 nur noch 4.872 übrig. Das ist der niedrigste Stand seit 1993. Die Zeiten, in denen die BNP – vertreten in einer Reihe von Gemeinderäten im deindustrialisierten Norden des Landes und Teilen East Londons – Einfluss auf nationale Debatten über Asylsuchende und Einwanderung hatte, sind lange vorbei. Die Partei hat offenbar ihre »Modernisierungs«-Strategie aufgegeben und umwirbt Neonazis und andere aus der anti-muslimischen Straßenprotestbewegung, wie zum Beispiel die in verschiedene Fraktionen zerbrochene »English Defense League« (EDL). Dieser Schwenk ist ein Zeichen der Schwäche, nicht der Stärke.

UKIP hingegen hat an Stärke gewonnen. Obwohl beide Parteien gegen die Europäische Union beziehungsweise gegen die Mitgliedschaft in dieser sind und sich gegen weitere Einwanderung einsetzen, gibt es erhebliche Unterschiede zwischen ihnen. UKIP ist eine bürgerlich-nationalistische Partei, während die BNP seit jeher eine rassistisch-nationalistische Partei war. UKIP hat weitaus mehr – geschätzte 30.000 – und seriösere Mitglieder als die BNP. Aber auch unter den Mitgliedern der UKIP gibt es Verbindungen zu der »Counter-Jihad«-Bewegung. Trotzdem kann sich die rechtspopulistische Partei, im Gegensatz zur BNP, in den öffentlichen Debatten um Einwanderung und die EU Gehör verschaffen. Farage, ein charismatischer und routinierter Medienprofi, wird regelmäßig zur besten Sendezeit in nationale Fernsehdebatten eingeladen und kann sich profilieren. Im Vergleich dazu geriet der bislang einzige Auftritt des BNP-Chefs zu einem medialen Desaster.

Konservative Gegenwehr

Der heutige Ministerpräsident der regierenden »Tories«, David Cameron, hatte 2006 die UKIP als »Spinner und verkappte Rassisten« bezeichnet. Das Verhalten einiger Mitglieder bestätigt sicherlich diesen Eindruck. Es ist jedoch so, dass die Popularität der UKIP mittlerweile eine Bedrohung für die »Tories« darstellt. Das hat dazu geführt, dass letztgenannte ihre Strategie zur Bekämpfung des Rechtspopulismus ändern mussten, indem sie einiges an deren Rhetorik und Forderungen übernommen haben. Im vergangen Jahr verurteilte der pro-europäische konservative Abgeordnete Ken Clarke die UKIP ebenfalls als »verkappte Rassisten«. Im Gegensatz zu 2006 gab es dafür nicht die breite Unterstützung seiner Partei, die versucht, UKIP-UnterstützerInnen für sich zu gewinnen und die Bedrohung herunterzuspielen, die UKIP für die eigene Partei darstellt.

Verschiedene Allianzen

In Bezug auf ihre internationale Vernetzung ist die BNP gegenwärtig ein führendes Mitglied der »Allianz der europäischen nationalen Bewegungen« (AENM) mit Nick Griffin als Vizepräsident. Nach dem Austritt des »Front National« (FN) – die FN-Vorsitzende Marine Le Pen möchte zukünftig die »Europäische Allianz für Freiheit« mit Geert Wilders, Vorsitzender der »Partij voor de Vrijheid« (PVV) fördern – umwirbt Griffin Nazi-Gruppen wie »Jobbik« (Ungarn) und »Chrysi Avgi« (»Goldene Morgenröte«/Griechenland). Beide werden von Marine Le Pen abgelehnt. Als Ergebnis dürfte sich die Marginalisierung der BNP fortsetzen. UKIP hingegen ist Mitglied von »Europa der Freiheit und Demokratie« (EFD), einer rechten, euroskeptischen Gruppe, die 35 Abgeordnete stellt. Die Gruppe wird gemeinsam von Farage und Francesco Speroni von der »Lega Nord« (Italien) geleitet. Für UKIP ist die Mitgliedschaft in der EFD, die einst die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) hofierte, nicht ohne Probleme. Ein UKIP-Abgeordneter weigerte sich wegen ihrer »extremen Ansichten«, der Gruppe beizutreten. Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament zeigt sich der große Unterschied zwischen den beiden Parteien. UKIP hat gute Chancen bei den Wahlen, während sich die BNP weiter an den Rand der britischen Politik schiebt. Die wahrscheinliche Niederlage bei den Wahlen wird deren zunehmende politische Bedeutungslosigkeit bestätigen.

Baltische Staaten

Estland, Lettland und Litauen sind vor zehn Jahren der Europäischen Union beigetreten. Allen drei Staaten ist eigen, dass sie sich nach dem Erlangen ihrer Unabhängigkeit Anfang der 1990er Jahre von Russland abwandten und nach Europa und Skandinavien orientierten.

von Toni Brandes



^ *SS-Gedenken in Lettland*

Mit sechs Abgeordneten ist Estland, der nördlichste der drei baltischen Staaten, im Europäischen Parlament (EP) vertreten. Bei der aktuellen Wahl ist keine Sperrklausel vorgesehen. Das eröffnet der 2012 gegründeten nationalistischen »Eesti Konservatiivne Rahvaerakond« (»Estnische Konservative Volkspartei«, EKRE) Chancen auf Sitze im EP, immerhin ist sie mit über 7.500 Mitgliedern die viertgrößte Partei Estlands. Im Widerspruch dazu stehen die Umfrageergebnisse, die die Partei weit abgeschlagen bei unter vier Prozent sehen. Das Programm der Partei ist von einem baltischen Nationalismus getragen, den sie Ende August 2013 gemeinsam mit der litauischen »Lietuvių tautininkų sąjunga«, (»Litauische nationalistische Union«, LTS) und der lettischen »Nacionālā apvienība, Visu Latvijai! - Tēvzemei un Brīvībai/LNNK« (»Nationale Allianz, Alles für Lettland! - Für Vaterland und Freiheit – TB/LNNK«, NA) in der Erklärung von Bauska bekräftigte: Die Erklärung stellt gleich zu Anfang die nationale Souveränität über die eines imaginierten Europäischen »Superstaats«. Im Weiteren werden reaktionäre Werte beschworen: Ehre, Vaterland, Militär. Explizit wird sich am östlichen Nachbarn abgearbeitet, denn die »imperialistischen« Intentionen Russlands sollen nicht hingenommen werden und außerdem solle Russland die baltischen Staaten für die Zeit der »sowjetisch kommunistischen Besatzung« entschädigen. Die Erklärung bekommt durch den Ort der Unterzeichnung - Bauska in Lettland - eine zusätzliche Symbolik. Immerhin weigert sich der dortige Stadtrat seit über zehn Jahren, eine Gedenkstätte für die während der deutschen Besatzung in Bauska ermordeten Jüdinnen und Juden einzurichten. Im Gegenzug wurde im September 2012 ein Denkmal für »Die Verteidiger Bauskas gegen die zweite Sowjetische Besatzung 1944« eingeweiht. Unschwer lässt sich hier Glorifizierung der Lettischen Freiwilligen der »Waffen SS« erkennen, der regelmäßig am 16. März mit dem »Tag der Legionäre« in der Hauptstadt Riga gedacht wird – zum Teil mit Teilnahme von ParlamentsvertreterInnen der »Nationalen Allianz«.

Von den drei Parteien ist einzig die lettische NA mit einem Sitz im EP vertreten. Die NA ist 2010 aus dem Zusammenschluss der extrem rechten »Visu Latvijai!« (»Alles für Lettland!«) und der national-konservativen »Tēvzemei un Brīvībaii/LNNK« (»Für Freiheit und Vaterland/LNNK«) entstanden. Ihr Vertreter Roberts Zīle (ehemals LNNK) hat sich der Gruppe der »Europäischen Konservativen und Reformisten« (EKR) angeschlossen. Die LNNK war bei der Europawahl 2004 erfolgreicher; sie konnte damals 29 Prozent der Stimmen auf sich vereinen und vier der neuen Sitze Lettlands im EP für sich reklamieren. Auf nationaler Ebene kann die NA Wahlerfolge aufweisen. Bei der Parlamentswahl 2011 bekam sie 14 Prozent der Stimmen, stellt 14 der insgesamt 100 Abgeordneten und wurde Mitglied der Regierungskoalition.

Auch wenn die »Litauische nationalistische Union« (LTS) nicht im litauischen Parlament vertreten ist, kann sie auf eine lange Geschichte zurückblicken. 1924 entstanden, putschte sich die Partei an die Macht und behielt diese bis zum Einmarsch der Roten Armee 1940. Nach der Unabhängigkeit 1990 formierte sich die LTS neu, größere Erfolge blieben ihr aber verwehrt. So scheiterte 2005 auch eine von ihr mitgetragene Initiative für eine Volksabstimmung gegen die Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung. Die Chancen für einen Einzug in das EP erscheinen sehr gering. Denn mit der »Tvarka ir teisingumas« (»Ordnung und Gerechtigkeit«, TT) gibt es in Litauen seit den frühen 2000er Jahren eine auf den Parteigründer und ehemaligen Premierminister und Staatspräsidenten Rolandas Paksas zugeschnittene Partei, die wertkonservative WählerInnen anspricht. Die mit zwei Abgeordneten im EP vertretene Partei ist Mitglied bei »Europa der Freiheit und der Demokratie« (EFD). In dem dünnen Parteiprogramm wird aber im Gegensatz zu zahlreichen rechtspopulistischen Parteien explizit auf die Mitgliedschaft und Bindung zur NATO und Europäischen Union als Garanten für die staatliche Souveränität verwiesen. Die Integration in beiden Bündnissen ist für alle drei Staaten vor dem Hintergrund der Mitgliedschaft in der ehemaligen Sowjetunion zu sehen. Imaginierten oder tatsächlichen Interessen Russlands soll damit begegnet werden.

Eine Prognose für den Erfolg der rechtspopulistischen Parteien bei der anstehenden Europawahl ist schwierig. Zum Teil sind die Wahllisten noch nicht eingereicht. Fakt ist, dass es in allen drei baltischen Ländern extrem rechte oder nationalistische Parteien gibt, die teils große nationale oder europäische Wahlerfolge erzielten. In Lettland ist mit dem Zusammengehen mit der »Visu Latvija« der Schulterschluss zur militanten Rechten gemacht; in Litauen und Estland wiederum dominieren Parteien nationalistischer und rechtspopulistischer Prägung. Mit ihrer antirussischen Stoßrichtung und dem Vorgehen gegen nicht-estnische, nicht-lettische beziehungsweise nicht-litauische Bevölkerungsgruppen können sie auf breite Zustimmung in den jeweiligen Ländern hoffen.

Polen

Für die kommenden Europawahlen wird in Polen die neofaschistische »Ruch Narodowy« antreten. Sie holte die Erlaubnis zur Teilnahme an den Wahlen zum Europaparlament in einem Mitglieder-Referendum ein.

von Kamil Majchrzak



^ *Unabhängigkeitsmarsch am 11. November 2012*

Hochgespült auf der Welle der sogenannten Unabhängigkeitsmärsche vom 11. November hat die »Ruch Narodowy« (»Nationale Bewegung«, RN) seit ihrer Gründung am 11. November 2012 innerhalb weniger Monate die politische Rechte in Polen ins Wanken gebracht. Die RN besteht aus einem Zusammenschluss mehrerer nach 1989 wiedergegründeter faschistischer Organisationen. Diese bezogen sich auf die gleichnamigen Vorläufer »Młodzież Wszechpolska« (»Allpolnische Jugend«, MW) und »Obóz Narodowo-Radykalny« (»Nationalradikales Lager«, ONR), die bereits in den 1930erJahren im Schatten des »Obóz Wielkiej Polski« (»Block Groß-Polen«, OWP) von Roman Dmowski agierten. Unterstützung bei der Gründung fand die RN auch beim Verband ehemaliger NSZ-Veteranen (»Narodowe Siły Zbrojne«, »Nationale Streitkräfte«). Der Verband der profaschistischen NSZ-Kämpfer wurde allerdings bereits 2009 vom damaligen MW- und heutigen RN-Kader Andrzej Zawisza übernommen, der unter fragwürdigen Umständen deren Vorsitzender wurde. Die RN ist in Polen der letzten 20 Jahre eine der bedeutendsten faschistischen Neugründungen.

Ideologische Fragmente

Mit einem Kreuzzug gegen die »Gender-Ideologie«, dem Aufbau eines »Europas der Vaterländer« und der Universalisierung der polnischen Geschichtspolitik in Europa soll der Kontinent vor dem Verfall gerettet werden. In der neuesten Ausgabe ihrer »Polityka Narodowa« bescheinigt die RN, dass »der Tod des Westens, den Spengler verkündete, eine Tatsache geworden ist«. Doch anders als ihre rechten KollegInnen von den etablierten Parteien sieht die »Nationale Bewegung« nichts, was es zu verteidigen gäbe. In Abgrenzung zur Russophobie von »Prawo i Sprawiedliwosc« (»Recht und Gerechtigkeit«, PiS) verortet sie sich nicht in der Dichotomie zwischen den USA und Russland oder Europa und Asien. Vielmehr sucht sie nach Alternativen, sowohl zu euro-asiatischen Vorstellungen aus Russland als auch zu dem transatlantischen Kurs, auf den das System nach 1989 von PostkommunistInnen bis Rechten eingeschworen wurde. Verbündete fand die RN in der ungarischen »Jobbik« und deren geopolitischer Ausrichtung. Sie will sogar auf ihren EP-Listen VertreterInnen der »Jobbik« aufstellen. Im Gegenzug sollen polnische KandidatInnen der RN auf ungarische Listen gesetzt werden, auch wenn dies nur symbolischen Charakter hat.

Anders als rechtspopulistische Parteien in Westeuropa bindet die »Nationale Bewegung« ihren Rassismus jedoch nicht an das Thema Islam. Das reflektiert offenbar nicht so sehr ihren taktischen Bezug zum Turanismus-Konzept (Einheit aller Turkvölker, entwickelt in Ungarn zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Ablehnung des Panslawismus und des Pangermanismus) ihrer verbündeten Partei »Jobbik«, sondern vielmehr die traditionellen Beziehungen Polens zur Türkei.

Mit diesen, erst in Grundrissen bekannten, ideologischen Vorstellungen unterscheidet sich die RN bereits stark von anderen extrem rechten Gruppierungen in Polen und besitzt das Potential auf der Rechten einen Paradigmenwechsel zu vollziehen. Gepaart mit ihrer Kritik des Neoliberalismus in einem Land, in dem weder die postkommunistische Linke noch etablierte Parteien den freien Markt je problematisierten, öffnet sie sich einerseits rechten VerliererInnen der ökonomischen und politischen Transformation Polens seit 1989, andererseits auch enttäuschten Linken. Gegenwärtig übt sich die »Nationale Bewegung« in einer rhetorischen Praxis, die an die Strategie von Marine Le Pen erinnert und jegliche offene Bezüge zu FaschistInnen in ihren Reihen zu verschleiern versucht. Antisemitismus ersetzt die RN durch das Bekenntnis zur »Judeoskepsis« und serviert eine Rhetorik, in der Nationalismus als Freiheit und Faschismus als Patriotismus verkauft werden.

Internationale Vernetzung

Die Verbindung zur radikalen, neofaschistischen Szene zeigen Wikileaks-Veröffentlichungen privater Facebook-Einträge. Wie bekannt wurde, war zum Beispiel Krzysztof Bosak, der Wahlkampfleiter der RN und ehemaliger Führer der MW, bereits im vergangenen Sommer bei »dem alljährlichen Lager unserer Freunde vom Renouveau français«. Die Unabhängigkeitsmärsche am 11. November entwickeln sich zum Kristallisationspunkt des Austausches der RN mit »Autonomen Nationalisten« und FaschistInnen aus ganz Europa. Zu nennen sind hier insbesondere die italienische »Forza Nuova«, deren Führer Roberto Fiore einen Redebeitrag beim Unabhängigkeitsmarsch 2013 halten durfte, die »Radical Boys/Autonomous Nationalists Czech Republic« sowie die »Slovenská pospolitosť«, die schwedische »Nordisk Ungdom«, die spanische »Democracia Nacional« und die französische »Renouveau français« als rechte Opposition innerhalb der »Front National«.

Die RN ist in kürzester Zeit tief in das internationale neofaschistische Netz eingesunken, dessen Teile wie die griechische »Chrysi Avgi« und NPD in der »Europäischen Nationalen Front« vereint sind. Obwohl dort offiziell noch immer die »Nationale Wiedergeburt Polens« (NOP) Polen vertritt, machten die Wikileaks-Veröffentlichungen deutlich, dass die RN bereits daran ist, die NOP zu verdrängen.

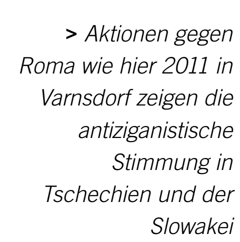
Zwar ist fraglich, ob die RN die in Polen notwendige Fünf-Prozent-Hürde bei der kommenden Wahl zum EP-Parlament überspringen kann. Doch ihre breite Verankerung in bislang zersplitterten neofaschistischen Sekten und ihr radikaler und damit glaubhafter Euro-Skeptizismus besitzen ein starkes Mobilisierungspotential mit Ausstrahlung in konservative Parteien wie der PiS. Selbst wenn der Einzug ins Europaparlament 2014 nicht gelingen sollte, ist der Wahlkampf der polnischen Neo-Faschisten ein wichtiger Testlauf für die Parlamentswahlen 2015 und die Vorbereitung auf die Etablierung als alleinige »echte nationalistische« Alternative in Polen.

Tschechien

Rechtspopulistische oder auch neonazistische Parteien schafften es hier bisher bei den Wahlen zum Europäischen Parlament nicht über die Fünf-Prozent-Hürde. Bei den jüngsten Wahlen zum tschechischen Abgeordnetenhaus erreichten Erstere jedoch hohe Stimmenanteile. Bis zuletzt wird es spannend bleiben, ob ihnen das auch bei der EP-Wahl vergönnt ist, denn bisher ist die anstehende Wahl kein Thema für tschechische Parteien und Medien.

von Lara Schultz




> *Aktionen gegen Roma wie hier 2011 in Varnsdorf zeigen die antiziganistische Stimmung in Tschechien und der Slowakei*

Wahlprognosen für Tschechien gleichen oftmals dem unklaren Blick in eine Glaskugel, was sich bei der Präsidentenwahl im Januar 2013 deutlich zeigte. Bis kurz vor der Wahl galt der parteilose Jan Fischer als aussichtsreichster Kandidat, die Stichwahl verlief schließlich zwischen Karel Schwarzenberg und Miloš Zeman – am Ende setzte sich Letzterer durch.

Ab 2010 regierte in Tschechien eine Mitte-Rechts-Koalition aus den »Občanská demokratická strana« (BürgerdemokratInnen, ODS), der liberal-konservativen »Tradice, Odpovědnost, Prosperita« (»Tradition Verantwortung Wohlstand«, TOP 09) und den rechtspopulistischen »Věci veřejné« (»Öffentlichen Angelegenheiten«, VV) beziehungsweise seit 2012 deren liberal-demokratischer Abspaltung »Liberální demokraté« (LIDEM). Die nun im Oktober 2013 gebildete Regierung besteht aus »Česká strana sociálně demokratická« (SozialdemokratInnen, ČSSD), »Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová« (ChristdemokratInnen, KDU-ČSL) und der Partei ANO des Milliardärs und designierten Finanzministers, Andrej Babiš. ANO bedeutet »ja«, es steht aber auch für das Akronym »Aktion der unzufriedenen Bürger«. Die erst vor zwei Jahren gegründete Partei wurde auf Anhieb zweitstärkste Kraft im Parlament. Zu ihrer inhaltlichen Ausrichtung ist bisher wenig bekannt; ihr Parteiprogramm scheint nach einem ‹Work in Progress›-Prinzip zu entstehen. Medien mutmaßen, die ANO passe nicht in das klassische Rechts-Links-Schema. Als Prioritäten sind auf der Homepage unter anderem »bessere Bedingungen für tschechische Firmen« genannt und »besserer Lebensstandard für diejenigen, die arbeiten wollen«. Eine Überschrift auf der Internetseite lautet: »Für eine bessere Zukunft unserer Kinder«. Erst im vergangenen Jahr hat Babiš zwei der größten Zeitungen des Landes aufgekauft, weswegen schon vor einer drohenden »Berlusconisierung« gewarnt wird. Dass einige der Parteiforderungen jedoch klassische Positionen der extremen Rechten wiedergeben, war bisher kein Thema.

Die ebenfalls neue rechtspopulistische »Úsvit přímé demokracie« (»Morgenröte der direkten Demokratie«, Úsvit) zog wenige Monate nach Gründung am 19. Mai 2013 mit 14 Sitzen ins tschechische Abgeordnetenhaus ein. Der Úsvit-Vorsitzende und Zlíner Senator, Tomio Okamura, gibt sich offen rassistisch. So forderte er beispielsweise Roma auf, Tschechien zu verlassen und in Indien ihren eigenen Staat zu gründen.

Das Vorziehen der Parlamentswahl im Oktober 2013 war mehr Regel als Ausnahme. Seit Gründung der, nationalstaatlich betrachtet, noch jungen Tschechischen Republik im Jahr 1993 füllte nur eine einzige Regierung die vier Jahre dauernde Legislaturperiode komplett aus. Alle anderen Regierungen zerbrachen an Regierungskrisen, internen Streitigkeiten, Korruptionsskandalen und Misstrauensvoten. Traditionell stark sind vor allem die ČSSD und die »Komunistická strana Čech a Moravy« (Kommunistische Partei, KSČM). Rechts davon entstehen immer wieder neue Parteien und Bündnisse, die jedoch um eine ähnliche WählerInnenklientel konkurrieren und oft nur eine kurze Bestandsdauer haben. Ein weiterer Grund für die politische Instabilität dürften auch die häufigen Berichte über Korruptionsaffären sein. Laut einer aktuellen Umfrage des tschechischen »Zentrums zur Erforschung der öffentlichen Meinung« sind nur acht Prozent der Bevölkerung mit der gegenwärtigen politischen Situation im Land zufrieden – faktisch eine Bankrotterklärung und dennoch doppelt so viel, wie noch vor einem Jahr. Dass Babišs neue Partei aus dem Stand knapp 19 Prozent der Stimmen bekommen hat, dürfte auch daran liegen, dass er aufgrund seiner Millionenimperien als eher unbestechlich angesehen wird, wie tschechische Medien schreiben.

Am 23. und 24. Mai 2014 – in Tschechien findet der Urnengang traditionell am Freitag und Samstag statt – kann sich die Bevölkerung nun zum dritten Mal an den Europawahlen beteiligen. Zum gleichen Zeitpunkt waren ursprünglich auch die Parlamentswahlen angesetzt. Dass diese nun vorgezogen wurden, wird vor allem dazu führen, dass die Beteiligung an den Europawahlen noch geringer ausfallen dürfte als 2009; damals gaben lediglich 28 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab.

Mit Beginn dieses Jahres stehen Tschechien 21 Sitze im EU-Parlament zu. Derzeit sind die Parteien ODS mit neun Abgeordneten, ČSSD (7), KSČM (4) und KDU-ČSL (2) vertreten; Kandidaturen haben neben den ersten drei Parteien bereits TOP 09, ANO und die neonazistische »Dělnická strana sociální spravedlnosti« (»Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit«, DSSS, s. drr Nr. 143) angekündigt, die Listenabgabe endet jedoch erst im März. Bei der letzten Europawahl 2009 traten mit 32 tschechischen Parteien ebenso viele wie in Deutschland an. Darunter die »Delnicka Strana« (Arbeiterpartei, DS), die im Februar 2010 verboten wurde, die »Národní strana« (Volkspartei, NS), die »Sdružení pro republiku – Republikánská strana Československa« (Republikaner, SPR-RSČ) und die VV sowie einige andere Kleinstgruppierungen, die auch aus dem extrem rechten Spektrum stammen. Keine von ihnen konnte jedoch die Fünf-Prozent-Hürde überspringen: Die DS erhielt lediglich ein Prozent, die NS mit 0,27 Prozent noch weniger Stimmen. Neonazistische Parteien, wie die DSSS als Nachfolgeorganisation der DS, finden zwar vor allem mit antiziganistischen Inhalten Zustimmung in der breiten Bevölkerung, Wahlerfolge erzielten sie damit in den letzten Jahren allerdings nicht. Dagegen dürften sich die Rechtspopulisten nach der Parlamentswahl auch auf europäischer Ebene einiges an Prozenten ausrechnen.



Slowakei

Dreizehn Sitze im Europaparlament gehen im Mai an die Slowakei, doch sonst spielt das Thema EU keine große Rolle. Bei den Europawahlen 2004 und 2009 war die Beteiligung hier am geringsten und zu den Regionalwahlen Ende 2013 zeigte sich wie auch anderswo: Gehen wenige zur Abstimmung, haben Neonazis gute Chancen. Vor allem mit antiziganistischen Parolen kann die extreme Rechte in der Bevölkerung punkten.

von Lara Schultz

Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechts oder AntifaschistInnen gibt es kaum in der Slowakei. Die extreme Rechte wird von der Mehrheitsbevölkerung nicht als Bedrohung wahrgenommen. Kaum ein Aufschrei war zu vernehmen, als wieder einmal nationalistische oder neonazistische Parteien und PolitikerInnen gute Wahlergebnisse erreichten. Und das ist kein Einzelfall: Bei sechs Parlamentswahlen seit 1990 konnte die ultrarechte »Slovenská národná strana« (»Slowakische Nationalpartei«, SNS) die Fünf-Prozent-Hürde überwinden und ins Parlament einziehen. Zwischen 1993 und 2010 war sie als Juniorpartner sogar dreimal an der slowakischen Regierung beteiligt. Dass die Partei »SMER – »Sociálna demokracia« (»Richtung – Sozialdemokratie«) unter Robert Fico die SNS 2006 zum Mitglied ihrer Koalition machte, führte damals sogar zu einem zweijährigen Ausschluss von Ficos Partei aus der Fraktion der »Sozialdemokratischen Partei Europas« im EU-Parlament. Seit 2009 ist die SNS mit einem Sitz in Straßbourg vertreten und gehört dort mit Parteien wie der italienischen »Lega Nord« zur Fraktion »Europa der Freiheit und der Demokratie«.
Die SNS gründete sich in den Wendejahren und sieht sich selbst als Nachfolgerin der 1871 gegründeten Nationalpartei und somit als älteste politische Partei in der Slowakei. Ihr programmatischer Schwerpunkt: Agitation gegen Roma und die ungarische Minderheit. Der langjährige SNS-Vorsitzende, Ján Slota, vereinbarte 1997 einen Austausch und (mehrere) Treffen mit dem mutmaßlichen Kriegsverbrecher und Parteichef der Serbischen Radikalen Partei, Vojislav Šešelj. Von 1990 bis 2006 wurde Slota sogar zum Bürgermeister von Žilina gewählt, der viertgrößten Stadt des Landes.
Im Vergleich dazu hat es die offen neonazistische »Ľudová strana Naše Slovensko« (»Volkspartei – Unsere Slowakei«, L'SNS) trotz mehrerer Anläufe bisher nicht ins slowakische Parlament geschafft und ist zu den Europawahlen noch nicht angetreten. Ihr Vorsitzender, Marian Kotleba, setzte sich im November letzten Jahres in einer Stichwahl jedoch gegen den sozialdemokratischen Amtsinhaber, Vladimír Maňka, durch und wurde Regierungschef des zentralslowakischen Landkreises Banská Bystrica. »Überraschend gewählt«, hieß es in den meisten Medien, doch Kotleba hatte bereits 2009 – allein durch antiziganistische Wahlwerbung im Internet – satte zehn Prozent der Stimmen erhalten. Seit Jahren ist er eine Führungsperson in der extremen Rechten und seine politische Einstellung ist bekannt. Die Bevölkerung wählt ihn nicht trotz, sondern wegen seiner militanten Anti-Roma-Hetze.
Kotleba war Gründer und Vorsitzender der »Slowakischen Gemeinschaft – Nationale Partei«, die im März 2006 als erste Partei des Landes verboten wurde, weil ihre politischen Aktivitäten als verfassungswidrig eingestuft wurden. 2010 übernahm er die Führung der neugegründeten L'SNS. Diese bezieht sich ebenfalls auf den früheren Slowakischen Staat, der mit dem nationalsozialistischen »Deutschen Reich« verbündet war. Das Parteiemblem ähnelt dem der »Hlinka-Garde«, die von 1938 bis 1945 zahlreiche Gewalttaten auf Jüdinnen und Juden, Roma und PartisanInnen beging. 1942 beteiligte sich die Garde aktiv bei den Deportationen slowakischer Juden nach Auschwitz und wurde 1944 in die SS integriert.
Kotleba tat sich bisher vor allem durch Rassismus und Antiziganismus hervor. In Krásnohorské Podhradie im Landkreis Banská Bystrica, unterhalb der Burg »Krásna Hôrka«, leben rund 900 Roma in Siedlungen, die ohne Baugenehmigung errichtet wurden. Kotleba ist inzwischen Miteigentümer einer der Parzellen: Nach einem Brand in der mittelalterlichen Burg im Frühjahr 2012, den rauchende Kinder aus eben jenem Wohngebiet verursacht haben sollen, vermachte der Vorbesitzer und Unterstützer der L'SNS dem Parteivorsitzenden das Grundstück. Seitdem bekundete dieser seine Absicht, die Häuser einzureißen. Auf den Vorschlag der Roma, das Land abzukaufen, ging er nicht ein. Schließlich mobilisierte Kotleba über Facebook zu einer »Aufräumaktion« in Krásnohorské Podhradie. »Genug der Worte, die Zeit der Taten ist gekommen«, schrieb Kotleba und: »Wenn wir 300 sind, wird vielleicht nichts passieren, aber wenn wir 3.000 sind mit Hacken und Schaufeln, dann hält uns niemand auf. Wir bitten alle, die schweres Gerät bedienen können, im Vorfeld Kontakt zu uns aufzunehmen.« Am Tag der geplanten »Aktion« wurde Kotleba von der Polizei festgenommen und auf der Wache verhört, seine Parteikollegen wurden durch die Polizei am Betreten des Grundstücks gehindert.
In der Region Banská Bystrica ist Kotleba mehrheitsfähig. Im restlichen Land holen aber vor allem Sozialdemokraten oder konservative Parteien die Stimmen. Im Gegensatz zum Nachbarland Tschechien, wo rechtspopulistische Parteien wie Pilze aus dem Boden sprießen und wieder verschwinden, ist das Parteiensystem in der Slowakei bisher langlebiger. Diese Konstanz könnte nun auch der SNS zum Wiedereinzug in das Europaparlament verhelfen.

Rumänien

Die rumänische Öffentlichkeit blickt im Gegensatz zu vorangegangenen Europawahlen auf die anstehende Abstimmung auf europäischer Ebene. Die Wahl wird nicht mehr als ein reines Abbild lokaler politischer Kämpfe abgetan, sondern hat eine Eigenbedeutung erhalten.

von Florin Poenaru



^ *Gigi Belcali*

Ab der kommenden Legislaturperiode wird das Europäische Parlament (EP) eine größere Rolle in der Politik der Europäischen Union (EU) einnehmen als jemals zuvor. Die Ergebnisse dieser Wahl haben das Potenzial, die Zukunft der EU mitzubestimmen. Daher sind nationale Parteigrößen gezwungen, diesen Wahlen angemessen Rechnung zu zollen. Sie müssen davon ausgehen, dass sich größere Teile der Politik von der nationalen auf die europäische Ebene verschieben.

Für die rumänische Bevölkerung müssen das nicht unbedingt gute Nachrichten bedeuten. Frühere Ergebnisse geben wenig Anlass für Optimismus: Neben den Mainstream-Parteien der politischen Mitte haben schon früher eine Reihe von höchst kontroversen Figuren die Bühne des EP betreten. Einer der bekanntesten, Gigi Belcali mit seiner »Partidul Noua Generație – Creștin Democrat« (»Partei der Neuen Generation – Christdemokraten«, PNG-CD), ist ein dubioser Geschäftsmann. 2009 schaffte er es mit einem Gebräu aus Holocaustleugnung, Rassismus, Homophobie und Anti-Politik-Rhetorik im Bündnis mit der rechtsnationalistischen »Partidul România Mare« (»Großrumänien-Partei«, PRM) ins Europäische Parlament. Wegen eines laufenden Verfahrens war er mit einem Ausreiseverbot belegt und konnte sein Mandat nicht wahrnehmen. Ersatz steht schon bereit: Es zeichnet sich ab, dass die neu gegründete »Mişcarea populara« (»Die Volksbewegung«, Mp), eine rechts-konservative Partei des amtierenden Präsidenten Traian Băsescu, bereit ist, sich aus dem populistischen Arsenal der PNG-CD zu bedienen.

»Mişcarea populara« beinhaltet zahlreiche Positionen, die sich mit denen anderer euro-skeptischer Konservativer decken. Für sie ist die Europäische Union im Wesentlichen ein sozialistisches Projekt, dem ein christliches nicht-muslimisches, traditionelles und konservatives Europa entgegentreten muss. Ähnlich wie die UKIP in Großbritannien sucht diese Partei europäische Vertretung als Ergebnis ihrer Kritik am Zustand der Union. Mp wird zweifellos die traditionellen Werte und orthodoxen Gefühle der lokalen WählerInnen – die zunehmend skeptisch gegenüber der EU eingestellt sind – mobilisieren. Auch nationalistische Argumente bringt die Partei zum Einsatz. So wird sie den Roma die Schuld am schlechten Bild der RumänInnen im Ausland zuweisen. Der aktuell weit verbreitete Unmut über Großbritannien für seine rassistischen Verweise auf RumänInnen und BulgarInnen könnte dieser Partei zusätzliche Munition geben. Wahrscheinlich werden jedoch alle Parteien auf dieser Klaviatur spielen. Das Streben nach Repräsentanz auf europäischer Ebene und nationalistische Rhetorik gehen bei diesen Wahlen Hand in Hand.

Es ist zu früh, um eine Siegerin unter den in Senat und Abgeordnetenkammer vertretenen konservativen »Partidul Democrat Liberal« (»Demokratisch-Liberale Partei«, PD-L), der »Partidul Social Democrat« (»Sozialdemokratische Partei«, PSD), der »Partidul Național Liberal« (»Nationale Liberale Partei«, PNL) sowie der »Uniunea Democrată Maghiară din România« (»Demokratischen Union der Ungarn in Rumänien«, UDMR) bei diesen Wahlen vorherzusagen. In ihrem Schatten jedoch bildet sich ein reaktionäres Milieu heraus. Beispielhaft dafür steht der Journalist und Filmemacher Iulian Capsali, der seine Kandidatur als Unabhängiger für einen Sitz im Europäischen Parlament angekündigt hat. Der streng gläubige Capsali hat für verschiedene Zeitschriften geschrieben, die die Wiederherstellung der rumänischen Ausprägung des Faschismus propagieren. Der rumänische Faschismus, der auf die in den 1920er Jahren gegründete Eiserne Garde zurückgeht, verband populistische ökonomische Argumente mit christlich-orthodoxer Spiritualität und anti-modernen Ressentiments. Des Weiteren propagierte er die Außergewöhnlichkeit Rumäniens als ein von Christus gesegnetes Land. Die Nostalgie für diese Bewegung bekam in Folge der Finanzkrise eine neue Dynamik. So begründete Capsali seine Kandidatur damit, dass er sich gezwungen fühle zu handeln, weil der Weg der EU die nationale Souveränität sowie die Wirtschaft Rumäniens und die »moralischen Werte des rumänischen Volkes« untergrabe, vor allem durch die »Förderung von Homosexualität«. Die Verbindung zwischen wirtschaftlichem Nationalismus und Homophobie in Bezug auf die EU ist nicht neu, und wurde bereits von etablierten Parteien in Stellung gebracht, bei Capsali kommt noch die militante religiöse Prägung hinzu. Über seine Erfolgschancen kann nur spekuliert werden, schließlich muss er im Vorfeld der Wahl 100.000 Unterschriften für die Registrierung sammeln.

Ein weiteres Feld für die Betätigung der extremen Rechten hat sich mit der Kampagne gegen die Ausbeutung der Tagebaugoldmine in Rosia Montana ergeben. Neonazis und konservative Nationalisten konnten an den Protesten teilnehmen, sich offen zeigen, ihre Ideologie propagieren und Linke marginalisieren, ohne dass sich die Kampagne »Save Rosia Montana« von ihnen distanzierte.

Auch wenn sie noch eine untergeordnete Rolle spielt, gewinnt die rumänische extreme Rechte an Popularität und kann nicht als eine Verirrung oder als irrelevant ignoriert werden. Unter dem Aspekt, dass extrem rechte Bewegungen in der Region in den letzten Jahren gewachsen sind – Bulgarien, die Ukraine und Ungarn seien hier genannt – stellt die Europawahl einen Test dar, um zu sehen, wie etabliert diese Kräfte in Rumänien sind. Aber die wachsende Ernüchterung, steigende Armut, zunehmend düstere Erwartungen, eine diskreditierte politische Mainstreamklasse sowie eine abwesende Linken stimmen nicht positiv für die nahe Zukunft.

Bulgarien

Eine Vielzahl von rechten Parteien wird in Bulgarien für die Wahl zum Europäischen Parlament antreten. In diesen haben etliche ehemalige KommunistInnen eine neue politische Heimat gefunden.

von Georgi Medarov und Martin Marinos

Bereits Ende der 1970er Jahren gab es einen deutlichen Schwenk der führenden »Balgarska Komunisticeska Partija« (»Bulgarische Kommunistische Partei«, BKP) hin zum Nationalismus, der 1989 in erzwungenen Umbenennungen von MuslimInnen sowie Diskriminierung von TürkInnen gipfelte, so dass mehrere Tausend das Land verließen. Die extreme Rechte der frühen 1990er Jahre bestand aus NationalistInnen der BKP. Nach 1989 wurde diese Politik jedoch nicht weitergeführt – die NationalistInnen formierten sich neu. Infolgedessen wurde die »Bălgarska Socialističeska Partija« (»Bulgarische Sozialistische Partei«, BSP) gegründet. Eine der Schlüsselfiguren stellt Georgi Parvanov dar, der mit Hilfe der BSP zwischen 2002 und 2012 zweimal zum Präsidenten gewählt wurde. Nachdem Parvanovs Versuche der letzten Jahre, die Kontrolle über die BSP zu übernehmen, scheiterten, gründete er im November 2010 die Plattform ABV, die mit »unabhängigen Kandidaten« bei der bevorstehenden Wahl zum Europäischen Parlament (EP) antreten will.
Der von der BSP geleiteten Wahlallianz »Koalition für Bulgarien« gehörte 2013 unter anderem die antisemitische und extrem nationalistische Partei »New Dawn« an. Weiterhin hat die BSP mit der zwar relativ kleinen, jedoch einflussreichen extrem rechten Partei »Vatreschna makedonskaitt die an revoljuzionna organizacija – Balgarsko nazionalno dwischenie« (»Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Bulgarische Nationale Bewegung«, VMRO-BND) kooperiert, die für ein Groß-Bulgarien eintritt.
Überdies formierte die BSP die gegenwärtige Regierung mit Unterstützung der stärksten extrem rechten Partei »Ataka« (»Attacke«).

AntikommunistInnen und extreme Rechte

Innerhalb der »Sajus na Demokratitschnite Sili« (»Union Demokratischer Kräfte«, SDS) – die antikommunistische Koalition der 1990er Jahre – war das rechtspopulistische »Demokratichen forum« (»Demokratisches Forum«, DF) organisiert. Das DF rief dazu auf, die Tradition der »Union der bulgarischen nationalen Legionen«, einer paramilitärischen Pro-Nazi Bewegung (1933-1944), weiterzuführen. Während der letzten Parlamentswahlen bildete das DF eine Koalition mit den »Demokrati sa Silna Balgarija« (»Demokraten für ein starkes Bulgarien«, DSB), verfehlte jedoch den Einzug ins Parlament. Die DSB ist eine kleine rechtspopulistische Partei und besitzt eine Schlüsselposition im »Reformatorski blok« (»Reform Block«, RB), einer neuen rechten Koalition, welche mit dem DF kooperiert. Die »Graždani za Ewropejsko Razwitie na Bălgarija (»Bürger für die Europäische Entwicklung Bulgariens«, GERB), die derzeit stärkste Mitte-Rechts Partei, bildete von 2009 bis 2013 zusammen mit »Ataka« die Regierung. Laut Umfragen könnten der RB und die GERB bei der Europawahl ein Viertel der Stimmen erhalten.

Extreme Rechte & die Europawahl

»Ataka« wurde 2005 von Volen Siderov gegründet und bündelt ex- und antikommunistische Strömungen. Anderthalb Monate nach ihrer Gründung erreichte sie bei den Parlamentswahlen neun Prozent und zog mit 21 Abgeordneten ins Parlament. Seitdem ist sie anerkannter Bestandteil der Politik Bulgariens.
»Ataka« agitiert gegen die bulgarischen Sinti und Roma, TürkInnen und auch gegen den Islam. Weiterhin drückt die Partei große Sympathien für Europas extreme Rechte aus. In der Argumentation gegen den Neoliberalismus adaptiert »Ataka« scheinbar linke Positionen. Weiterhin richtet sie sich gegen das »koloniale Modell« und kritisiert die post-sozialistische Privatisierung, die Wohnungssteuer sowie die Troika. Tatsächlich schlägt sie neoliberale Lösungen vor und ihr Rassismus artikuliert sich in der Kriminalisierung von Sinti und Roma.
Allerdings lässt sich ihr »Anti System«-Image aufgrund der Tatsache, dass sie zwei Regierungen in Folge unterstützte, nicht mehr aufrechterhalten. Damit entfällt ein zentrales Argument ihrer Wahlwerbung. Umfragen zufolge wird »Ataka« die Sperrklausel bei der aktuellen Europawahl nicht überspringen können. Zwischen 2007 und 2009 verfügte die Partei über drei Abgeordnete im EP, von 2009 bis 2014 waren es zwei.
Infolge der Krise von »Ataka« wurde besonders durch die »Nazionalen front sa spasenie na Balgarija« (»Nationale Front zur Rettung Bulgariens«, NFSB) um die desillusionierten WählerInnen geworben. Ihr Vorsitzender, Valery Simeonov, war ein enger Verbündeter von »Ataka«. Als Direktor des rechten Fernsehenders SKAT verhalf er Siderov 2003 zu dessen Kommentar-Show »Ataka«. Die Beziehung zwischen den beiden brach jedoch auseinander und Simeonov gründete 2011 die NFSB. Bei der Parlamentswahl 2013 verfehlte der NFSB nur knapp den Einzug ins Parlament – besitzt jedoch Chancen auf einen Sitz im EP.



^ *Ataka-Straßenwerbung*

Ein Phänomen ist der Journalist Nikolay Barekov mit seiner Partei »Bulgaria bez cenzura« (»Bulgarien ohne Zensur«, BWC), die sich erst im Januar 2014 gegründet hat. Mit seinen Reden gegen niedrige Löhne und hohe Lebenshaltungskosten wendet sich Barekov an den wachsenden Anteil der verarmenden Bevölkerung. Zugleich jedoch offenbaren sich seine rassistischen und homophoben Ansichten. Aktuelle Umfrageergebnisse deuten darauf hin, dass die BWC mit mindestens einem MdEP rechnen kann.
Die extreme Rechte ist stark fragmentiert und limitiert ihr Wahlpotenzial schon allein deswegen. Dennoch hat sie es in die Politik geschafft, da alle Parteien auf ihre Unterstützung angewiesen sind. Das hat überdies dazu geführt, dass die Politik aller etablierten Parteien sich rechten Positionen in Bezug auf Homophobie, Nationalismus und Rassismus geöffnet hat.

Ungarn

Am 6. April findet in Ungarn die Parlamentswahl statt. Sieben Wochen später wird das Europäische Parlament gewählt. Da die Stimmung im Lande äußerst angespannt ist, geht es in der inneren Kommunikation auch dann um Ungarn, wenn es scheinbar um Europa geht.

von Magdalena Marsovszky



Europa stellt sowohl für die Kommunikation der Regierungskoalition, bestehend aus der »Fidesz-Bürgerunion« (Fidesz-MPSZ) und der »Christlich-Demokratischen Volkspartei« (KDNP), als auch für die »rechtsradikale« Partei »Jobbik« ein Feindbild dar, während es in der der oppositionellen Koalition »Zusammenhalt« (»Összefogás«) die anzustrebende Wertegemeinschaft symbolisiert. Deswegen ist die Frage sowohl der Parlamentswahl als auch der Europawahl 2014 in Ungarn: Wertegemeinschaft Europäische Union oder Ethnokratie?

Völkischer Mainstream

Im Zusammenhang mit Ungarn ist es nicht aufschlussreich, über einen »rechten Rand« oder über rechtspopulistische Parteien zu sprechen, da das, was gemeinhin die extrem rechte Ideologie oder die Ideologie der Neuen Rechten ausmacht, nämlich das Völkische, in Ungarn Mainstream ist. Die gegenwärtige Regierungskoalition, die 2010 mit einer Zweidrittelmehrheit die Wahlen gewann, und die extrem rechte Partei »Jobbik«, die als drittstärkste Partei mit fast 13 Prozent ins Parlament kam, weisen große ideologische Gemeinsamkeiten auf.

So teilen beide die Einstellung, dass Ungarn eine völkische (ungarisch: népnemzeti), das heißt eine kulturelle, blutmäßige und organisch entstandene Abstammungsgemeinschaft sei. Die Blut- und Bodenthese ist nicht nur Kernelement der Ideologie von »Jobbik«, sondern auch der Regierung. Diese Ideologie ist revanchistisch und imperialistisch, da sie unter »Nation« ein größeres Gebiet versteht als jenes, das innerhalb der gegenwärtigen Landesgrenzen liegt; was zugleich die Infragestellung des sogenannten »Schandfriedens« von Trianon (1920) bedeutet. Sie bezieht die im Ausland lebenden VolkstumsmagyarInnen inzwischen nicht nur kulturell, sondern auch rechtlich-administrativ in den Nationsbegriff ein. Nach dem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz, das dem Ius-Sanguinis-Prinzip folgt, können »VolkstumsmagyarInnen« auch dann die ungarische Staatsbürgerschaft erhalten, wenn sie nicht in Ungarn leben. Infolge der völkischen Staatsbürgerschafts- und Sozialpolitik wurde die auf etwa 10 Millionen geschätzte Bevölkerung Ungarns in den letzten vier Jahren nach ethnischen Gesichtspunkten regelrecht umstrukturiert. Während auf der einen Seite über eine halbe Million »AuslandsmagyarInnen« die ungarische Staatsbürgerschaft erhielten, so dass sie auch im Sozialsystem wahrnehmbar sind, fielen in der gleichen Zeit innerhalb des Landes infolge der rassistischen, vor allem antiziganistischen Sozialpolitik etwa genau so viele aus dem sozialen Netz, während etwa noch einmal so viele (regierungskritische Linksliberale oder rassistisch Bedrohte) das Land verlassen mussten.

Ende des Medienpluralismus

Durch das neue Mediengesetz, seit dem 1. Januar 2011, und die neue Verfassung, seit dem 1. Januar 2012 in Kraft, ist die Mehrheit (die »Volksgemeinschaft«) schützenswert. Daraus ergibt sich die bereits auf die Rechtspraxis übertragene Täter-Opfer-Umkehr, nach der Minderheiten wegen »Volksverhetzung und Magyarenfeindlichkeit« verurteilt werden können.

Die Arbeit von demokratischen NGOs wird administrativ behindert oder juristisch verfolgt, während paramilitärische Organisationen nicht nur weiter agieren, sondern sich aufrüsten und Trainingscamps abhalten dürfen. Da der Universalismus als Feindbild gilt, werden nicht-völkische christliche Gemeinden an ihrer Arbeit gehindert. Ein Medienpluralismus und ein freier Informationsfluss existieren de facto nicht mehr, selbst die »öffentlich-rechtlichen« Medien sind völkisch. Oppositionelle kommen in ihnen kaum zu Wort, im Gegenteil, gegen sie wird gehetzt, so dass »Linksliberale« inzwischen das gemeinsame Feindbild von »Fidesz-KDNP« und »Jobbik« sind. Das neue Wahlgesetz und die Neuordnung der Wahlbezirke in Ungarn bringen eindeutig die Regierungskoalition in Vorteil. Wohl diesem Umstand ist es zu verdanken, dass die Regierungskoalition noch immer die WählerInnenmehrheit für sich behaupten kann.

Mit Sicherheit im Europaparlament

Sowohl die Regierungskoalition als auch »Jobbik« werden mit Sicherheit in das Europaparlament gewählt. Nach einer Umfrage Ende Januar 2014 bekam die Regierungskoalition 28 bis 39 Prozent, während Jobbik bei 6 bis 10 Prozent der WählerInnenstimmen lag.

Die völkische Ideologie bestimmt auch die Europakonzeption der Regierung und die der Partei »Jobbik«. Beide streben nach einem »Europa der Nationen«, dessen Konzept ein Nebeneinander von homogenen »Volksgemeinschaften« halluziniert und ethnopluralistisch und rassistisch ist.

»Fidesz« ist seit 2002 Vollmitglied in der Europäischen Volkspartei (EVP), Orbán war zwischen 2002 und 2012 ihr Vizepräsident. Zuletzt kandierte er nicht mehr für den Posten, da er sich nach eigener Aussage auf seine Aufgaben als Vize der »Christlich Demokratischen Internationalen« konzentrieren möchte, dessen Amt er seit 2001 innehat.

Wegen des heftigen innerstaatlichen Wahlkampfes werden die KandidatInnen für die EU-Parlamentswahlen erst nach dem 6. April diskutiert. Sicher gilt aber, dass EU-Kommissar László Andor (Sozialisten) von József Szájer (»Fidesz«) abgelöst und der evangelische Geistliche László Tőkés nicht mehr für die magyarische Minderheit in Rumänien, sondern für »Fidesz« im EU-Parlament sitzen wird. Auch Christina Morvai (»Jobbik«) dürfte in Brüssel bleiben, während ihr Kollege, Csanád Szegedi, ganz sicher seinen Platz räumt. Der Begründer der paramilitärischen sogenannten »Ungarischen Garde« erfuhr 2010 unerwartet, dass er jüdische Wurzeln hat, verließ »Jobbik« und konvertierte zum Judentum.

Österreich

Bei der kommenden Wahl zum Europäischen Parlament treten neben der extrem rechten »Freiheitlichen Partei Österreichs« auch die rechtskatholischen »Reformkonservativen« des ehemaligen FPÖ-Führungskaders und Mitglieds des Europaparlaments Ewald Stadler an.

von Heribert Schiedel



Die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ), seit 2009 mit zwei Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten, geht als Mitfavoritin in die jetzige Wahl. Umfragen sagen ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der »Österreichischen Volkspartei« (ÖVP) und der »Sozialdemokratischen Partei Österreichs« (SPÖ) voraus. Angeführt wird ihre Liste vom Mitglied des Europaparlaments (MdEP) Andreas Mölzer und Generalsekretär Harald Vilimsky, das zu befürchtende dritte Mandat wird MdEP Franz Obermayr einnehmen. Letzterer ist Vorsitzender der »Europäischen Allianz für Freiheit« (EAF), aus welcher nach den Wahlen eine Fraktion der europäischen extremen Rechten hervorgehen soll. An dieser Herausbildung einer Eurorechten arbeitet Mölzer schon seit den späten 1990er Jahren, zunächst noch unter Einschluss offen antisemitischer und neofaschistischer Parteien aus Süd- und Osteuropa, wie etwa »Fiamma Tricolore« oder »Ataka«. Seit rund vier Jahren versucht die FPÖ gemeinsam mit dem »Front National« und dem »Vlaams Belang« aus der Schmuddelecke zu kommen und kollaborationswillige Parteien aus dem rechtspopulistischen Lager für diese Fraktion zu gewinnen. Im Fall der »Lega Nord« und der »Partei für die Freiheit« von Geert Wilders ist dies bereits gelungen.

Die Popularität der FPÖ

Die 1956 von ehemaligen Nationalsozialisten gegründete FPÖ gehört in Österreich seit Anbeginn zur politischen Normalität, dementsprechend wenig skandalisiert wird ihre Politik und die Nazi-Vergangenheit ihrer Gründer. In manchen Bundesländern war sie wiederholt in der Regierung vertreten, auf Bundesebene zuletzt zwischen 2000 und 2005. Angesichts einer mittlerweile rund zwanzigprozentigen Zustimmung wagt vor Ort kaum jemand, die FPÖ als extrem rechts zu bezeichnen. Auch die Medien weigern sich mehrheitlich, die hetzerische Politik der FPÖ zu problematisieren. In diesem Umfeld ist es für die in Österreich ohnehin schwach entwickelte Zivilgesellschaft sehr schwer, dagegen zu halten, zumal sie sich mit zunehmenden Kriminalisierungsversuchen konfrontiert sieht. Wenn die extreme Rechte in Österreich auch nicht gänzlich in der FPÖ aufgeht, so gilt diese doch spätestens seit 1986 als unter ihrem Dach wiedervereinigt. Damals übernahm Jörg Haider die sich seit den 1960er Jahren in Richtung Liberalismus orientierende Partei und führte sie zurück an den rechten Rand. Dort bestehen neben dem FPÖ-Vorfeld, wie der Burschenschafterszene, nur vereinzelt weitere extrem rechte Gruppen. Auch die neonazistische Kameradschaftsszene ist im Vergleich zu den Nachbarländern eher vernachlässigungswürdig. Was Neonazis vor allem bedrohlich macht, ist die Tatsache, dass sie über vielfältige Kontakte zur FPÖ verfügen und ihre behördliche Verfolgung dementsprechend erschwert wird.

Wenig Chancen für die FPÖ-Konkurrenz

Neben der extrem rechten FPÖ tritt Ewald Stadler, MdEP, mit einer eigens gegründeten rechtskonservativen und katholisch-fundamentalistischen Liste, »Die Reformkonservativen«, an. Der ehemalige Waffenstudent und Piusbruder Stadler war unter Jörg Haider in die FPÖ-Führungsriege aufgestiegen, verblieb aber nach dessen Abspaltung mit dem »Bündnis Zukunft Österreich« (BZÖ) 2005 noch in der Mutterpartei. Im Frühjahr 2007 überwarf er sich mit FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache, nachdem dieser von seiner Vergangenheit in der neonazistischen Wehrsportszene eingeholt worden war, was ihn in den Augen Stadlers als FPÖ-Obmann untragbar werden ließ. Stadler wechselte in der Folge zum BZÖ, für welches er 2009 als Spitzenkandidat in den Europawahlkampf zog. Im Herbst 2013 wurde Stadler nach öffentlicher Kritik an der BZÖ-Führungsspitze wegen parteischädigenden Verhaltens aus dem BZÖ ausgeschlossen. Stadler gehört keiner Fraktion an, verfügt aber über gute Kontakte zu Morten Messerschmidt von der »Dansk Folkeparti«, der gemeinsam mit Nigel Farage, »United Kingdom Independence Party«, die FPÖ, aufgrund ihres zumindest ambivalenten Verhältnisses zum Nationalsozialismus und Antisemitismus, bis zum Ende der Legislaturperiode aus der rechtspopulistischen Fraktion »Europa der Freiheit und der Demokratie« (EFD) halten konnte.

Lücken des Protests

Stadler zieht mit der Forderung nach einem »Europa souveräner, selbstbestimmter Staaten« in die Wahl, dem Bekenntnis »zur christlichen Wertordnung, zur christlichen Tradition des Abendlandes, zur staatstragenden Bedeutung der Familie, sowie zur Freiheit des Eigentums«. Seine Chancen auf einen neuerlichen Einzug ins Europäische Parlament werden aber höchst gering veranschlagt.

Die FPÖ versucht sich mit den bekannten Parolen und Forderungen im Wahlkampf zu profilieren: »Unser Geld für unsere Leute/Gegen die Schuldenunion«, »Gegen den Brüsseler Zentralismus«, »Rettung des christlichen Abendlandes« und »Kampf dem Sozialtourismus«. Das freiheitliche Europa sei eines der »Vaterländer«, eine Integration wird nur im Bereich der Wirtschaft und der Außen-/Verteidigungspolitik, beziehungsweise in der Flüchtlingsabwehr gut geheißen. In der Euro-Krise wärmten »Freiheitliche« das Konzept eines Europas der »zwei Geschwindigkeiten« wieder auf, indem sie eine Abkoppelung der ökonomisch schwächeren Staaten verlangten. Weil die anderen Parteien fast jede Kritik an problematischen Entwicklungen in der EU mit dem Attribut »europafeindlich« belegten, eröffneten sie eine Lücke des Protestes, welche die FPÖ erfolgreich zu füllen vermag. Zudem profitieren die »Freiheitlichen« vom Charakter der EU-Wahl als für Österreich relativ folgenlose Protestwahl. Ihre Agitation gegen »die da oben« erfährt in ihrer Konkretisierung gegen die Brüsseler »Fremdherrschaft« weitere Dynamik und verschafft der FPÖ so den zu befürchtenden Erfolg. Als Siegerin der EP-Wahl wird sie verstärkt versuchen, den anderen Parteien die Themen vorzugeben und sie vor sich herzutreiben.

Kroatien

Mit dem Urnengang im jüngsten Mitgliedsstaat der Europäischen Union dürften sich die Rechtsaußenfraktionen in Brüssel zumindest auf personellen, wenn schon nicht intellektuellen Zuwachs freuen – ob nun die »Alliance of European National Movements« oder die »Europäische Volkspartei«, das hängt nicht zuletzt auch von den internen Koalitionsbildungen im Vorfeld ab.

von Krunoslav Stojaković



^ *Werbung von HRAST gegen Gleichstellung*

Die extrem rechten Parteien Kroatiens sind zahlreich, aber bei weitem nicht alle haben realistische Chancen auf den Einzug ins Parlament. Da jedoch zu erwarten ist, dass sich das Wahlverhalten für das Europaparlament von dem Verhalten bei nationalen Wahlen unterscheiden wird, muss die innerkroatische Relevanz oder Irrelevanz extrem rechter oder rechtspopulistischer Parteien nicht zwingend indikativ für die EU-Wahlen sein.
Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann davon ausgegangen werden, dass vier Parteien aus dem rechten Spektrum an den Wahlen teilnehmen werden: die im Aufschwung befindliche Bewegung HRAST (»Eiche«), die maßgeblich an der Organisation des am 1. Dezember 2013 durchgeführten und von zwei Dritteln der Bevölkerung unterstützten Referendums »U ime obitelji« (»Im Namen der Familie«) gegen die gesetzliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften beteiligt war, sowie die »Hrvatska stranka prava« (»Kroatische Rechtspartei«, HSP) und ihre beiden Spaltprodukte »Hrvatska stranka prava – Ante Starčević« (»Kroatische Rechtspartei – Ante Starčević«, HSP-AS) und »Hrvatska čista stranka prava« (»Kroatische Reine Rechtspartei«, HČSP). Die Unterschiede zwischen den drei »Rechtsparteien« sind lediglich gradueller Natur und manifestieren sich vor allem in der Intensität und Offenheit der vorgetragenen politischen Sympathiebekundungen gegenüber dem faschistischen Vasallenstaat »Nezavisna država Hrvatska« (»Unabhängiger Staat Kroatien«, NDH), der zwischen 1941 und 1945 die Unterstützung Nazi-Deutschlands genoss und in diesem Zeitraum vor allem durch Massenmorde an der serbischen, jüdischen und Roma-Bevölkerung sowie KommunistInnen auf sich aufmerksam machte.
In der kroatischen Innenpolitik sind die genannten »Rechtsparteien« in nationalen, und/oder regionalen und kommunalen Parlamenten vertreten. Die derzeit einflussreichste und medial präsenteste dieser Gruppierungen dürfte die von der Europaparlamentarierin Ruža Tomašić geführte HSP-AS sein, die auch im kroatischen Parlament einen Abgeordneten stellt und das erwähnte Referendum unterstützte. Ihre Programmatik fokussiert derzeit vor allem auf die Teilnahme und politische Unterstützung der rechtspopulistischen, gegen die Einführung kyrillischer Straßen- und Institutionsbeschilderungen in Gemeinden mit starkem serbischen Bevölkerungsanteil gerichteten BürgerInnen- und Veteranenbewegung »Za Hrvatski Vukovar« (»Für ein kroatisches Vukovar«). Generell ist festzustellen, dass die kroatische Rechte verstärkt auf Referenden als Mittel zum Zweck greift.
Bei den kurz vor dem kroatischen EU-Beitritt abgehaltenen Wahl zum Europaparlament im April 2013 trat die HSP-AS in einer Koalition mit der rechtskonservativen »Hrvatska demokratska zajednica« (»Kroatische Demokratische Union«, HDZ) an, und dies wird auch für die anstehenden Wahlen erwartet.
Die rechtsklerikal ausgerichtete Bewegung HRAST darf sich ebenfalls berechtigte Hoffnungen machen, den Zensus von drei Prozent zu überspringen. Im Moment umwirbt zwar die HSP-AS die Gallionsfigur und Mitinitiatorin des Referendums, Željka Markić, um in ihren Reihen für das EU-Parlament zu kandidieren, doch ist es nicht ausgeschlossen, dass sie ihre politische Heimat letztlich doch bei HRAST findet, mit der sie maßgeblich beim Referendum zusammengearbeitet hat. In der kroatischen Innenpolitik ist HRAST nahezu unbedeutend, doch der Referendumserfolg könnte sich positiv auf das Wahlergebnis auswirken. Programmatisch bedient HRAST vor allem das ländliche, gläubige, rechtskonservative WählerInnenpotential Kroatiens mit Phrasen vom »christlichen Erbe als unauslöschliche[m] Teil der historischen und gegenwärtigen kroatischen Identität«. In der Ökonomiepolitik ist HRAST, analog zu den Grundsätzen der amerikanischen Neo-Konservativen, ausgesprochen wirtschaftsliberal ausgerichtet.
Die von Danijel Srb geführte HSP, die bis 2009 mit Anto Đapić sogar den Bürgermeister der slawonischen Großstadt Osijek in Slawonien stellte, ist ebenso wie die HČSP gegenwärtig eine in der kroatischen Innenpolitik marginale politische Strömung, die sich vor allem durch ihre EU-Gegnerschaft und ihre nationalistischen Kampagnen gegen die serbische Bevölkerung und eine vermeintlich kommunistische Unterwanderung Kroatiens zu profilieren sucht. Auf regionaler und kommunaler Ebene ebenso wie beim kroatischen Bevölkerungsteil Bosnien-Herzegowinas mit begrenztem politischen Gewicht ausgestattet, versuchen diese beiden Strömungen durch Partnerschaften und Koalitionen ihren Einfluss zu erhöhen. Von allen hier genannten Parteien dürften sie die größten Probleme haben, den Zensus zu überspringen.
Aufgrund der neoliberalen ökonomischen Ausrichtung der gegenwärtigen sozialdemokratisch-liberalen Regierung unter Premier Zoran Milanović und der noch relativ schwachen außerparlamentarischen Linken gelingt es den rechten Parteien in Kroatien, die allgemeine soziale und ökonomische Unzufriedenheit in ihr politisches Fahrwasser zu ziehen. In letzter Zeit wird vermehrt von einer »Neuen kroatischen Rechten« oder einer kroatischen »Tea-Party-Bewegung« gesprochen, gegen die sich der Widerstand der Linken Kroatiens formieren muss.

Griechenland

Es ist ein Wettlauf gegen die Zeit. Seitdem ein Neonazi am 18. September 2013 den antifaschistischen Musiker Pavlos Fyssas ermordet hat, versucht die griechische Regierung mit den zu ihrer Verfügung stehenden juristischen Mitteln die erfolgreiche Neonazi-Partei »Chrysi Avgi« zu verbieten.

von John Malamatinas



^ *»Chrysi Avgi«-AnhängerInnen*

Seit September befinden sich der Chef der griechischen Neonazi-Partei »Chrysi Avgi« (»Goldene Morgenröte«, GM), Nikolaos Michaloliakos, sowie weitere Kader in Untersuchungshaft, die Immunität für einzelne Parlamentarier ist aufgehoben und die staatliche Parteifinanzierung wurde ausgesetzt. Durch ein Verbot der Partei hoffen die Konservativen der »Nea Dimokratia«, das (Wahl-)Vertrauen der breiten Bevölkerung zu gewinnen; zudem möchten sie Stimmen aus dem rechten Lager (zurück-)gewinnen. Gleichzeitig mit der Europawahl finden in Griechenland auch Kommunalwahlen statt, was die Bedeutung des Wahlkampfs verstärkt. In der aktuellen Situation darf der rechte Rand nicht unterschätzt werden: Schon im Juni 2012 kamen »Chrysi Avgi«, ANEL (»Unabhängige Griechen«) und LA.OS (»Völkischer Orthodoxer Alarm«) gemeinsam auf 21 Prozent.

»Chrysi Avgi«

Der Name »Chrysi Avgi« tauchte erstmals Anfang der 1980er als der Titel einer Zeitschrift neonazistischer Zirkel auf. Schon damals war Nikolaos Michaloliakos Chef der jungen Gruppe und Herausgeber des Magazins. 1993 dann gründete er den »Völkischen Bund Chrysi Avgi«. Die ersten Erfolge feierten die Neonazis in den 1990ern, als Fragen von nationaler Bedeutung die griechische Öffentlichkeit und Politik beherrschten: Es ging unter anderem um die Namensgebung Mazedoniens, den Jugoslawienkrieg und die Inselkonflikte mit der Türkei. Es dauerte bis zu den Kommunalwahlen 2010, als »Chrysi Avgi« in Athen zum ersten Mal einen nennenswerten Wahlerfolg von 5,29 Prozent erzielte. Damals zog Michaloliakos als Abgeordneter in den Stadtrat – und provozierte gleich mit einem Hitlergruß.

Die Krise verschärft den Rassismus

Bei der Parlamentswahl im Juni 2012 erreichte »Chrysi Avgi« 6,92 Prozent und zog mit 18 Mandaten ins Parlament. Viele KommentatorInnen analysieren den Aufstieg der extremen Rechten als Folgeerscheinung der Krise und ihrer sozialen Konsequenzen. Andere BeobachterInnen ergänzen die »Krisentheorie« mit einer Legitimationskrise der (Alt-)Volksparteien. »Chrysi Avgi« und andere extrem rechte Parteien präsentieren sich als die neue »Alternative zum korrupten System«, manchmal sogar als die »reinen Demokraten mit den sauberen Händen«. Nationalismusexpertin Anna Fragoudaki spricht von einer Krise der »nationalen Identität«, was die Enttäuschung und Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der aktuellen Lage der Nation umschreibt. In einer solchen Krise gewinnt ein eurozentristischer Rassismus gegen »Fremde, die unser Land und unsere Arbeitsplätze« bedrohen, an Bedeutung. Der in der gesellschaftlichen Normalität Griechenlands ohnehin schon existierende Nationalismus bildet den Nährboden für die Propaganda der »Chrysi Avgi«. Somit entsteht der Rassismus nicht in der Krise, aber die Krise verschärft ihn.

LA.OS und »Unabhängige Griechen«

Neben der »Chrysi Avgi« treten zur EP-Wahl zwei andere wichtige Parteien des rechten Spektrums an. Die erste ist LA.OS mit dem Vorsitzenden Giorgos Karatzaferis, ex-Parteimitglied der Konservativen, und seit Jahrzehnten wichtige mediale Symbolfigur der griechischen extremen Rechten. LA.OS wurde im September 2000 gegründet; einerseits als ein Vereinigungsprojekt der extremen Rechten, anderseits um mit Hilfe rechtspopulistischer Strategien und dem Bekenntnis zum orthodoxen Glauben bei Wahlen erfolgreich zu sein. Karatzaferis und seine Partei begingen 2010 den für die extreme Rechte unverzeihlichen Fehler, sich an der Koalitionsregierung mit der »PASOK«(Sozialdemokraten) zu beteiligen. Somit sind sie über Nacht vom antisystemischen Flügel, der gegen die Troika agitiert, zu den UnterstützerInnen der Troika-Reformen gewechselt. Dies kostete bei den nächsten Wahlen im Mai 2012 das Vertrauen der WählerInnen, die Partei schaffte es nicht ins Parlament und ihre Stimmen wanderten zu »Chrysi Avgi« und den »Unabhängigen Griechen«. Im Moment hat LA.OS zwei der 22 griechischen Sitze im Europaparlament – ein erneuter Wahlerfolg aber erscheint, besonders in Betracht der Konkurrenz, fast unmöglich.

Die ANEL wurde im Februar 2012 von Panos Kammenos, ebenfalls ex-Mitglied der Konservativen gegründet. Unter dem Mantel der klassischen Protestpartei versuchen sie sich mit rechtspopulistischen Tönen als die wahre Alternative zu den »korrupten Eliten« und gegen die »ausländischen Mächte, die unser Land bedrohen« zu inszenieren. Die »Unabhängigen Griechen« pflegen antideutsche Töne und fordern eine Begleichung der Reparationszahlungen aus dem Zweiten Weltkrieg. Bei der Parlamentswahl im Juni 2012 erreichten sie 7,51 Prozent, in aktuellen Umfragen schwanken ihre Werte eher nach unten.

Entscheidende Wahlen

Im Hinblick auf das aktuelle Wahlpotenzial der »Goldenen Morgenröte« von etwa zehn Prozent und ihre seit kurzem neu-registrierten Partei »Ethniki Avgi« (»Nationale Morgenröte«), die im Fall eines erfolgreichen Verbotsverfahrens aktiviert wird, scheinen die Bemühungen des griechischen Staates um ein Verbot erstmal ins Stocken geraten zu sein. Für alle Seiten der griechischen politischen Landschaft werden die beiden Wahlen – kommunal wie europaweit – entscheidend sein: Für die Linkspartei »Syriza«, ob eine Linksregierung möglich ist, für die Konservativen lauert im Falle eines Debakels der Druck neuer Parlamentswahlen. Keine Frage: Es wird eine wichtige und gefährliche Europawahl.

Zypern

Die geteilte Insel im östlichen Mittelmeer stand im Frühjahr 2013 im Mittelpunkt der Europäischen Finanzpolitik – die Bankenkrise hatte den griechischsprachigen Teil Zyperns erreicht. Im Vorfeld der Europawahl bestimmen die von der Troika eingeleiteten Maßnahmen das politische Klima.

von John Malamatinas und George Pouleaux



^ *Solidarität mit der griechischen »Goldenen Morgenröte«*

Zypern ist das letzte »Mauerland« der EU. Seit 1974 ist die Insel geteilt – in einen griechischsprachigen Teil, der 2004 der EU beigetreten ist, und einen türkischsprachigen Teil, der als eigenständiger Staat nur von der Türkei anerkannt wird. 1974 erfolgte die Teilung, nachdem die Nationalgarde mit Hilfe der griechischen Militärjunta in einem Putsch den Präsidenten Makarios stürzte. Das türkische Militär, als Schutzmacht der türkischen InselbewohnerInnen, intervenierte und besetzte den Norden Zyperns. Der Inselkonflikt dauert seit jeher an – besonders im Schatten der traditionellen Feindschaft Griechenland-Türkei. Auf beiden Seiten werden vor allem in Geschichtserzählungen und Schulbüchern die Gründe für den Konflikt auf der Gegenseite gesucht. Im griechischen Teil ist der Konflikt fester Bestandteil der Außenpolitik aller Parteien – somit ist Nationalismus fest in der politischen Tagesordnung verankert. Auf der türkischen Seite sind verschiedene türkische NationalistInnen am Werk, unter anderem auch die in Deutschland bekannten »Grauen Wölfe«. Bei der kommenden Europawahl wird aufgrund der Inselteilung nur im EU-Teil Zyperns gewählt.

Gekennzeichnet ist die aktuelle politische Debatte auf Zypern durch die Banken- und Schuldenkrise, die 2013 das Land und seine internationalen Partner erschütterte. Die Auseinandersetzungen um die Krise spielen im Moment eine wichtige Rolle, vor allem in der Rhetorik rechter Parteien. Wie in Griechenland setzen sie auf die Karte der ehrlichen sozialen und nationalen Alternative gegen die »Altparteien und ihr korruptes System«. Im Zusammenhang mit der Krise spielen auch andere Fragen eine prominente Rolle in der Realpolitik der Insel: Was ist mit der Nutzung der Erdgasvorkommen? Ist eher dem Westen oder dem Putin-Regime in Russland zu trauen?

Als wichtigste nationalistische Partei hat sich seit ihrer Gründung 2008 die »Ethniko Laiko Metopo – nationale Volksfront« (ELAM) durchgesetzt. Bei den Parlamentswahlen 2011 hat ELAM knapp mehr als ein Prozent (4.354 Stimmen) geschafft. Die Identität von ELAM verdeutlicht ein Zitat von Christos Christou, dem Leiter der Organisation: »Wir sind keine Faschisten, sondern eine nationalistische Bewegung, wir kämpfen für den zypriotischen Hellenismus.« Gründer der ELAM waren zypriotische StudentInnen, die den Aufstieg der neonazistischen Partei »Goldene Morgenröte« in Griechenland im Vorfeld und während der Krise beobachtet haben und es ihr gleichtun wollten. Historisch bezieht sich ELAM in erster Linie auf die EOKA, die »nationale Organisation der zypriotischen Kämpfer«, die von 1955 bis 1959 für die Befreiung Zyperns von der britischen Herrschaft gekämpft hat.

Durch Internetauftritt, Grundsatzpapier und Demonstrationen wird klar, dass die Organisation die Rhetorik und die Praktiken der »Goldenen Morgenröte« eins zu eins übernommen hat. ELAM ist eine Partei mit klarer neonazistischer Ideologie, die im Rahmen der Eurokrise ihr vermeintlich antisystemisches Gesicht zu zeigen versucht. Sie bemüht sich erstens, das »Problem« der Migration ohne Papiere auf die zypriotische politische Agenda zu bringen, um sich besonders in Krisenzeiten zu profilieren. Zweitens fordert sie eine »nationale Lösung« für die sozialen Probleme. Neben ELAM gibt es auch eine Abspaltung, EDIK (Nationalistische-Demokratische Partei), die von dem ehemaligen ELAM-Gründungsmitglied Loukas Staurou gegründet wurde, der in den 1980ern zu den ersten Autoren des griechischen Magazins »Goldene Morgenröte« gehörte.

In der Praxis agiert ELAM hauptsächlich durch Krisenproteste und Aktionen, wie etwa Essens- und Kleidungsausgaben nur für griechische ZypriotInnen. Dazu zählen auch Gedenkveranstaltungen für zypriotische Soldaten der EOKA. Offensichtlich ist auch, dass ELAM das Konzept der sogenannten Schlägertrupps der »Goldenen Morgenröte« übernommen hat: Rassistische Angriffe der ELAM kamen vermehrt in der Vergangenheit ans Licht der Öffentlichkeit wie beispielsweise zwei Angriffe mit Molotow-Cocktails und Knüppeln auf ein Haus mit 15 MigrantInnen aus Ägypten, sowie auf eine Demonstration kurdischer politischer Flüchtlinge.

Erwähnenswert ist auch der Widerstand, der gegen diese Organisationen und den allgemein aufsteigenden Nationalismus in der zypriotischen Gesellschaft entstanden ist, hauptsächlich nach dem Mord an Paulos Fyssas am 18. September 2013 in Athen und die darauf folgenden Solidaritätserklärungen des ELAM mit den Mördern der »Goldenen Morgenröte«. Unmittelbar nach dem Mord wurden mehrere große antifaschistische Demos organisiert und im November fanden die ersten Vernetzungstreffen für die Gründung einer antifaschistischen Front statt. An antifaschistischen Kämpfen beteiligen sich auch aktiv Fußballfans wie die Antifa Ultras von »AC Omonia Nicosia«.

Als eines der kleinsten Länder der EU hat Zypern genau wie Luxemburg nur sechs Sitze im Europarlament. Bekanntlich werden die Sitze nach Bevölkerungszahl verteilt – eigentlich hätten dann kleine Länder nur einen Sitz, werden aber begünstigt, bekommen also deswegen sechs Sitze. 2009 teilten sich DHSI (Konservative), AKEL (ArbeiterInnenpartei), DIKO und EKED (beides SozialdemokratInnen) die Sitze. Die NationalistInnen um ELAM oder EDHK hatten und haben keine Chance auf einem Parlamentseintritt. Die einzige realistische Erwartung ist, dass die ELAM ihren Stimmenanteil deutlich erhöhen könnte; dies hängt auch vor allem davon ab, wie viele Stimmen sie der konservativen Partei abgewinnen. Da aber der Nationalismus auf Grund des Zypernkonflikts bei allen Parteien eine größere Rolle spielt, wird die ELAM es schwieriger haben als ihre Schwesterorganisation in Griechenland.

Italien

Die Wahl zum Europäischen Parlament findet sechs Monate nach der Auflösung von Silvio Berlusconis Partei »Popolo della libertà« statt. Ehemalige ParteifreundInnen haben in Neugründungen ihre – vorläufige – politische Heimat gefunden.

von Guido Caldiron



^ *Matteo Salvini*

Der Wahltermin am 24. und 25. Mai wird überall in Europa zum wichtigen Test für die extreme Rechte und populistische Parteien, um herauszufinden, wie groß die Zustimmung für ihre Politik durch die Opfer der Wirtschaftskrise ist. In Italien scheint die Situation verworren. Einerseits ist die traditionelle neofaschistische Szene geschwächt, gleichzeitig betreten neue Organisationen altbekannter PolitikerInnen die Bühne, die Zuspruch durch sogenannte ProtestwählerInnen bekommen könnten.

Als Folge der innenpolitischen Krise im Sommer 2013 spaltete sich das auf Silvio Berlusconi zugeschnittene »Popolo della libertà«. Die im Jahr 2009 gegründete Partei vereinigte seine vorherige Partei »Forza Italia« und die »Alleanza Nazionale« (AN), das Erbe des »Movimento Sociale Italiano« (MSI), der ältesten europäischen neofaschistischen Partei, die 1946 von den Veteranen des Mussolini-Regimes gegründet worden war.

Das Ergebnis ist zum einen die wiedergeborene »Forza Italia« unter Berlusconi, die sich als »moderate Front« definiert. Der amtierende Innenminister und stellvertretende Ministerpräsident, Angelino Alfano, ehemaliges Mitglied der alten »Forza Italia« und des letzten Regierungskabinetts Berlusconis, tritt mit seinem neuen »Nuovo Centro Destra« (»Neue Mitte Rechts«, NCD) an. Die NCD vertritt christlich-konservative Ansichten und möchte Abstand von dem die letzten 20 Jahre dominierenden »Berlusconismus« gewinnen. Unter ihrem Personal sind zahlreiche MinisterInnen und RegionalpräsidentInnen. Ebenfalls neu ist die Partei »Fratelli d'Italia« (Brüder Italiens, FdI) – in Anlehnung an die gleichnamige Nationalhymne. Gegründet wurden die FdI vom ehemaligen Verteidigungsminister Ignazio La Russa, der seine politische Laufbahn beim MSI begann, der ehemaligen Leiterin der Jugendorganisation der AN, Giorgia Meloni, und Guido Crosetto, einem ehemaligen Mitglied der 1994 aufgelösten »Democrazia Cristiana« (ChristdemokratInnen). Mit Blick auf die Europawahl steigt die Attraktivität der FdI für einflussreiche Personen der extremen Rechten, allen voran der ehemalige Bürgermeister von Rom, Giovanni Alemanno, der im letzten Jahr eine Anti-Euro-Bewegung namens »Prima l'Italia« (»Zuerst Italien«) gegründet hat. Die noch sehr kurze Geschichte der genannten Parteien – die älteste, die FdI, wurde im Dezember 2012 gegründet – erschwert eine Vorhersage auf ihre reale Stärke bei der Europawahl. Eines kristalliert sich aber jetzt schon heraus: Die Zersplitterung der populistischen Rechten mag aufgrund der niedrigen Klausel von vier Prozent mehreren Parteien den Einzug in das Europäische Parlament ermöglichen, aufgrund der auf nationaler Ebene herrschenden Differenzen dürfte sich aber eine Zusammenarbeit im EP schwierig gestalten.

Die beiden größten neofaschistischen Organisationen, »Forza Nuova« und »Casa Pound Italia« (CPI), sind geschwächt und werden aller Voraussicht nach nicht antreten. Beide haben durch ihr militantes Auftreten Sympathien verloren. Dazu kommt, dass sich die Aktivitäten von CPI in den vergangenen Monaten auf Unterstützungsaktionen für sozial Benachteiligte konzentriert haben und sich nur am Rande mit der Wahl des EP beschäftigt haben. Sowohl »Forza Nuova« als auch »Casa Pound Italia« hatten eine scharfe Kampagne gegen die von der Mitte-Links-Ministerin Cécile Kyenge vorgeschlagenen Änderung des StaatsbürgerInnenrechts vom Abstammungsprinzip zum Geburtsortsprinzip initiiert. Die Ministerin mit kongolesischen Wurzeln ist regelmäßig Ziel rassistischer Attacken aus dem rechten Lager des Parlaments. Besonders auffällig sind die Abgeordneten der »Lega Nord« (LN). Die von Umberto Bossi gegründete Partei wird mittlerweile von Matteo Salvini geleitet. Bei der vergangenen Wahl 2009 zum Europäischen Parlament konnte die LN neun Sitze gewinnen. Die Partei, die sich als Vertreterin der Region »Padanien« sieht, führt einen strikten Anti-Euro- und Anti-EU-Kurs. Dafür wird sich mit anderen rechtspopulistischen Parteien vernetzt und koordiniert. Auf dem am 15. Dezember 2013 in Turin abgehaltenen Parteikongress der »Lega Nord« waren Geert Wilders' »Partij voor de Vrijheid« (PVV), Heinz-Christian Straches »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ), Gerolf Annemans »Vlaams Belang« (VB), Ludovic de Dannes »Front National« (FN) und Alexey Komovs (Russisch-Orthodoxe Kirche) als Gastredner eingeladen. Laut Mitteilung der FPÖ wurde dort »offiziell eine gemeinsame Zusammenarbeit für ein freies Europa der Vaterländer und der Regionen gestartet«. Die Anwesenheit russischer Abgesandter verwundert nicht, denn für die Zeitung der LN, »La Padania«, gilt Russland als »die letzte Hochburg der europäischen christlichen Tugenden gegen massive Einwanderung.«

Neben dem Abschneiden der rechtpopulistischen Parteien klassischen Zuschnitts ist das der im Oktober 2009 vom Komiker Beppe Grillo gegründeten Partei »Cinque Stelle« (»Fünf Sterne«, CS) eine große Unbekannte. CS konnte 2013 bei den Parlamentswahlen annähernd 25 Prozent, bei den Senatswahlen im gleichen Jahr über 23 Prozent erzielen. Die Sterne symbolisieren Umwelt, Wasser, Entwicklung, Konnektivität (Internet) und Verkehr. CS legt Wert darauf, »keine Ideologien, weder linke noch rechte, sondern Ideen« zu vertreten. In Bezug auf Europa sind diese durchaus mit den Vorstellungen der RechtspopulistInnen kompatibel. Neben der generellen Skepsis gegenüber der EU propagiert Grillo den Austritt Italiens aus der Euro-Zone. Kritik gibt es auch an seinem autoritären Führungsstil und seiner brachialen Rhetorik mit klassisch rechten Begriffen. Damit steigt seine Attraktivität bei WählerInnen der rechten Parteien. Sollte die CS ihren Wahlerfolg vom letzten Jahr wiederholen können, werden diese Stimme den anderen Parteien fehlen.

Spanien

Zwei neue Rechtsparteien treten zur Europawahl an. Die neue Konkurrenz sorgt für einen Rechtsruck der Konservativen.

von Patrick Eser



^ *Anhängerin des faschistischen Diktators Franco in Madrid*

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat fatale Auswirkungen auf Spanien. Doch im Gegensatz zu anderen südeuropäischen Ländern scheint in Spanien die extreme Rechte bislang nicht davon zu profitieren. Sie wird bei den Europawahlen kaum eine Rolle spielen. Die Voraussetzung dafür ist, dass die rechtskonservativ-liberale Volkspartei »Partido Popular« (PP) ein Spektrum abdeckt, das bis weit in die extreme Rechte reicht. Als Nachfolgerin der postfranquistischen »Alianza Popular« ist der PP noch stark mit den Überbleibseln des alten Regimes des faschistischen Diktators Francisco Franco verbunden. Der ideologische Dunstkreis rechts vom liberal- und rechtskonservativen Spektrum war stets Bestandteil der Partei, die sich gleichwohl in den letzten 20 Jahren deutlich modernisiert hat. Zwei bis zehn Prozent der Wahlbevölkerung Spaniens gelten als rechts bis extrem rechts – ein Potenzial, das laut den Zahlen des Forschungsinstituts »Centro de Investigaciones Sociológicas« der PP bislang bis zu 90 Prozent ausschöpfen konnte.

Reformulierung des Neofaschismus

Die Jahrzehnte währende Allianz zwischen der extremen Rechten und dem PP scheint jedoch brüchig zu werden, Reorganisationstendenzen am rechten Rand der Gesellschaft und des PP zeichnen sich ab. So ist das neue Bündnis »España en marcha« (»Spanien marschiert«) der Versuch, das in Kleinstorganisationen zersplitterte Milieu der extremen Rechten zu vereinen. An diesem Prozess sind zehn Organisationen beteiligt, unter anderem die »Democracia Nacional«, »La Falange«, »Movimiento Católico Español«, die neofaschistische »Alianza Nacional« und »Nudo Patriota Español«. Das Bündnis versucht erzkonservative, nationalkatholizistische Milieus und neofaschistische Organisationen, die eine Nähe zur gewaltbereiten Skinhead-Szene aufweisen, zusammenzubringen. »España en marcha« will die bürgerlich-demokratische Verfassung von 1978 und die dort implementierte föderale Struktur des Staates abschaffen, um einen Zentralstaat wiederherzustellen. Forderungen nach regionaler Unabhängigkeit werden als »staatsfeindlicher Terrorismus« behandelt, MigrantInnen sollen abgeschoben werden. Der zentrale kulturelle Bezugspunkt von »España en marcha« ist das Christentum, das die »Wurzel der traditionellen Werte der spanischen Gesellschaft« sei. Ein Recht auf Abtreibung sowie die Gleichstellung für Lesben und Schwule werden zurückgewiesen, die Homo-Ehe sei eine »Anomalie gegenüber der traditionellen Moral des spanischen Volkes«. Diese neue rechte Bündnisstruktur kann auf die Loyalität der Neonazi-Szene bauen, deren Potential auf 10.000 AktivistInnen geschätzt wird.

Rechtsabspaltung des PP

Anfang 2014 hat sich zudem eine Rechtsabspaltung vom PP vollzogen. Ehemalige Mitglieder gründeten die Partei »Vox« (»Die Stimme«). Ziel ist die Verteidigung der territorialen Einheit Spaniens, die politische Zentralisierung sowie die konsequente Bekämpfung separatistischer Tendenzen. Zudem kanalisiert »Vox« das Unbehagen des rechten Flügels und breiter Teile der Parteibasis über den Umgang der PP-Regierung mit dem baskischen Konflikt. Vor allem zwei Entscheidungen sorgten für Kritik: zum Einen die Entlassung von Häftlingen von »Euskadi Ta Askatasuna« (ETA) durch den Staat nach einem Urteil des EU-Menschengerichtshofs, zum Anderen der Wahlantritt der linken Unabhängigkeitsbewegung im Baskenland. Nach dem Gewaltverzicht der ETA zog das Argument nicht mehr, dass deren Kandidatur die Fortsetzung des Terrorismus mit anderen Mitteln sei. Die nunmehr starke Präsenz linksnationalistischer PolitikerInnen in den Kommunen und dem baskischen Regionalparlament stellt für den rechten Flügel des PP eine Provokation dar. Spaniens konservativer Ministerpräsident Mariano Rajoy (PP) hätte verhindern müssen, so der Vorwurf, dass die RepräsentantInnen der »izquierda abertzale« (»Abertzale Linke«), die teils auf bis zu 30 Prozent der Stimmen kamen, wieder in die Parlamente einziehen konnten.
Eines der Gründungsmitglieder von »Vox«, das langjährige PP-Mitglied Ortega Lara, war Ende der 1990er Jahre von der ETA entführt worden und setzt sich für einen unnachgiebigen Kampf gegen die ETA im sich abzeichnenden Friedensprozess ein. Mit Santiago Abascal Conde war ein weiteres ehemaliges PP-Mitglied an der Gründung von »Vox« beteiligt, und Ende Januar 2014 gab der Europarlamentarier und Vizepräsident des Europäischen Parlaments Alejandro Vidal-Quadras (PP) seinen Übertritt in die Partei bekannt. »Vox« gelingt es, sich als glaubwürdige Akteurin gegen den »Separatismus« darzustellen und mobilisiert die breite Unzufriedenheit mit der korrupten politischen Elite Spaniens. Kern der neuen rechtskonservativen Partei, die wirtschaftspolitisch einen ökonomischen Liberalismus vertritt, ist der Schutz der traditionellen Werte der spanischen Nation, so auch der Familie – eine zentrale Forderung ist die Abschaffung der Abtreibung.

Rechtsdrall

»Vox« wird, anders als »España en marcha«, der Sprung ins Europaparlament zugetraut. Sie verfügt über erfahrene und renommierte PolitikerInnen, professionelles Auftreten sowie gute Beziehungen zu den Medien. Die neuen Organisationen am rechten Rand üben schon jetzt Druck auf den PP aus, der aus Angst um den rechten Parteiflügel versucht, das rechte Milieu weiter an sich zu binden. So ist das neue Gesetz zur Verschärfung der Abtreibungsregelungen ein klares Zugeständnis an die Rechte. Wie weit nach rechts offen die Partei ist, zeigte sich auch, als der Julián Huete Cervigón, Lokalpolitiker des PP, Abtreibung mit der »Endlösung«, also dem Holocaust, verglich.

Portugal

In Portugal haben extrem rechte Parteien bisher kaum Erfolge bei Wahlen, doch die portugiesische »Partido Nacional Renovador« (»Nationale Erneuerungspartei«) schafft es immer wieder, sich in der Öffentlichkeit zu profilieren.

von Marius Senle

Als am 25. April 1974 mit der Nelkenrevolution nach über vier Jahrzehnten das Regime António de Oliveira Salazars endete, wurden sowohl die Einheitspartei »União Nacional« (»Nationale Union«, UN) als auch weitere Strukturen des faschistischen Staates, des so genannten »Estado Novo«, abgeschafft. In den ersten Jahren nach dem Ende der Diktatur hatten es extrem rechte und faschistische Organisationen schwer sich zu etablieren, nicht zuletzt, weil die 1976 verabschiedete neue portugiesische Verfassung »Organisationen, die die Ideologie des Faschismus vertreten«, verbot.

Marginalisierung nach der Nelkenrevolution

Nach der Nelkenrevolution versuchten salazaristische sowie extrem rechte Parteien und Organisationen an Boden zu gewinnen; beispielsweise bemühte sich die konservative – heute nicht mehr existierende – »Partido da Democracia Cristã« (»Partei der christlichen Demokratie«, PDC), die Kräfte des alten Regimes zu sammeln. Darüber hinaus arbeiteten Organisationen im Untergrund, etwa die »Movimento Independente para a Reconstrução Nacional« (»Unabhängige Bewegung für den Nationalen Wiederaufbau«, MIRN) oder die »Movimento Democrático de Libertação de Portugal« (»Demokratische Bewegung für die Befreiung von Portugal«, MDLP). Letztere war eine rechtsterroristische antikommunistische Partei, die von einem ehemaligen Militär geführt wurde. Diese Gruppierungen zerfielen jedoch bald oder wurden aufgelöst.

In den 1980er Jahren entstanden nationalistische, rassistische und neofaschistische Gruppierungen, etwa der »Movimento de Acção Nacional« (»Nationale Aktionsbewegung«, MAN) mit Kontakten zur portugiesischen »White Power«- und Skinhead-Bewegung sowie der »Frente Nacional« (»Nationale Front«, FN), der sich 1980 gemeinsam mit der PDC und MIRN zur Wahl stellte. Auch wenn diese Organisationen nur wenige AnhängerInnen hatten, traten vor allem Skinheads und »White Power«-AktivistInnen mit gewalttätigen, teils tödlichen Übergriffen auf Linke und MigrantInnen hervor. Große Wahlerfolge konnten rechte Parteien in dieser Zeit jedoch nicht für sich verbuchen.

(Neu-)Gründung der »Partido Nacional Renovador«

Nach einer längeren Durststrecke kam es im April 2000 mit der (Neu-)Gründung der »Partido Nacional Renovador« (»Nationale Erneuerungspartei«, PNR) als Sammelbecken verschiedener extrem rechter Organisationen sowie der Skinhead-Bewegung zu einer qualitativen Veränderung. Die PNR, deren Logo eine Flamme ziert, war aus der inaktiven »Partido Renovador Democrático« (»Demokratische Erneuerungspartei«, PRD) hervorgegangen. Die PNR ermöglichte es den führenden ProtagonistInnen der extremen Rechten, sich der Infrastruktur einer legalen Partei zu bedienen.

Die PNR ist eine ethnonationalistische Partei, die »Salazar […] als den größten portugiesischen Staatsmann des 20. Jahrhunderts« feiert, wie es der italienische Politikwissenschaftler Ricardo Marchi in der 2013 erschienenen Studie »Rechtsextremismus in Europa« der Friedrich-Ebert-Stiftung formuliert. Sie führt einen systemfeindlichen, rassistischen und islamfeindlichen Diskurs. Die Partei nehme etwa beim Thema Migration, so Marchi, »die klassische Haltung der extremen Rechten ein, wonach die Immigration eine Invasion ist, die eine Bedrohung von nationaler Identität, Sicherheit, Beschäftigung und Handel darstellt.« Wenn die Partei behauptet, die Bedürfnisse der »einfachen Bevölkerung« zu repräsentieren, bedient sie sich rechtspopulistischer Strategien, die auch aus anderen europäischen Ländern bekannt sind. Anleihen an die »Schweizer Volkspartei« (SVP) zeigten sich etwa 2007/2008, als die PNR in Lissabon Plakate aufhängte, auf denen ein weißes Schaf schwarze Schafe mit den Aufschriften »Kriminalität« oder »Multikulti« aus dem Land jagt.

Große Aufmerksamkeit, magere Wahlerfolge

Die PNR pflegt mit anderen Neonazigruppierungen internationale Beziehungen in ganz Europa, etwa dem französischen »Front National«. Dass die PNR eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit betreibt, in den Medien sehr präsent und finanziell gut ausgestattet ist, steht in einem Widerspruch zu ihrer schwachen Mobilisierungsfähigkeit auf der Straße und bei öffentlichen Veranstaltungen. Auch ihre Wahlergebnisse bei Parlamentswahlen sind Ausdruck ihrer marginalisierten Rolle: 2002, als die PNR erstmals antrat, erhielt sie 0,09 Prozent der Stimmen, 2005 0,16 Prozent. 2009 konnte sie mit 0,2 Prozent und 2011 mit 0,31 Prozent ein leichtes Wachstum verzeichnen. Bei den bisherigen Wahlen zum Europäischen Parlament lag die PNR mit 0,25 Prozent (2004) und 0,37 Prozent (2011) auf einem ähnlichen Niveau. Mit den Wahlergebnissen der PDC in den 1970er/80er Jahren oder den Erfolgen rechtskonservativer Parteien wie der »Centro Democrático e Social – Partido Popular« («Demokratisches und Soziales Zentrum – Volkspartei«, CDS-PP), die bei der Parlamentswahl 2011 über elf Prozent der Stimmen erhielt und die bereits mehrfach an der Regierung beteiligt war, kann die PNR nicht mithalten.

In Portugal macht sich die Gefahr extrem rechter Bewegungen also weniger an ihren Wahlergebnissen oder ihrem Aktivismus fest, sondern in der Frage, inwieweit Diskurse von Rechts geprägt werden können, etwa eine Huldigung Salazars oder öffentliche Debatten zur Einwanderung. Auf der parlamentarischen Bühne jedoch ist die extreme Rechte marginalisiert. Bei der kommenden Europawahl wird dies voraussichtlich nicht anders sein.

Frankreich

Aus Frankreich wird im Mai dieses Jahres die »dienstälteste« Vertretung der extremen Rechten ins Europäische Parlament einziehen.

von Bernard Schmid

Tatsächlich sitzt der »Front National« (FN) seit der Wahl vom 17. Juni 1984 im Europaparlament. Insofern war er früher dort vertreten als andere, einflussreiche extrem rechte Parteien in der EU: Österreich gehörte der damaligen Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1984 noch nicht an, die osteuropäischen Staaten ebenfalls nicht. In Italien waren die Neofaschisten des »Movimento Sociale Italiano« (MSI) damals als Wahlpartei erfolgreich, ihre Erben sind heute aber auf mehrere Gruppierungen verteilt. Die britische extreme Rechte war erst in den 2000er Jahren in der Lage, den Sprung ins Europaparlament zu schaffen.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben für den »Front National« eine erhebliche strategische Bedeutung. Trotz seiner inhaltlichen Positionen, unter denen die Ablehnung des supranationalen Prinzips und der europäischen Gemeinschaftswährung in Gestalt des Euro an vorderer Stelle steht – der FN fordert statt der bisherigen Formen der europäischen Integration ein »Europa der Vaterländer« und eine konzertierte Auflösung der Währungsgemeinschaft – setzt der französische FN erhebliche Energien auf die EP-Wahl. Dies hängt mit dem bei innerfranzösischen Wahlen (mit Ausnahme der Kommunal- und Regionalparlamentswahlen) geltenden Mehrheitswahlrecht zusammen: Der Einzug in die Nationalversammlung, den Senat und in die Bezirksparlamente bleibt aufgrund der derzeitigen Wahlmechanismen für die Partei schwer bis unmöglich. Unter diesen Bedingungen dienen die EP-Wahlen der Partei oftmals dazu, dieses Hindernis zu umgehen und eine parlamentarische Vertretung zu erreichen.

Erstmals war das 1984 der Fall: Ihr damaliger Einzug mit zehn Abgeordneten ins Europäische Parlament war der erste landesweite Wahlerfolg überhaupt für die extrem rechte Partei. Ihre ersten Durchbrüche hatte sie zuvor nur auf lokaler Ebene, an einzelnen Orten bei den Kommunalwahlen 1983 (im 20. Pariser Bezirk und in Dreux), gefeiert. Mit elf Prozent der Stimmen frankreichweit konnte der »Front National« dann jedoch bei der EP-Wahl im Juni 1984 triumphieren. Die damalige politische Konjunktur wies einige Gemeinsamkeiten mit der jetzigen auf. Seinerzeit regierte die französische Sozialdemokratie, ähnlich wie heute. In beiden Fällen war die WählerInnenschaft der politischen Linken enttäuscht, desillusioniert, frustriert und desorientiert. Und in beiden Fällen besetzten die Rechte und die extreme Rechte monatelang die Straße. 1984 ging es gegen die Verringerung der staatlichen Subventionen für die katholischen Privatschulen, seit Oktober 2012 geht es gegen die gesetzliche Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare.

Aktuell sagen die Umfragen dem »Front National« einen triumphalen Wiedereinzug ins Europäische Parlament voraus. Dort sitzt er im Augenblick mit nur drei Abgeordneten: Jean-Marie Le Pen, Marine Le Pen und Bruno Gollnisch. Denn im zeitlichen Umfeld der letzten Europaparlamentswahl durchquerte der FN sein bedeutendstes Tief in den letzten 25 Jahren. Damals hatte der Anführer des konservativen Blocks, Nicolas Sarkozy, vorübergehend bedeutende Teile der WählerInnenschaft der extremen Rechten anziehen können. Der Effekt hielt allerdings nicht lange vor. Und bevor Jean-Marie Le Pen im April 2010 ankündigte, die Parteiführung nach fast vierzig Jahren endlich abzugeben, und bevor seine Tochter im Januar 2011 seine Nachfolge antrat, schien der FN in einer Sackgasse zu stecken. Jean-Marie Le Pen hatte zu lange gezögert, die Leitung abzugeben, und die Partei konnte keine glaubwürdige Zukunftsperspektive mehr vermitteln. Das hat sich längst wieder geändert. Die Enttäuschungen der WählerInnenschaft sowohl über die Regierungsbilanz der Rechten unter Präsident Sarkozy (2007-2012) als auch der aktuellen sozialdemokratisch-grünen Staatsführung, die Eurokrise, die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen und das stark rassistisch aufgeladene Klima verschaffen dem FN glänzende Perspektiven.

Seit Oktober 2013 sagt eine Reihe von Umfragen dem »Front National« oft den Platz als stärkste, mitunter als zweitstärkste Partei bei den Europaparlamentswahlen bevor. 20 bis 23 Prozent haben demzufolge vor, für ihn zu stimmen.

Bei den EP-Wahlen gilt in Frankreich das Verhältniswahlrecht, allerdings wird das Land dabei seit einer Wahlrechtsreform von 2003 in acht Wahlgebiete oder »Superwahlkreise« eingeteilt. Da Frankreich im Europäischen Parlament über insgesamt 72 Sitze verfügt, bedeutet dies, dass de facto in jedem Wahlgebiet rund zwölf Prozent erforderlich sind, um genügend Stimmen für einen einzelnen Sitz zu erringen. Die Anteile kleinerer Parteien fallen unter den Tisch. Bei der letzten EP-Wahl im Juni 2009 wurde der FN durch diese Regelung stark benachteiligt. Durch den starken Wiederaufschwung, den die Partei seitdem erlebte, wird sich dieses Szenario auf keinen Fall wiederholen. Zudem zeigt eine Umfrage, die am 12. Februar 2014 publiziert wurde, dass die Zustimmung zu »den Ideen des FN« neue Rekordhöhen erreicht hat: 34 Prozent in der Gesellschaft insgesamt, 44 Prozent in der WählerInnenschaft der bürgerlich-konservativen Rechten.



^ *Marine Le Pen*

Zu den EP-Wahlen tritt der französische FN in einem Wahlbündnis mit anderen Parteien in Europa an, das am 15. November 2013 in Wien vereinbart wurde. Es umfasst auch die FPÖ, die italienische »Lega Nord«, den belgischen »Vlaams Belang«, die »Schwedendemokraten« sowie die »Slowakische Nationalpartei«. Am 13. November hatte Marine Le Pen zudem in Den Haag den niederländischen Rassisten und »Islamkritiker« Geert Wilders von der »Partei für die Freiheit« getroffen. Beide vereinbarten ebenfalls eine Kooperation im künftigen Europäischen Parlament. Im Februar verkündete Marine Le Pen jedoch auch, dass der FN keinesfalls ein Bündnis mit »Jobbik« (Ungarn), »Ataka« (Bulgarien) oder der »British National Party« im EU-Parlament eingehen werde.

Deutschland

Im Wahlkampf für das Europaparlament ist in Deutschland von CSU bis NPD ein zentrales Wahlkampfthema gefunden worden: Kritik an Einwanderung und an der Europäischen Union (EU).

von Andreas Speit



^ *Bernd Lucke*

Das laute Buhlen um die Stimmen am rechten Rand der Mitte der Gesellschaft hat längst begonnen. Mit Vehemenz warnt der Vorsitzende der »Christlich Sozialen Union« (CSU), Horst Seehofer, vor einer »Armutszuwanderung« nach Deutschland – nicht ohne im Januar schon zu versichern, keine »fremdenfeindliche Stimmungsmache« zu betreiben. Die CSU, versprach Seehofer später, werde sich gegen »die überbordende Bürokratie« in Brüssel, »das Einmischen in alle Kleinigkeiten des Alltags« stark machen, denn »das bewegt die Leute«.

»Wir sind nicht das Weltsozialamt«

Seit dem 1. Januar 2014 ist der EU-Arbeitsmarkt auch für Menschen aus Bulgarien und Rumänien offen. Sie haben das uneingeschränkte Recht, in allen EU-Staaten einer Arbeit nachzugehen – wie alle EU-BürgerInnen. Diese Öffnung missfällt nicht allein der CSU. Schon bei der Bundestagswahl 2013 hatte die »Alternative für Deutschland« (AfD) um Bernd Lucke mit Forderungen wie »Einwanderung ja. Aber nicht in unsere Sozialsysteme« und »Wir sind nicht das Weltsozialamt« um Stimmen geworben. Vor allem im Osten Deutschlands hingen diese Plakate, die sich gegen Einwanderung und auch Asyl richten. Die neue Partei am rechten Rand hat mit ihren SpitzenkandidatInnen Bernd Lucke, Hans-Olaf Henkel, Bernd Kölmel und Beatrix von Storch gute Chancen bei der kommenden Wahl. Am 14. Februar liegt die AfD nach einer IMSA-Umfrage auf »Focus online« bei acht Prozent der Stimmen. Diese Umfragewerte korrespondieren mit anderen Umfragen. Die innerparteilichen Konflikte der AfD um Personal und Positionen scheinen den Wahlzuspruch nicht zu schmälern. Der Streit, ob Mitglieder der »Freiheit« erwünscht sind, schreckt nicht ab. »Wir werden ehemalige Mitglieder der ›Freiheit‹ nicht generell als rechtspopulistisch abqualifizieren«, sagte die AfD-Sprecherin Frauke Petry, deren Privatinsolvenz ihrer Firma PURinvet GmbH in Leipzig ihrer Parteikarriere nicht schadete. Die Partei mit derzeit 17.250 Mitgliedern trifft die Stimmungen gegen »die Parteien« und »die EU« – und befeuert sie.

Einhellige EU-Kritik

Drei Monate vor der Wahl am 25. Mai plädieren nach der IMSA-Umfrage 54 Prozent der Bevölkerung dafür, dass Kompetenzen von der europäischen Ebene wieder auf die nationale Ebene übertragen werden. Diese Auffassung teilen AnhängerInnen der Union zu 60 Prozent und der SPD zu 56 Prozent. FreundInnen der FDP stimmen ihr zu 71 Prozent zu und AnhängerInnen der AfD zu 78 Prozent. Keine Überraschung also, dass die CSU ihre EU-Kritik ins Feld führt. Der Grat zwischen berechtigter Kritik und populistischen Formulierungen ist sehr schmal.

»Einwanderung stoppen«

Die Töne der CSU hat die AfD indes deutlich vernommen. »Alles, was die CSU lautstark von sich gibt«, sagte Lucke, sei »Wahlkampfgetöse«. In der Zuwanderungspolitik hätte sie zuerst vor einer »unkontrollierten Zuwanderung in unsere Sozialsysteme« gewarnt. Das ist gekontert und doch schon die erste Wahlkampflüge. Eine Partei, die hofft an die drei Prozent zu kommen, beklagt diese vermeintliche Bedrohung nämlich schon wesentlich länger: die NPD. Seit der Krise wegen des Rück- und Austritts des ehemaligen NPD-Bundesvorsitzenden Holger Apfel aus der Partei aufgrund der Vorhaltung sexueller Übergriffe auf junge Kameraden ist die Führung um Normalität bemüht, hofft die NPD mit 5.400 Mitgliedern doch auf den Einzug ins Europaparlament. Die Wahl des Spitzenkandidaten wurde aber die erste interne Niederlage des neuen Bundesvorsitzenden Udo Pastörs gegen den früheren Vorsitzenden Udo Voigt. Im Internet hatte Pastörs mit Olaf Rose schon für ihre Kandidatur geworben: »Zwei starke deutsche Stimmen in Europa.« Die Partei bestimmte jedoch Voigt zum Spitzenkandidaten, der mit Olaf Rose und Jens Pühse die Liste anführt. In der »Deutschen Stimme« führte Rose im Februar aus, die Europawahl sei »stets ein Strafgericht für die etablierten Parteien« gewesen und nun hätten die »Euro-Krise, die Grenzkriminalität, die Lohndrückerkolonnen und gerade auch die Armuts- und Kriminalitätszuwanderung [...] die Volksseele« hoch kochen lassen. Kürzer könnten die Positionen kaum zusammengefasst werden. In den vergangenen Wahlkämpfen hat die älteste extrem rechte Partei Deutschlands schon »Raus aus dem Euro« und »Einwanderung stoppen« gefordert. Bis zu »vier Prozent« hält Rose bei der Wahl gar für möglich, auch wenn die »systemkonforme Neugründung AfD« einige Prozente abgreifen könnte.

Die Rechte sucht noch Unterschriften

Über diese Konkurrenz macht sich »Die Rechte« (DR) bei ihrer Kandidatur bisher öffentlich keine Sorgen, denn »Die Rechte« um den Bundesvorsitzenden Christian Worch plagen ganz andere Probleme. Der Spitzenkandidat Sven Skoda hat zwar eine Wahlpostkarte »Weg mit dem Teuro« online gestellt, doch der Partei fehlen bislang UnterstützerInnen-Unterschriften, um bei der Wahl überhaupt antreten zu dürfen. In einer internen Email Ende Januar beklagt Worch, dass, wenn hochgerechnet würde, sie bisher »700« Unterschriften hätte. Für die Zulassung zur Wahl müsste DR, mit derzeit 494 Mitgliedern, 4.000 unterschriebene Formulare vorlegen. Schon bei der Gründung hatte Worch die Kandidatur angekündigt. Nun schreibt er: »Wir stehen ein wenig dumm da. [...] Nicht nur die bürgerlichen Mainstream-Medien oder linken Quellen werden dann genüsslich Hohn und Spott ausgießen, sondern auch [...] Teile der eigenen politischen ›Szene‹.«

Fazit

Eine Kandidatur mehr oder weniger am rechten Rand, die AfD bewegt das nicht. Sie hofft auf das ressentimentgeladene Milieu aus der Mitte der Gesellschaft. Am Wahlabend dürfte sie daher wohl den Parlamentseinzug feiern.

Niederlande

Sinnbild des niederländischen Rechtspopulismus ist Geert Wilders. Sein Bekanntheitsgrad verschleiert seine tatsächliche politische Macht, auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene. Das soll in der kommenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments anders werden.

von Jeroen Bosch



^ Geert Wilders

Seit Monaten führt die rechtspopulistische »Partij voor de Vrijheid« (»Freiheitspartei«, PVV) die Umfragen an. Sie wird als die große Gewinnerin der Wahl zum Europäischen Parlament (EP) am 22. Mai 2014 gehandelt. Zwar hat der Wahlkampf für die Wahl zum EP noch nicht begonnen, aber auch wenn noch keine KandidatInnen oder Listen aufgestellt wurden – die Schwerpunktsetzung der PVV ist schon jetzt absehbar: das Abhalten eines Referendums über den Austritt der Niederlande aus der Europäischen Union und aus der gemeinsamen Währung.

Im Vorgang zur Europawahl finden im März die Kommunalwahlen statt. Die PVV wird – wie in 2010 - nur in Almere und Den Haag antreten, in beiden Räten sitzt sie bereits in der Opposition. Die Kommunalwahlen werden als Test für die aktuelle Regierung der sozialdemokratischen »Partij van de Arbeid« (»Partei der Arbeit«, PvdA) und der rechtsliberalen »Volkspartij voor Vrijheid en Democratie« (»Volkspartei für Freiheit und Demokratie«, VVD) gesehen. Da die PVV nicht flächendeckend antreten wird, bleibt es schwer, von dieser Wahl aus eine Prognose über eine mögliche Verschiebung in der politischen Landschaft zu tätigen.

Die PVV ist die einzige Akteurin im rechtspopulistischen Spektrum, sie wird von dem weltweit bekanntesten niederländischen Politiker, Geert Wilders, geleitet. Wilders, das bislang einzige Mitglied der PVV, ist immer noch kein großer Fan von Transparenz oder demokratischen Ideen innerhalb seiner Partei, die er autoritär führt. Seine ParlamentskollegInnen behandelt er eher als Angestellte denn als KollegInnen, auch Entlassungen gehören zu seinem Repertoire. Auf seine Anweisung darf seine Partei bei den Kommunalwahlen im März 2014 nur in den beiden Städten antreten, wo sie schon im Rat vertreten ist: Almere und Den Haag. Um weiterhin die Kontrolle über seine Partei zu behalten, nimmt er seinen AnhängerInnen die Möglichkeit, landesweit ihre Stimme für die PVV in der eigenen Stadt oder Gemeinde abzugeben. Hingegen sind die Provinzwahlen am 18. März 2015 für Wilders strategisch wichtig; die Mitglieder der Provinzräte wählen den Senat, die erste Kammer des Parlaments, die er als Ergänzung zu den PVV-Abgeordneten in der zweiten Kammer des Parlaments braucht. Die PVV und Wilders drohen an Dynamik zu verlieren. Die Glaubwürdigkeit hat gelitten, die Opposition der Partei im Parlament wird weder von der Regierung noch von den Medien ernst genommen. Seine diskriminierenden Worte beeindrucken die Öffentlichkeit nicht mehr. Sie ist ermüdet von der strengen Auslegung des Islam durch Wilders, der mittlerweile zu seinem Spitznamen »Imam Wilders« gekommen ist. Wilders, der seinem Hass auf den Islam freien Lauf lässt, versuchte mehrfach den Islam als ein größeres Problem als die Wirtschaftskrise darzustellen. Auch bezeichnete er den Islam als die »schlimmste Krankheit«, die die Niederlande in den letzten 100 Jahre heimgesucht hätte. Damit wischte er die Besatzung durch Nazi-Deutschland, von 1940-1945, und den Mord an 100.000 niederländischen Jüdinnen und Juden in dieser Zeit beiseite.

Auch wenn seine WählerInnen ihm treu bleiben und die PVV regelmäßig an der Spitze von Umfragen landet, braucht Wilders Kontroversen, um medial präsent zu bleiben. International ist er nicht mehr so populär wie er es Jahr 2008 nach dem Start seines Anti-Islam-Videoclips »Fitna« war. Sein Buch »Marked for Death« (2012) für den US-Markt sowie seine Tour in Australien hatten nicht den gewünschten Erfolg. Mittlerweile hat er seinen Schwerpunkt auf den europäischen Kontinent verlagert und betreibt Netzwerkpolitik: er reiste nach Frankreich, Belgien, Italien, Schweden und Österreich, um sich mit den jeweiligen führenden RechtspopulistInnen zu treffen und Allianzen zu schmieden. Sein Ziel ist es, bei den Wahlen im Mai 2014 mehr Sitze in dem 754 Personen starken Europäischen Parlament zu gewinnen. Die RechtspopulistInnen sollen nach den Wahlen eine Koalition bilden. Dafür sind mindestens 25 Sitze von sieben verschiedenen Ländern erforderlich. Damit würde sich die Koalition Zugang zu mehr finanziellen Mitteln garantieren. Ebenso würde sie sich längere Redezeiten sichern und sich der Zugang zu wichtigen Kommissionen öffnen. Damit könnte er seine Politik sichtbarer machen. Aber kann das funktionieren? In zentralen Fragen gibt es tief gehende Differenzen. Marine Le Pen vom »Front National« (FN) ist, anders als Wilders, gegen ein generelles Verbot des Baus von Moscheen. Wilders hingegen unterstützt die gleichgeschlechtliche Ehe, die von Le Pen abgelehnt wird. Ein weiteres Problem ist, dass die »Dänische Volkspartei«, wie auch die »Lega Nord«, noch in der »Europäischen Koalition für Freiheit und Demokratie« (EFD) sind und diese nicht verlassen möchten. Im November 2013 bestätigte Philip Claeys vom »Vlaams Belang« ein geheimes Treffen zwischen seiner Partei, der FPÖ und vier anderen europäischen Parteien. Wilders hingegen hatte sich einige Tage vorher, am 13. November mit Marine Le Pen getroffen um eine Allianz zu schmieden. Diese werde »die Menschen von der europäischen Elite befreien« und »das Monster aus Brüssel besiegen«. Dennoch wäre es verfrüht, Wilders Erfolgsmeldung einen hohen Wert beizumessen. Auch wenn es Wilders und Le Pen gelingt, eine Koalition zu bilden, wird sie klein und ohne viel Macht sein, von den internen Widersprüchen ganz zu schweigen. Nicht ohne Grund wurden auf der Pressekonferenz keine Pläne und keine Inhalte vorgestellt.

Malta

Europas kleinster Mitgliedsstaat Malta ist seit 2004 Teil der Europäischen Union. Die Insel wird seit Jahrzehnten abwechselnd von der sozialdemokratischen »Partit Laburista« (»Arbeitspartei«, PL) und der konservativ-christdemokratischen »Partit Nazzjonalista« (»Nationalpartei«, NP) regiert. Neben der italienischen Insel Lampedusa ist die Republik Malta häufiges Ziel der Menschen, die vom afrikanischen Kontinent nach Europa flüchten. Die Menschenrechtsorganisationen »Pro Asyl« und »bordermonitoring.eu« stellten im Jahr 2012 fest: »Malta verstößt mit der systematischen Verelendung von Schutzsuchenden gegen elementare Menschenrechtsstandards und gegen EU-Recht.« Der Europäische Gerichtshof verurteilte den Inselstaat im Jahr 2013 wegen massiver Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Die Haftbedingungen für Schutzsuchende auf Malta stellen aus Sicht des Gerichtshofes eine »unmenschliche und erniedrigende Behandlung« dar.

Wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen auf der Insel geht, ist das Land gespalten: Teile der Bevölkerung fürchten, die Flüchtlinge könnten ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen und empfinden die Neuankömmlinge als »Invasion«. Am lautesten tut sich dabei die extrem rechte Partei »Imperium Europa« (IE) hervor. Anführer und Gründer der Organisation ist der überzeugte Rassist und Antisemit Norman Lowell. Das Auftreten sowie die Ästhetik seiner Partei erinnern an faschistische Organisationen. Lowell selbst soll einen seiner Auftritte bereits mit einem »Hitlergruß« beendet haben. IE träumt von einem Europa, das »gereinigt« ist von allen »nicht-europäischen Rassen«. Die »weiße Rasse« in Europa sei in Gefahr. Menschen mit dunkler Hautfarbe würden den Kontinent überrennen. Regiert werden soll das neue »Imperium Europa« von einer aristokratischen Geisteselite mit spirituellem Mittepunkt auf Malta. Die gemeinsame Sprache solle Latein werden. Im Januar 2014 gab Lowell bekannt, dass er zusammen mit Antoine Galea zur Wahl des Europäischen Parlaments antreten wolle. Bereits 2004 und 2009 war Lowell als Kandidat angetreten und erlangte bei der vergangenen Wahl rund ein Prozent der Stimmen. Im Mittelpunkt seiner Wahlkampagne steht das Thema Einwanderung. Lowell möchte alle Flüchtlinge eisern »zurück nach Afrika schicken«, ansonsten würde Malta zerstört werden. Die MigrantInnen würden den MalteserInnen die Jobs wegnehmen, Frauen vergewaltigen und AIDS verbreiten. Zudem sieht er eine jüdische Verschwörung am Werke, die Maltas Reichtümer übernehmen wolle. Norman Lowell gab bekannt, dass sich seine Bewegung an anderen extrem rechten Parteien in Europa orientieren würde, wie der griechischen Neonazi-Partei »Goldene Morgenröte«. Doch das Europawahlrecht könnte die Pläne des 67-jährigen Lowell zunichtemachen. Aufgrund einer fünfzehnmonatigen Haftstrafe, ausgesetzt auf drei Jahre Bewährung, hat er sein passives Wahlrecht bei der Europawahl verloren. Im Juni 2013 hatte ihn ein Gericht wegen Aufstachelung zum Rassenhass verurteilt.

Belgien

Belgien wird 2014 insgesamt 21 Abgeordnete ins Europäische Parlament entsenden. Der extrem rechte »Vlaams Belang« (»Flämische Interessen«, VB) wird dabei erneut zur Wahl antreten. Zurzeit ist er mit dem Abgeordneten Philip Claeys im Parlament vertreten, der auch Mitglied in der rechtspopulistischen Partei »Europäische Allianz für Freiheit« ist. Die VB ist eine separatistische Partei, die Flandern, den niederländischen Teil des Landes, in die Unabhängigkeit führen und die Zuwanderung drastisch reduzieren will. Die 1979 gegründete Partei plant zusammen mit dem französischen »Front National«, der niederländischen »Partei für die Freiheit«, der österreichischen »Freiheitliche Partei Österreichs« und der italienischen »Lega Nord« eine Allianz zu bilden, um auf europäischer Ebene eine Fraktion bilden zu können. Hierfür bräuchten sie insgesamt mindestens 25 Abgeordnete aus sieben der Mitgliedstaaten. Der »Vlaams Belang« hatte zuletzt mit parteiinternen Skandalen zu kämpfen. Zudem macht dem VB eine weitere separatistische Partei, die »Nieuw-Vlaamse Alliantie« (»Neu-Flämische Allianz«, N-VA) Konkurrenz. Bei den vergangenen Parlamentswahlen 2010 erreichte die N-VA mit 17,4 Prozent der landesweiten Stimmen einen Erdrutschsieg und wurde zur stärksten Partei Belgiens.

Luxemburg

Die »Alternativ Demokratesch Reformpartei« (»Alternative Demokratische Reformpartei«, ADR) hat sich seit ihrer Gründung 1987 zu einer klassisch rechtspopulistischen Partei entwickelt. Sie tritt für die Eindämmung der Zuwanderung und gegen einen EU-Beitritt der Türkei ein. So fordert die ADR »Auffanglager« für »Wirtschaftsflüchtlinge«, die das »Asylrecht missbrauchen«. Zudem will sie das Wahlrecht auf luxemburgische StaatsbürgerInnen beschränken. Der Präsident des ADR, Fernand Kartheiser gilt als »vehement antiislamisch und antifeministisch«. Nach seiner Wahl zum Parteipräsidenten im Jahr 2012 befürchten sogar manche Mitglieder, dass die ADR »nun tatsächlich zu jener rechtsextremen Partei werden könnte, als die ihre Gegner sie meist zu Unrecht darstellten«. Bei den vier vergangenen Europawahlen ist die Partei ohne Erfolg angetreten.

Irland und Slowenien

In Irland und Slowenien treten keine Parteien aus dem rechtspopulistischen oder extrem rechten Spektrum zur Wahl des Europaparlaments an.

»Faschisten des dritten Jahrtausends«

von Margarete Schlüter

Mit einer Hausbesetzung in einem migrantisch geprägten Stadtviertel Roms im Dezember 2003 soll eigenen Angaben zufolge die extrem rechte Gruppierung »Casa Pound« gegründet worden sein. Die Namensgebung verweist bereits auf die dahinter stehende Ideologie: Ezra Pound, US-amerikanischer Dichter und Mussolini-Anhänger, der nach Italien auswanderte und dort im Radio für den Faschismus warb.

In dem Buch »Casa Pound Italia« gibt Heiko Koch Einblicke in die historischen Wurzeln, die politischen Ideen, die Propaganda, Strategie und Taktik jener Organisation, die ideologische Anleihen aus dem historischen Faschismus übernimmt und diese verknüpft mit neuen Metaphern, Symbolen und kollektiven Bildern. Orientiert an der so genannten »Nouvelle Droite« (»Neue Rechte«) aus dem Frankreich der 1970er und 1980er Jahre, erfolgt ein Kulturkampf von Rechts. Durch diesen soll eine kulturelle Hegemonie innerhalb der Gesellschaft erlangt werden, um einen politischen Wandel erzeugen zu können.

Diesen Kulturkampf ficht »Casa Pound« nach eigenen Angaben derzeit mit ungefähr 4.000 Mitgliedern in 13 Provinzorganisationen und über 51 Standorten in Italien aus. Zu diesen zählen besetzte Häuser, die als Zentren und Wohnraum dienen, Kneipen und Buchhandlungen. Darüber hinaus gehören ihr kulturelle Vereinigungen, Freizeit-, Sport- und Sozialorganisationen an. Mit Hilfe von Kampagnen und mitunter gewalttätigen Aktionen, über regelmäßig erscheinende Printmedien und eine vielfältige Internetpräsenz, zu der auch ein Web-Fernsehen und Web-Radio zu zählen sind, wird faschistische Propaganda betrieben. Seit Ende 2012 verfügt »Casa Pound« über den Status einer Partei. Bei den italienischen Parlamentswahlen im Februar 2013 konnte sie 40.000 Stimmen auf sich vereinen.

Koch entlarvt die vermeintliche Kapitalismuskritik von »Casa Pound«, die mit der vieler extrem Rechter deckungsgleich ist: Die europäische Wirtschaftskrise wird als ein Komplott der Hochfinanz verstanden und die Finanzwelt werde von Freimaurern, Zionisten und der Wallstreet dominiert. Davor müsse das italienische Volk und dessen Identität geschützt werden – ebenso vor der Einwanderung und dem Islam.

Erstmals liegt ein deutschsprachiges Buch vor, das sich ausführlich und kritisch mit dem Phänomen »Casa Pound« auseinandersetzt. Zu bemängeln ist allerdings, dass antifaschistisches beziehungsweise zivilgesellschaftliches Engagement gegen diese Gruppierung keinerlei Erwähnung findet.

Heiko Koch: Casa Pound Italia. Mussolinis Erben. Münster: Unrast-Verlag, 2013, 152 Seiten, 13 Euro.

Rechtspopulismus und Krise

von Margarete Schlüter

Wenn in den nächsten Wochen der Wahlkampf zur diesjährigen Europawahl beginnt, wird die Thematisierung der europäischen Finanzkrise für verschiedene politische AkteurInnen ein wesentliches Mobilisierungsfeld darstellen – so auch für RechtspopulistInnen. Diese haben im Laufe der Krise europaweit einen verstärkten Zuspruch erfahren. Und es ist zu befürchten, dass dieser sich im Ausgang der Wahl widerspiegeln wird.

Warum und wie gelingt es RechtspopulistInnen politisches Terrain zu erobern? Mit welchen Inhalten und vermeintlichen Lösungsvorschlägen warten sie auf? Inwiefern sind rechtspopulistische Interpretationen auf die ständige Inszenierung der europäischen Finanzkrise angewiesen?

Diese Fragen versucht Sebastian Reinfeldt mittels der kritischen Diskursanalyse im vorliegenden Band der Edition DISS zu beantworten. Populismus als ein flexibles Instrument im politischen Kampf verstehend, wird in diesem Fall der Rechtspopulismus im Kampf der Bedeutungen der Krise eingesetzt. Als Schauplätze dienen verschiedene Medien, Parlamentssitzungen und die gesellschaftliche Öffentlichkeit. Es wird sich ein- und ausschließender Muster bedient, um die »liberale Demokratie zu schwächen bzw. zu zerstören und durch zugleich autoritäre und plebiszitäre Verfahrensweisen zu ersetzen«. Exemplarisch wird insbesondere anhand von Österreich und Deutschland herausgearbeitet, wie im rechtspopulistischen Agieren kollektivierende Momente des Ein- und Ausschlusses eingesetzt werden. Es wird ein Kampf gegen »die da oben« und gegen »die da unten« propagiert, der biologistisch, sozialdarwinistisch und rassistisch konnotiert ist. Das Volk, gegen die »Politiker in Brüssel« und gegen die »Fremden«, »Südländer« und »Faulen«. Um Ähnlichkeiten und Unterschiede rechten Populismus' ausmachen zu können, werden die wichtigsten rechtspopulistischen AkteurInnen in Europa miteinander verglichen. Sie alle zielen nicht auf Mitgestaltung aller ab, sondern nehmen für sich in Anspruch, stellvertretend als »Wir für Euch« zu kämpfen. Dagegen plädiert Reinfeldt für emanzipatorisches Aufbegehren, um im gemeinsamen Handeln Selbstbestimmung zu erlangen.

Die Stärke des Buches liegt in der herausgestellten Diskursivität von Rechtspopulismus, die exemplarisch veranschaulicht wird.

Sebastian Reinfeldt: »Wir für Euch«. Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise. Münster: Unrast-Verlag, 2013, 144 Seiten, 16 Euro.

Wissenschaft von Rechts

von Ernst Kovahl

»Rechte Ideologie, Theorie und Netzwerke an Hochschulen« beleuchtet ein neues Studienheft des »Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler«. Herausgegeben unter anderem zusammen mit der »Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft« und der »Österreichischen HochschülerInnenschaft« wird der Blick in den 16 Aufsätzen dabei auch über den deutschen Tellerrand hinaus – vor allem nach Österreich – geworfen. Die HerausgeberInnen betonen: »Rechte und rechtsextreme Denkweisen sind fester Bestandteil der deutschen und österreichischen Hochschulgeschichte.« Es gehe nicht allein um die Verbreitung rechter Einstellungen an Hochschulen, sondern auch um politisch geprägte Wissenschaftsproduktion, wissenschaftliche Legitimation von Ressentiments und Ideologien. Zudem könne rechte Ideologie und Wissensproduktion besonders wirkungsmächtig werden, da »an Hochschulen gesellschaftliche Multiplikator_innen und Meinungsführer_innen ausgebildet« werden. Um »Einfluss auf Medien, Kultur und politische Wissensbildung […] zu nehmen«, haben sich rechte akademische Netzwerke gebildet.

Das Heft bietet unter anderem Aufsätze zu den Themen »Geschichte des akademischen Rechtsextremismus«, geschlechtspolitische »Schwachstellen der Rechtsextremismusforschung«, Stand der Verwendung des Rasse-Begriffs, Aktualität des Rechtspopulismus, elitäre und reaktionäre Bestrebungen in der deutschen und der ungarischen Bildungspolitik, Extremismustheorie in Deutschland und Österreich, Zusammenspiel autoritärer und rassistischer Einstellungen in der Euro-Krise, »jungkonservative Netzwerke« an der Schnittstelle von Politik, Publizistik und Wissenschaft, Debatten in der »Deutschen Burschenschaft« und die österreichische Verbindungsszene rund um den Ball des »Wiener Korporationsringes«. In einem abschließenden Kapitel widmen sich drei Texte Fragen von Gegenaktionen und Prävention.

Für KennerInnen der Materie bietet das Studienheft – mit einigen Ausnahmen – wenig Neues, doch wer einen Ein- und Überblick ins Thema Hochschule und extreme Rechte gewinnen möchte, wird mit spannenden Anregungen, umfangreichen Fakten und fundierten Einschätzungen gut versorgt. Es wäre wünschenswert, wenn ein Folgeband das Thema vertiefen würde – gerade auch mit einem noch stärkeren internationalen Blick.

Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hg.): Wissenschaft von Rechts. Rechte Ideologie, Theorie und Netzwerke an Hochschulen. Marburg: BdWI Verlag, 2013, 64 Seiten, 8 Euro. Bezug über www.bdwi.de



Photos

dpa (Seiten 4, 29, 34)
drr-Archiv (Seite 7)
Mark Mühlhaus (Seiten 10/11, 32, 35)
Privat (Seite 13)
Roland Geisheimer (Seite 15, 27)
Getty (Seite 19)
Christian Ditsch (Seite 20)
Lara Schultz (Seiten 22/23)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: Berger + Herrmann, GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.